

Der Deutsche Freiheitssender 904

Die „Stimme der KPD“ von 1956-1971

Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Grades Magister Artium (M.A.) im Fach
Neuere und Neueste Geschichte am Institut für Geschichtswissenschaften der
Philosophischen Fakultät I der
Humboldt-Universität zu Berlin

**vorgelegt im Mai 2003 von
Christian Senne**

Anschrift des Verfassers:

Christian Senne
Puttkamerstr. 4
10969 Berlin
freiheitssender@gmx.de

Erstgutachter:

PD Dr. G. Dietrich

Gliederung

I – Einleitung

1. **Historischer Kontext** – S. 4
2. **Einflußnahme durch Massenmedien** – S. 6
3. **Forschungs- und Quellenlage** – S. 9
4. **Fragestellung** – S. 13
5. **Rundfunk als Massenmedium – Modelle der Massenkommunikation** – S. 16

II – Geheimsender im Kalten Krieg: Der Deutsche Freiheitssender 904 (DFS 904)

1. **Aufbau, Ausstattung und Organisation des DFS 904 von 1956 bis 1971** – S. 21
 - 1.1 Die Entstehungsphase des Senders im Jahr 1956: Aufbau, Ausstattung, Zielsetzung – S. 21
 - 1.2 Die Infrastruktur des Senders von 1956 bis 1971 – S. 25
 - 1.3 Der Sender im Organisationsgefüge von KPD und SED – S. 27
 - 1.4 Konspiration als Grundverständnis und ihre Umsetzung – S. 30
 - 1.5 Zusammensetzung und Tagesablauf in der Redaktion – S. 32
2. **Das Programm des DFS 904** – S. 34
 - 2.1 Inhaltliche Analyse am Beispiel des Monats Oktober 1963 – S. 37
 - 2.1.1 Das „Format“ : Inhaltliche Konzeption zur Hörerbindung – S. 37
 - 2.1.2 Die Schwerpunktthemen im Oktober 1963 und ihre Darstellung in einzelnen Programmteilen – S. 38

3. Wirkung des DFS 904 – Hörerreaktion und Einflußnahme von außen – S. 53

3.1 Reaktionen von staatlicher Seite in BRD und DDR

3.1.1 BRD – S. 55

3.1.2 DDR – S. 59

3.2 Das publizistische Echo in Ost und West – S. 66

3.3 Hörerreaktion – S. 74

4. Das Ende des DFS 904 – S. 77

III - Ergebniszusammenfassung und Bewertung - S. 82

IV - Quellen-, Literatur- und Abkürzungsverzeichnis – S. 87

I - Einleitung

1. Historischer Kontext

Der Kalte Krieg und die unterschiedlichen Staatsauffassungen nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der Bundesrepublik Deutschland (BRD) ließen die beiden deutschen Staaten nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges in den 50er Jahren weit auseinanderdriften. Mißtrauen, ja sogar Paranoia prägten Politik und das öffentliche Meinungsbild der noch jungen deutschen Staaten. Sprach man im östlichen Teil vom Imperialismus und Militarismus, der vom Westen ausginge, so herrschte im Westen die grundsätzliche Furcht vor dem Kommunismus als Gesellschaftsmodell. Der Publizist und Kenner der späteren Ostpolitik unter Bundeskanzler Willy Brandt, Peter Bender, schildert im Rückblick diese Furcht der 50er Jahre: Der Westen sah laut Bender im Kommunismus damals das „grundsätzlich andere, nicht zu messen mit den gleichen Maßstäben wie die übrige Welt. Kommunisten waren nicht Menschen mit anderer politischer Auffassung, sondern Kranke und Kriminelle, entweder nicht normal oder nicht moralisch, in jedem Falle aber gefährlich.“¹ Da helfe eben kein Zureden mehr, nur noch „Quarantäne“ oder Polizei. Krieg wie in Korea schien wieder jederzeit auch anderswo möglich, und das Selbstvertrauen des eigenen Staates war wohl doch eher klein angelegt. Auf beiden Seiten der deutschen Staaten setzte eine Jagd auf vermeintliche Agenten der anderen Seite ein, um die Unterstützer der jeweils anderen Seite aus dem Verkehr zu ziehen.²

Am 17. August 1956 stuft das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in der BRD als verfassungswidrig ein. Die Partei wurde verboten und deren Auflösung angeordnet. Die Gründung von Ersatzorganisationen wurde untersagt und das Vermögen zu „gemeinnützigen Zwecken“ eingezogen.³ Einige Hauptfunktionäre wohnten schon seit längerer Zeit auf dem Gebiet der DDR, um sich den bundesdeutschen Behörden entziehen zu können; denn diese überzogen Kommunisten und mutmaßliche Anhänger seit Anfang der 50er Jahre mit Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozessen.⁴ Schon

¹ Peter Bender: Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. München 1996, S. 17.

² vgl. ebd.

³ ausführlich das Urteil u.a. in: Archiv der Gegenwart. Band 2. 1953-1957. St. Augustin 2000, S. 1772-1777.

⁴ vgl. Georg Fülberth: KPD und DKP. Heilbronn 1990, S. 84 ff.

Kleinigkeiten der Informationsweitergabe konnten harte Bestrafung nach sich ziehen, im Osten allerdings ungleich härter als im Westen.⁵

Allgemein hatte die KPD bei Wahlen in den Jahren zuvor starke Stimmenverluste zu verzeichnen. Sie erschien nur noch als Kleinstpartei bei den Bundestagswahlen, auch wenn sie in den Länderparlamenten zum Teil noch Sitze errang.⁶ Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag verlor die KPD am 6. September 1953 mehr als die Hälfte ihrer Stimmen und rutschte von 5,7% auf 2,2% ab. Die eingeführte 5% Hürde verhinderte den Wiedereinzug in den Bundestag, somit waren auch die bisherigen 15 Sitze verloren. Bei den Landtagswahlen der folgenden Jahre zeichnete sich ein ähnliches Bild ab. So verlor die KPD in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu 1947 ebenfalls etwa die Hälfte der Stimmen, rutschte von 8,7% auf 4,3% und verpaßte den Einzug in das Parlament. In Bremen erreichte man bei der Bürgerschaftswahl im Oktober 1955 eben noch die 5% und bekam 4 Sitze zugeteilt.⁷

Parallel zum politischen Abstieg der KPD zog sich das Verbotungsverfahren schon seit mehreren Jahren hin. Die KPD hatte daher schon Jahre vor dem Verbot sog. „illegale Leitungen“. Die betroffenen Parteimitglieder zogen sich aus der Parteiarbeit zurück und bildeten die „2. Linie“. Noch vor dem Verbot wurde sogar eine „3. Linie“ eingesetzt.⁸ Nach Verkündung des Verbots stellte sich die Partei als Reaktion nach außen erkennbar auf stalinistische Strukturen um. Ein Zentralkomitee (ZK) löste im September 1956 den zwei Jahre zuvor gewählten Parteivorstand ab, Anfang Mai/Juni 1957 wurde schließlich ein Politbüro (PB) gewählt. Erster Sekretär wurde der vor dem Verbot amtierende Vorsitzende Max Reimann (1877 – 1977). Max Reimann war während seiner Arbeitszeit als Nieter in Elbing von 1912-16 in der Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend. Ab 1916 war er im Spartakusbund und beteiligte sich 1919 bei Kämpfen gegen die Freikorps, was ihm ein Jahr Festungshaft einbrachte. 1920 fing Reimann als Bergarbeiter in Ahlen an und wurde dort politischer Leiter der KPD-Ahlen. Ab 1921 wurde er hauptamtlicher Funktionär der KPD und nahm an bewaffneten Kämpfen im Ruhrgebiet 1923 teil. Reimann bekleidete bis 1933 verschiedene KPD-Ämter und setzte seine Arbeit auch nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Untergrund fort. 1939 wurde er als Mitglied des KPD-Auslandssekretariats in Prag

⁵ vgl. Bender, S. 16.

⁶ vgl. Jens Ulrich Klocksinn: Kommunisten im Parlament. Bonn 1993, S. 426.

⁷ vgl. Archiv der Gegenwart, S. 1019; S.1452f; 1562 f.

⁸ dieser Hinweis stammt von Adolf Broch in Düsseldorf.

verhaftet und 1940 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Ab 1942 befand er sich im Konzentrationslager Sachsenhausen, wo er Mitglied der illegalen Lagerleitung wurde. Nach Kriegsende gründete Reimann unter anderem die KPD in Brandenburg und im Ruhrgebiet mit, war Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1947 Mitglied des Landtages in Nordrhein-Westfalen und von 1949 bis 1953 Fraktionsvorsitzender und Abgeordneter der KPD im Bundestag. Reimann lebte schon seit 1950 hauptsächlich auf dem Gebiet der DDR, nachdem er 1949 vom Britischen Mittleren Militärgericht in Düsseldorf zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Grund war eine Verunglimpfung der Mitglieder des Parlamentarischen Rates, dem er selber angehörte, insbesondere Konrad Adenauers, die er in historischer Anlehnung als „Quislinge“ bezeichnet hatte.⁹

Durch das Verbot 1956 entfiel der Partei natürlich auch ein legaler Rahmen zur Werbung und Verbreitung ihrer Ideen. Parteiarbeit mußte von nun an konspirativ geführt werden und Parteizeitungen wie allgemeine Schriften illegal weiterverteilt werden. Die Umstände jedoch erschwerten eine massenwirksame Verteilung. Trotz der erwähnten Schwierigkeiten beim Installieren eines illegalen Parteiapparates sprang schon am Tage des Verbots eine Rundfunkstation helfend zur Seite, um den in der Illegalität lebenden Genossen eine Anleitung zu geben.

Der *Deutsche Freiheitssender 904* (DFS 904) tauchte als „Stimme der KPD“ wie aus dem Nichts am Tage des Verbots der KPD, dem 17. August 1956, um 20 Uhr im Äther auf Mittelwelle auf. Er sollte über 15 Jahre in Richtung Bundesrepublik Deutschland senden, bevor er genauso plötzlich wieder am 30. September 1971 verstummte. Während seiner gesamten Lebensdauer umhüllte sich der Sender mit einem Schleier der Konspiration, welcher auch über 30 Jahre später noch nicht restlos gelüftet ist.

2. Einflußnahme durch Massenmedien

Seit der Erfindung des Buchdrucks während des Übergangs vom späten Mittelalter zur frühen Neuzeit trat in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kein vergleichbares Informationsmedium einen ähnlichen Siegeszug an wie der Rundfunk. Die Schnelligkeit der Information nahm an Tempo zu und war verbunden mit Unterhaltungsaspekten, die dem Hörer vor dem Empfänger das Weg-, Um- und

⁹ vgl. Fülberth, S. 84; Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Hrsg. v. Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgohs u. Dieter Hoffmann. Bonn 2001, S. 690.

Abschalten schwerer fallen lassen sollte und immer noch soll. Ebenso erwies sich der Rundfunk als geeignetes Instrument zur Ausübung und Darstellung von Macht. Damals wie heute liegt jeder Rundfunksendung ein Konzept für ein bestimmtes Zielpublikum zugrunde. Kommen Machtaspekte mit ins Spiel, werden viele Sendungen oder Sender schnell einseitig, um die Zuhörer in ihrem Sinne zu beeinflussen. Besonders in größeren politischen Konfliktsituationen zeigt sich immer wieder, inwieweit Rundfunksender unabhängig berichten können. Einen Höhepunkt der Rundfunkpropaganda stellte sicherlich der Zweite Weltkrieg dar. Die Neuordnung des Rundfunks in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten erfolgte auf der Grundlage der Kriegserfahrungen zunächst nach den politischen Maßstäben der Alliierten, dennoch war die Rundfunkgeschichte der Nachkriegszeit auch von einer Fortsetzung der Propagandamethoden geprägt. Der Kalte Krieg verlagerte eines seiner Schlachtfelder in den Äther. Neben den offiziellen Stationen der weiter auseinanderdriftenden Staaten von Ost und West gab es diverse „Spezialsender“, die neben den offiziellen, für die allgemeine Verbreitung der jeweiligen Auffassung installierten Sender, an spezielle Zielgruppen gerichtet waren. Der Rundfunk besaß und besitzt zum Teil heute noch die Möglichkeit, besser als alle anderen Medien, in relativ geschlossene Kommunikationssysteme eindringen zu können. Auch deswegen entwickelte sich nach 1945 ein weiterer „Ätherkrieg“.¹⁰

Der Name *Freiheitssender 904* ist eine bewußte Anlehnung an die gleichnamige Rundfunkstation der 30er Jahre und läßt somit auch eine erste politische Zielsetzung vermuten. Im spanischen Bürgerkrieg verbreitete ein Sender unter der Leitung des ZK der KPD mit der Bezeichnung *Deutscher Freiheitssender* auf Kurzwelle 29,8m Nachrichten, Berichte, Aufrufe und Reden für Deutschland von einem festen Standort in der Nähe von Madrid. Zielgruppe waren die im nationalsozialistischen Deutschland verbliebenen Kommunisten. Der Sender wurde ursprünglich vom *Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale* (EKKI) betrieben. Er sollte auf der zweiten Konferenz der Sammlungsbewegung, des *Komitee zur Schaffung der Deutschen Volksfront* der deutschen Emigranten, am 10. und 11. April 1937 vom Mitglied der Auslandsleitung der KPD, Walter Ulbricht (1893-1973), an den Vorsitzenden des Volksfront-Komitees, dem Schriftsteller Heinrich Mann (1871-1950), übergeben werden. Somit konnte der Sender über die ideologischen Grenzen hinweg gegen das nationalsozialistische System kämpfen. Ab diesem Zeitpunkt

¹⁰ vgl. Henning von Lönswald: Die Rolle des Rundfunks im Ost-West-Konflikt. In: Handbuch der deutschen Außenpolitik. Hrsg. von Hans Peter Schwarz. München 1975, S.533-552.

strahlte der Sender unter dem Namen *Deutscher Freiheitssender* täglich von 22.00 Uhr bis 23.00 Uhr seine Programme aus. Nach der *Internationalen* als Erkennungsmelodie meldete man sich unter Hinweis der angeblich erschwerten Arbeitsbedingungen im Untergrund: „Achtung! Achtung! Hier spricht der Sender der Kommunistischen Partei Deutschlands – trotz Gestapo!“ Mit dem zusätzlichen Kennwort „Stimme der Freiheit“ meldete man sich bis 5. März 1939, als der Sender seine Tätigkeit wegen der anrückenden Truppen General Francos endgültig einstellen mußte.¹¹ Albert Norden (1904 - 1982) nannte den großen Vorteil des Senders in einer schweizerischen kommunistischen Zeitung: Im Gegensatz zu Flugschriften und Zeitungen, sei dem Radio als millionenhaft betriebener „Agitator“ nur schwierig beizukommen.¹² Norden stieg in der DDR 1955 zum Leiter der Agitationskommission beim Politbüro des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) auf, wurde ab 1958 Mitglied des Politbüros, und zeichnete sich verantwortlich für die Abteilung Auslandsinformation, der sog. „Westabteilung“. Im kleinen Redaktionsstab vom spanischen Freiheitssender befand sich auch der Kommunist Erich Glückauf (1903–1977). Er sollte ab 1956 den zweiten Freiheitssender leiten, den DFS 904. Von 1961-68 war Glückauf Mitglied des PB der KPD, danach Vertreter des ZK der SED im Redaktionskollegium der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ in Prag. Walter Ulbricht schließlich sollte zu dieser Zeit schon an der Staatsspitze der SED sein.¹³ Besonders Glückauf und Norden kamen durch ihre Funktionen in der DDR mit dem DFS 904 in Berührung. Ihre Erfahrungen aus der Vergangenheit, insbesondere der aktive Widerstand gegen den Faschismus und Nationalsozialismus, gilt es deshalb bei einer Bewertung ihres Verhältnisses zum DFS 904 mitzubedenken.

¹¹ vgl. Jürgen Wilke u. Stephan Sartoris: Radiopropaganda durch Geheimsender der DDR im Kalten Krieg. In: Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg. Hrsg. von Jürgen Wilke. Köln, Weimar, Wien 1997, S. 289 f.

¹² vgl. ausführlich dazu auch Winfried B. Lerg u. Ulrich Schulte Döinghaus: der Rundfunk und die kommunistische Emigration. – Zur Geschichte des „Deutschen Freiheitssenders“ 1937-1939. In: Rundfunk und Politik 1923 bis 1973. Hrsg. v. Winfried B. Lerg u. Rolf Steininger. Berlin(West)1975, S. 179-214.

¹³ vgl. Wer war wer in der DDR? S. 258 f.; S.628 f.; 868 f.

3. Forschungs- und Quellenlage

Beim aktuellen Forschungsstand muß generell zwischen Publikationen vor und nach Öffnung der DDR-Archive im Zuge der Wiedervereinigung unterschieden werden.

Die Publikationen vor Öffnung der Archive waren zwangsläufig auf eigene (Hör-) Erfahrungen mit dem Sender oder auf das westdeutsche Medienecho als Informationsquelle angewiesen. Viele der Publikationen, die sich ausführlich mit den Medien in der DDR beschäftigen, erwähnen den DFS 904 nur am Rande, oder beschreiben ihn kurz als Propagandasender der KPD.¹⁴ Aufschlußreicher sind dagegen einige kürzere Abhandlungen, die sich auch inhaltlich mit dem DFS 904 auseinandersetzen. Karl Wilhelm Fricke setzte sich 1961 mit dem DFS 904 im „SBZ-Archiv“ auseinander und analysierte als Hörer die zur Anwendung gekommenen Methoden des Senders.¹⁵ Einige in gleicher Zeit publizierte Übersichten des DDR-Rundfunks - oder um die verwendete Sprache des Kalten Krieges wiederzugeben: der „Sowjetzone“- versuchten zwar Aufklärung über den Geheimsender zu bringen, vermischten aber Belegbares mit Mutmaßungen. Dies trifft besonders auf vermutete Mitarbeiter des Senders und die Produktionsbedingungen zu.¹⁶ Viele der Spekulationen der 60er Jahre über den DFS 904 retten sich in Fachpublikationen bis über das Ende der DDR hinaus. Als eine bis zur Öffnung der Archive bemerkenswerte Abhandlung läßt sich eigentlich nur noch eine im Spezial-Verlag für Kurzwelle (Kurzwellen Pressedienst Göttingen) 1988 publizierte Broschüre „Roter Schwarzfunk“ nennen, die sich ausführlich mit dem damals vorhandenen Pressematerial beschäftigte und ausführlich die Programmstruktur des DFS 904 vorstellte.¹⁷

Die Öffnung der Archive nach Auflösung der DDR zu Forschungszwecken ergab neue Möglichkeiten, über Strukturen des Senders und Hintergrundgeschehen näheres zu erfahren. Stephan Sartoris war im Zuge seiner Magisterarbeit an der Universität

¹⁴ vgl. Willi A. Boelcke: die Macht des Radios. Weltpolitik und Auslandsrundfunk 1924-1976. Frankfurt/Main 1976, S. 547; Heide Riedel: Hörfunk und Fernsehen in der DDR. Funktion, Struktur und Programm des Rundfunks in der DDR. Köln 1977, S.56; Löwis of Menar, S.552.

¹⁵ vgl. Karl Wilhelm Fricke: Klassenkampf auf illegalen Frequenzen. Die Agitation des kommunistischen Freiheitssenders 904 und des Deutschen Soldatensender. In SBZ-Archiv 12 (1961) 14, S. 218-220.

¹⁶ vgl. Der Rundfunk in der Sowjetzone. Eine Übersicht über Organisation, Programmgestaltung, Sender und Agitationsarbeit des Rundfunks in der Sowjetzone. Bonn 1961, S. 10 f.

¹⁷ vgl. André Scheer u. Christian Steffens: Roter Schwarzfunk. Freiheitssender 904 und Deutscher Soldatensender. Göttingen o.J. [1988]; auch kurz in André Scheer: Rundfunk in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 – 1990. Göttingen o.J., S. 16 f.

Mainz 1991 der erste, der speziell zum Thema Akteneinsicht genommen hat. Dargestellt wird anhand der Akten die Konfrontation im Äther der beiden deutschen Staaten. Der DFS 904 wurde zum ersten Mal ausführlicher nach Zielsetzung, Programm und Wirkung anhand der Akten beschrieben. Ein überarbeiteter Auszug zur Thematik, ohne jedoch neue Quellen aufweisen zu können, wurde 1997 zusammen mit Jürgen Wilke publiziert.¹⁸ Das Interesse am Thema schien Ende der 90er Jahre zu steigen. Seit mehr als zwei Jahren angekündigt, jedoch bisher nicht erschienen sind Untersuchungen von Otto Altendorfer.¹⁹ Im Jahr 2000 lief im Deutschland Radio Berlin ein Feature zum Thema Soldatensender und Freiheitssender. Den Autoren gelang es diesbezüglich, zum ersten Mal Zeitzeugen befragen zu können.²⁰

Eine weitere Untersuchung bietet sich deswegen an, da vom Verfasser zum ersten Mal nahezu umfassend noch vorhandenes Quellenmaterial aufgespürt und dieses durch Zeitzeugenaussagen ergänzt und ausgewertet werden konnte.

Größte Basis stellt ohne Frage der Bestand innerhalb der *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv* (SAPMO) dar. Hier wurden vom Verfasser nicht nur Unterlagen der KPD und die vorhandene Sendemanuskripte gesichtet, sondern auch in Akten der Organisationen geforscht, von denen ein Zusammenhang mit dem DFS 904 vermutet werden kann. Dies sind insbesondere Politbüro-Akten der SED sowie Akten des ZK der SED und seinen Abteilungen. Die Akten ergeben ein uneinheitliches Bild über den Sender. Vieles ist anscheinend vernichtet worden oder verschwunden, so daß viele Umstände nur schwer rekonstruierbar sind. Das Material weist somit erhebliche chronologische Lücken auf. Dies betrifft besonders die Endphase des Senders. Anhand des vorhandenen Quellenmaterials läßt sich die Motivlage zur Stilllegung des Senders nicht ermitteln. Weitgehend offen ist ebenso die Planung des DFS 904 durch

¹⁸ Stephan Sartoris: Konfrontation im Äther. Dargestellt am Beispiel der beiden deutschen Staaten. Hausarbeit zur Erlangung des akademischen Grades eines Magister Artium. Fachbereich 12 (Sozialwissenschaften) der Johannes-Gutenberg Universität Mainz. 1992; Jürgen Wilke u. Stephan Sartoris, 285-309. Wie Fußnote 11.

¹⁹ Otto Altendorfer: Hörfunk im Kalten Krieg. Soldatensender 935 und Freiheitssender 904. Eichstätt 2001; Altendorfer, Otto/ Mayer, Kurt-Ulrich (Hg.): Mitteldeutsches Medienjahrbuch 2000/ 2001. Leipzig 2001. Hier soll auch ein Artikel zum DFS veröffentlicht werden. Beide Publikation sind jedoch nicht erschienen, wie mir Prof. Altendorfer mitteilte.

²⁰ Angelika Perl u. Peter Kainz: Der Laubfrosch hat die Farbe gewechselt. Geheimes Radio im Kalten Krieg. Feature im Deutschland Radio Berlin. Ausgestrahlt am 29.01.2001.

offizielle Stellen der SED. Völlig offen bleibt schließlich die Finanzierung des Senders. Hier war keinerlei Zahlenmaterial aufzufinden.

Um so erfreulicher war es für den Autor, Christa und Adolf Broch in Düsseldorf zu einer Einschätzung der Akten und zu einem Interview zu gewinnen. Christa Broch absolvierte eine Tontechnikerausbildung beim Staatlichen Rundfunk der DDR und stieß 1959 zum DFS 904. Adolf Broch (Jahrgang 1929) beendete in der DDR im Verbotsjahr der KPD 1956 einen Lehrgang in einer Parteischule. Da er in Westdeutschland per Haftbefehl gesucht wurde, blieb er vorerst in der DDR und arbeitete für das in der BRD illegale KPD-Organ *Wissen & Tat*, 1959 kam er als Redakteur zum Sender. 1962 beschlossen die Brochs trotz Haftbefehls wieder in den Westen zu gehen. Adolf Broch wurde über die Grenze geschmuggelt, um sich selbst dem Haftrichter in Düsseldorf zu stellen und so wenigstens den Punkt „Fluchtgefahr“ zu entkräften. Wegen Zugehörigkeit zur *Freien Deutschen Jugend* (FDJ) wurde Adolf Broch zu 2 ½ Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Freilassung arbeitete er als Korrespondent für verschiedene kommunistische Zeitungen und pendelte zwischen Ost- und Westdeutschland. Adolf und Christa Broch sei an dieser Stelle für ihr Interesse und Einschätzungen zum Thema gedankt.

Weitere Augenzeugenberichte sind inzwischen publiziert worden. Heinz Priess publizierte 1996 seine Erinnerungen. Darin äußert er sich auch zu seiner Tätigkeit als Chefredakteur beim DFS 904. Priess war fast bis zum Ende beim Sender tätig und reflektiert nicht nur im sozialistischen Sinne selbstkritisch über viele Ereignisse zu diesem Komplex.²¹ Heinz Priess (1915-2001) emigrierte 1934 zuerst nach Dänemark und war von 1936-39 Interbrigadist in Spanien, danach in Frankreich interniert. Er konnte dank französischer Hilfe fliehen und befand sich 1945 in Paris und kehrte danach nach Deutschland zurück. In Hamburg war Priess bis 1951 Funktionär der KPD und ab 1949 Chefredakteur der Hamburger Volkszeitung. 1951 zog er in die DDR und wurde bis 1956 Chefredakteur des Deutschlandsenders, bevor er die gleiche Position bis 1969 beim DFS inne hatte.²² Adolf Broch erinnert sich an ein Gespräch mit Heinz Priess kurz vor dessen Tode, in dem Priess ihm erzählte, man habe gegen Ende des Senders umfangreiche Aktenvernichtungen vorgenommen. Somit kann eine Erklärung für die lückenhafte Überlieferung in den Archiven gegeben werden. Weitere Augenzeugen oder Erinnerungen waren entweder nicht

²¹ Heinz Priess: *Spaniens Himmel und keine Sterne. Ein deutsches Geschichtsbuch. Erinnerungen an ein Leben und ein Jahrhundert.* Berlin 1996.

²² vgl. *Wer ist Wer in der DDR*, S. 673.

aufzufinden oder beteiligte Leute schwiegen und schweigen sich über ihre Zeit beim DFS 904 aus. So begründete Jupp Mallmann, damaliger KPD-Parteisekretär der Gruppe am Sender, dem Verfasser in einem Telefongespräch dies auch mit Hinweis auf seine bis heute nicht erfolgte Rehabilitierung als Kommunist in der BRD.

Eine Anfrage bei der *Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik* (BStU) bezüglich Akten zu diesem Thema ergab ein interessantes Ergebnis. Wie ein Mitarbeiter am 13.11.2002 telefonisch mitteilte, gibt es zum Komplex DFS 904 in der Behörde keine auffindbaren Akten. Gründe dafür können nur im Spekulativen liegen. Entweder wurden keinerlei Akten angelegt oder der Bestand nach Ende des Senders vernichtet. Auf jeden Fall ist paradoxer Weise festzustellen, daß trotz des Wirbels und der noch darzulegenden Magenschmerzen, den der Sender manchem DDR-Funktionär bereitete, kein Aktenbestand im Archiv der BStU vorhanden ist. Allerdings ist anzumerken, daß möglicherweise durch aufwendige Personenrecherchen einige Hinweise aufzufinden wären. Vermutlich wurde jedoch hier, ähnlich wie bei der genannten Aktenvernichtung durch Priess und andere bei der Abteilung „Verkehr- und Verbindungswesen“, der Bestand ebenso aufgelöst und vernichtet.

Ähnliches gilt auch für Bänder mit Mitschnitten der Sendungen. Um Unterschiede im Manuskript und in der Sendung feststellen zu können, bedarf es der Mitschnitte. Leider wurden jedoch Bänder zumeist aus Materialgründen vielfach wieder überspielt, insgesamt sind bisher auch nur sehr wenige Mitschnitte aufgetaucht.²³ Selbst im Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) befinden sich keinerlei Mitschnitte. Deshalb stützt sich eine inhaltliche Analyse auf Mitschriften der Sendungen durch das Bundespresseamt in Bonn. Kopien dieser Mitschriften der Jahrgänge 1960-1970 fanden sich im Institut Publizistik der Freien Universität Berlin.

Zur Wirkungsanalyse beim Publikum muß ebenfalls auf einen indirekten Weg verwiesen werden. Da der Sender erst ab 1968 über eine eigene Anschrift verfügte, ist zuvor die Wirkung des Senders nur am Medienecho abzulesen. Hierbei erwies sich das DRA wiederum als erste Anlaufstelle nützlich, fanden sich doch im Zeitungsarchiv des DDR-Rundfunks einige Presseartikel, abgelegt im Schriftgut des

²³ Herrn Helmut Bergmann aus Eschborn ist es scheinbar als einzigem gelungen, wenige Mitschnitte aus dem Umfeld der Sendeanlage in der Umbruchphase der DDR zu erhalten. Dankenswerterweise wurden dem Verfasser einige Mitschnitte überlassen und auch hilfreiche Tips zur technischen Seite des DFS 904 gegeben.

Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR. Umfassend jedoch ist das erhaltene Zeitungsarchiv des Senders im SAPMO selbst, das hunderte Reaktionen, zumeist in der westdeutschen Presse, archivierte und somit eine gute Quellenbasis liefern kann. So stützt sich die vorliegende Arbeit bezüglich interner Vorgänge fast nur auf Erkenntnisse und Notizen der östlichen Seite, westliche Quellen, und besonders Einschätzungen von Behördenseite wie den Verfassungsschutzämtern der Länder und des Bundes, sind nicht erhältlich. Nur wenige Dokumente bundesdeutscher Behörden haben den Weg in das SAPMO-Archiv gefunden, vermutlich durch Geheimdienstkreise. Daß sich noch mehr Material, auch aus ursprünglich westdeutscher Provenienz, im KPD-Bestand befand, kann nur vermutet werden, die Akten gingen schließlich nach dem Ende der DDR erst einmal an die bundesdeutschen Behörden.

4. Fragestellung

Der DFS 904 gliedert sich in eine Reihe von sog. „Clandestine-Sender“ bzw. Geheimsender, die ihre politische Meinung über das Massenmedium Rundfunk von angeblich unbekanntem Standort aus verbreiten. Hier ist jedoch eine inhaltliche Unterscheidung vorzunehmen: Freie Radios möchten Veränderungen (Reformen) innerhalb des von ihnen angeklagten Systems. Clandestine-Sender haben politische Zielsetzungen, die auf revolutionäre Veränderung der jeweiligen Zustände (Umsturz) im Zielland hinwirken sollen. Beide Typen können in „Schwarzsender“ und „Grausender“ unterteilt werden. Der Schwarzsender sendet ohne Erlaubnis von offizieller Seite als Piratensender, während ein Grausender diesen Status zwar betont, aber insgeheim durch offizielle Stellen eines Landes geduldet wird. Hierbei gibt es solche Sender, die innerhalb des Landes senden, z.B. aus Zonen, die von der Zentralgewalt nicht mehr kontrolliert werden können („Rebellenstationen“), und solche, die sich dem Zugriff durch Stationierung im Ausland zu entziehen versuchen oder sich der Unterstützung von Regierungen fremder Länder versichern, ohne ihren Standort im Ausland zu erwähnen. Die meisten der Clandestine-Sender benutzen feste Sendestandorte mit starken Sendeanlagen, um im Gegensatz zu mobilen Sendeanlagen größere Reichweiten zu erlangen.²⁴

²⁴ vgl. Lawrence C. Soley u. John S. Nichols: Clandestine radio broadcasting. A study of revolutionary and counterrevolutionary electronic communication. New York 1987, S. 310 f.

Obwohl die kommunistischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg rasch über ein ausgedehntes Sendernetz verfügten, konnten sie nicht gänzlich auf Geheimsender verzichten. Unterstützung, sogar Lenkung eines Umsturzes außerhalb des eigenen Landes und Vortäuschung eines Widerstandszentrums hätten für offizielle Sender eher belastend gewirkt. Geheimsender können sich jedoch jeglicher Verantwortung entziehen. Mitarbeiter haben Pseudonyme und lancieren Falschmeldungen, propagieren geheime mutmaßliche Operationen und erzeugen Unruhe oder sogar Bürgerkriegsstimmung. Unterstrichen wird ihr Aktionismus durch Geheimhaltung des Standortes, um so eine unmittelbare Zelle innerhalb des Feindeslandes vortäuschen zu können.²⁵

Wohlgemerkt kann auch hier schon der Stationsname irritierend sein. Radio Free Europe (RFE) sendete zur Zeit des Kalten Krieges u.a. aus Deutschland zielgerichtet in die sozialistischen Staaten, um dort grundlegende Veränderungen zu erreichen. Der zuvor erläuterte Begriff des Freien Radios läßt sich daher auf den Kalten Krieg nur eingeschränkt verwenden. Hier ging es auf Rundfunkseite grundsätzlich um „Befreiung“ des Zielpublikums aus ihren jeweiligen Gesellschaftsstrukturen und der Vermittlung der vermeintlich eigenen Wahrheit.

So gliedert sich die vorliegende Arbeit der Mediengeschichte insoweit ein, daß sie sich als eine Spezialstudie zum Geheimsender DFS 904 versteht. Unabdingbar bei einer Einschätzung des DFS 904 ist die Berücksichtigung des Kalten Krieges als Umfeld, in dem der Sender agierte. Schließlich handelte es sich bei der Station um einen explizit kommunistischen, also politischen Sender. Neben Politikfeldern müssen auch biografische Einflüsse berücksichtigt werden, möchte man Vorgehensweisen, die wegen der Konspiration nicht restlos aufgeklärt werden können, einigermaßen richtig einordnen können. Die Sprache des Kalten Krieges der gegnerischen Seiten erschwerten zusätzlich eine neutrale Einordnung in erheblichen Maße.

In einem ersten Teil sind somit zunächst Fragen zur Funktionsweise des Geheimsenders 904 im Kalten Krieg zu stellen. Hier geht es anfangs um die Gründungsphase des DFS 904. Wie ist der Sender installiert worden und welche Ausstattung stand ihm zur Verfügung? Besonderes Augenmerk wird auf die Organisationsstruktur verwendet. Wie wurde diese geplant und wie erfolgte die

²⁵ vgl. Horst Löser: Der politische Geheimsender. In: DW Handbuch 72 für internationalen Kurzwellenrundfunk. Köln 1972, 37 f.

Umsetzung? Was änderte sich im Laufe der Jahre? Was läßt sich über das Ende des Senders feststellen?

Der zweite Schwerpunkt befaßt sich mit Aspekten zu den Programminhalten. Neben der Vorstellung der allgemeinen Programmstruktur und ihrer Veränderung im Laufe der Sendergeschichte wird auch eine inhaltliche Analyse präsentiert. Hier bietet sich an, einen längeren, zusammenhängenden Zeitraum inhaltlich auszuwerten. Dies geschieht am zufällig gewählten Beispielmonat Oktober des Jahres 1963.

In einem dritten Komplex wird die Wirkungsgeschichte des Senders untersucht. Wie wurde der Sender auf behördlicher Seite in Ost und West beurteilt? Wie war die öffentliche Meinung zum Sender? Lassen sich Auswirkungen auf Funktionsweise bzw. Struktur oder Programm des Senders feststellen? In einer abschließenden Bewertung wird der Sender schließlich an seinem eigenen Auftrag gemessen. Hierbei bedarf es der Erörterung des jeweiligen Bildes vom Gegner, dem Feindbild. Auf zwei Elemente der gegenseitigen Einschätzung kann hingewiesen werden: Einerseits dem *Selbstbild* und andererseits dem sog. *Metabild* bzw. „dem Bild vom gegnerischen Gegnerbild“, also Annahmen, wie der Gegner einen selber sieht.²⁶ Bei allen Punkten spielen immer wieder die maßgeblichen Akteure inner- und außerhalb des Senders mit ihren Einschätzungen zum DFS 904 eine wichtige Rolle.

Bei der Einordnung des gesamten Materials wird zudem auf einige ausgewählte theoretische Überlegungen zum Thema „Massenkommunikation“ zurückgegriffen. Im folgenden werden deshalb die vom Verfasser als relevant zur Beurteilung eines Geheimsenders im Kalten Krieg betrachteten theoretischen Elemente erläutert. Inwieweit diese einen Einfluß auf die Arbeitsweise des DFS 904 hatten, oder als Modell für den Sender in seiner Konzeption als Geheimsender im Kalten Krieg hinzugezogen werden können, ist eine weitere Fragestellung, die beantwortet werden soll. Besonders bei einer Wirkungsanalyse können Massenkommunikationstheorien hilfreiche Unterstützung geben.

²⁶ vgl. Daniel Frei: Wie Feindbilder entstehen. In: Feindbild. Geschichte – Dokumentation - Problematik. Hrsg. v. Günther Wagenlehner. Frankfurt/Main 1989, S.222-226.

5. Rundfunk als Massenmedium – Modelle der Massenkommunikation

Verhaftet in ihr jeweiliges kulturelles, politisches und wirtschaftliches Umfeld wirken Medien trotz dieser Abhängigkeit auf dieses Umfeld zurück. Abhängig von seinen technischen Bedingungen, seiner Finanzierung, Inhalten und sachlicher und personeller Ausstattung entwickelte nicht nur der Rundfunk als Medium eine Eigendynamik, die so zuvor nicht vorhersehbar gewesen war. Dies erschwert bis heute eine eindeutige Periodisierung einer allgemeinen Mediengeschichte, da es wegen dieser Verhaftung im Umfeld zwar Schnittpunkte geben kann, jedoch jedes Medium getrennt betrachtet werden muß, will man seiner ganzen Komplexität Beachtung schenken.²⁷

Schwerer noch läßt sich ein Ergebnis finden, wenn es sich um ein Medium der Massenkommunikation handelt. Massenkommunikation war in der Frühzeit der Kommunikationswissenschaft „durch relativ einfache theoretische Vorstellungen gekennzeichnet“.²⁸ Insbesondere die von Harold Dwight Lasswell 1948 entwickelte Formel „Wer sagt was, in welchem Kanal (Medium), zu wem, mit welcher Wirkung?“, steckte die Grundfelder der Massenkommunikation in seine fünf Grundfaktoren ab: Kommunikator, Aussage, Medium, Rezipient, Wirkung.²⁹ Die *Lasswell-Formel* wurde immer wieder wegen ihrer Einfachheit kritisiert, für Gerhard Maletzke ist jedoch nur der Kritikpunkt richtig, daß die Formel einen einseitigen Kommunikationsprozeß zu Grunde legt, ähnlich dem zu dieser Zeit vorherrschenden soziologischen „Reiz-Reaktions-Ansatz“. So gesehen war es nur konsequent, den Medien einen besonders großen Machtfaktor („Allmacht der Medien“) zuzugestehen.³⁰

Die Vielzahl der Kommunikationstheorien kann hier nicht im einzelnen erläutert werden, zeigen aber die Vielschichtigkeit, die Kommunikation, insbesondere Massenkommunikation, beinhaltet. Als klassische Definition von Massenkommunikation hat sich jedoch Gerhard Maletzkes Auffassung von 1976 durchgesetzt: Bei Massenkommunikation handelt es sich um Aussagen, die „öffentlich durch technische Verbreitungsmittel indirekt und einseitig an ein

²⁷ vgl. Jürgen Wilke: Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Überblick und Phasengliederung. Bonn 1999, S. 19 f.

²⁸ Gerhard Maletzke: Massenkommunikationstheorien. Tübingen 1988, S. 3.

²⁹ vgl. ebd. S.3.

³⁰ vgl. ebd., S. 4-7.

dispersedes Publikum vermittelt werden“.³¹ Masse ist hier definiert als „dispersedes Publikum“, also kleinere Gruppen, die räumlich voneinander getrennt, dem öffentlich zugänglichen Massenmedium Aussagen entnehmen. Das Merkmal Öffentlichkeit zeigt, daß niemand von Aussagen eines Massenmediums ausgeschlossen ist, außer durch gezielte Maßnahmen, die dieses zu verhindern versuchen. Massenkommunikation ist in diesem Falle immer Übertragung in einem linearen Kommunikationsprozeß, jedoch ohne die Möglichkeit einer Rückkopplung (Feedback) grundsätzlich auszuschließen. Diese, entgegen der Hauptübertragungsrichtung fließende Information, dient jedoch als sog. Steuerinformation im allgemeinen nur der Optimierung der Verständigung, eine grundsätzliche Vertauschung der Rollen von Kommunikator und Rezipient erfolgt nicht. Rückmeldungen bei Massenkommunikation sind daher aus theoretischer Sicht weniger unmittelbar und bewirken erst mit Verzögerung eine Veränderung beim Kommunikator. (Im Gegensatz zur reziproken Kommunikation).³²

Neben dieser „Mikroperspektive“ können auch einzelne Aspekte verschiedener Theorien der „Makroperspektive“³³ einen guten Beitrag leisten, um Massenkommunikation am Beispiel des DFS 904 als Geheimsender im Kalten Krieg in Aufbau, Funktion, Inhalt und Rezeption zu erfassen. Hilfreich erscheint hier dem Autor die Fragestellung der „kritischen Medientheorie“, im größeren Zusammenhang eingebettet in der „kritischen Gesellschaftstheorie“, und insbesondere die von Jürgen Habermas 1981 veröffentlichte „Theorie des kommunikativen Handelns“. Die Tatsache, daß es sich bei Massenkommunikation „um Herrschaftsverhältnisse handelt, um Strukturen und Prozesse also, die nicht mit Vorstellungen von Gleichheit und Demokratie übereinstimmen und deshalb geändert werden müssen“. Die Medien sind darin mit ihrem Publikum eingebunden und beeinflussen und verändern diese Verhältnisse. Vor diesem Hintergrund können Fragen gestellt werden, inwieweit der DFS 904 auf sein Umfeld in politisch ökonomischer und kultureller Hinsicht gewirkt hat. Die kritische Medienforschung untersucht diese Strukturen u.a. unter den Aspekten „Besitzverhältnisse, Produktionsbedingungen, Kontrollmöglichkeiten,

³¹ vgl. Max Kaase: Massenkommunikation und Massenmedien. In: Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Hrsg. v. Bernhard Schäfers u. Wolfgang Zapf. Bonn 2001, S. 460.

³² vgl. „Kommunikationsprozeß“. In: Das Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation. Hrsg. v. Elisabeth Noelle-Neumann, Winfried Schulz u. Jürgen Wilke. Frankfurt/Main 1991, S. 103 f.

³³ vgl. ebd.: Kommunikationstheorien, S. 123 f.

Interessenkonstellationen, Bedürfnisse der Menschen und Teilhabe an Medien.“³⁴

Grundpositionen sind hierbei u.a.:

Nicht nur Kommunikator und Rezipient bedürfen einer Analyse, auch der Kommunikationsforscher muß in der Analyse miteingebunden werden. Massenmedien werden in gesellschaftlichen Kontext gesetzt und Veränderungsmöglichkeiten untersucht. Die Kritik an der politischen Ökonomie eines Systems ist besonders wichtig für eine analytische Durchdringung der Kommunikationsstrukturen desselben. Positivistische Kommunikationsforschung wird auf ihre politische Involvierung untersucht und ihr systemstabilisierender Charakter herausgearbeitet.³⁵ Beim DFS 904 stellt sich bei der Analyse dieser Theorie unweigerlich die Frage, ob er dies leisten konnte, oder in diesem komplexen Maße überhaupt leisten sollte.

Wird den „Positivisten“ also vorgeworfen, nicht die „richtigen Fragen zu stellen“ und sich mit dem System arrangiert zu haben, wird umgekehrt den „kritischen Theoretikern“ entgegengehalten, nicht empirisch verlässlich zu sein und die „Absolutheit und Wahrheitsgewißheit“ bemängelt, mit der Ergebnisse präsentiert werden.³⁶

Die dialektisch-kritische oder auch kritisch-materialistische Richtung teilt Positionen der allgemeinen Gesellschaftstheorie, entstand aber aus der marxistisch-leninistischen Lehre. Die Medientheorie sieht die Kommunikation als Herrschaftsinstrument, das der Klasse dient, die über die Produktionsmittel verfügt. Auf die DDR bezogen hilft jedoch am besten ein Blick in die eigenen Nachschlagewerke. Im Hintergrund steht auch hier wiederum die auf den DFS 904 zugeschnittene Fragestellung, inwieweit er dieser Theorie als konspirativer Sender im Kalten Krieg gerecht werden konnte.

Massenkommunikation wird, laut dem *Kleinen Politischen Wörterbuch*, im sozialistischen Sinne als vom jeweiligen Klasseninteresse bestimmtes, massenhaft und öffentlich vermitteltes Informationsmedium aufgefaßt, das an technische Mittel der Produktion und Distribution und an einen hohen Grad an Vergesellschaftung und Arbeitsteilung gebunden ist. Grundsätzlich wird Kommunikation als ein „objektiv unumgängliches Erfordernis im Arbeitsprozeß“ gesehen. Unter kapitalistischen

³⁴ Maletzke, S. 48 f.

³⁵ vgl. Kurt Koszysk u. Karl Hugo Pruys: Handbuch der Massenkommunikation. München 1981, S. 31f; vgl. Maletzke S. 49.

³⁶ vgl. Maletzke, S.50.

Verhältnissen werden Massenmedien dieser Auffassung nach kommerziell durch „Monopole, Multimedienkonzerne oder staatsmonopolistische Unternehmen“ genutzt. In einer „inneren Funktion“ diene sie daher der „Festigung der Herrschaftsverhältnisse des Kapitals“ und in einer äußeren, einer vor allem antisozialistischen Politik auf aggressiver Weise. In den Massenmedien der kapitalistischen Länder widerspiegele sich nur der Antagonismus des geistigen Lebens insbesondere in der fortschrittlichen Presse der jeweiligen Länder. Die im Sozialismus auffindbare Massenkommunikation dagegen diene der „Verwirklichung der gesellschaftlichen Grundinteressen der Massen unter Führung der Partei der Arbeiterklasse“. Im Kommunikationsmodell wird hier auf die aktive Rolle der Rezipienten verwiesen, die nicht nur als Objekte der Distribution verstanden werden wollen, sondern als „aktiv gesellschaftliche Subjekte“, die demokratisch an Massenmedien mitwirken, um bei der Verwirklichung des Gesellschaftskonzepts eine „Tribüne des [...] Erfahrungsaustausches“ zu haben. Für den sozialistischen Journalisten bedeutet dies, Theorie und Politik des Sozialismus, die dem „objektiven Geschichtsprozeß“ entsprechen, nicht nur „offensiv, verständlich und mit beweiskräftigen Argumenten zum Ausdruck“ zu bringen, sondern auch auf der Grundlage der wissenschaftlichen Weltanschauung die Fortschritte beim Erreichen der Gesellschaftsstrategie im schöpferischen Handeln der Menschen zu verankern und zum Allgemeingut zu machen.³⁷

Massenkommunikation ist also ein Mittel der Agitation. Seit W.I. Lenin hat Agitation im kommunistischen Sinne die Aufgabe, auf Grundlage der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, sozialistische Überzeugungen und Haltungen herauszubilden. Sie stellt die „überzeugende Erläuterung der Beschlüsse“ der Partei als Dialog mit den Bürgern dar und fordert die ständige Auseinandersetzung mit denen dem Sozialismus unversöhnlich gegenüberstehenden bürgerlichen Ideologien. „Hoher Ideengehalt, Parteilichkeit, Lebensnähe, Vielfalt der Mittel und große Anschaulichkeit“ sind nur einige Voraussetzungen, welche die massenwirksame Agitation auszeichnen. Sie soll besonders durch die konkrete Form des Beispiels wirken.³⁸ Dem Metabereich des Ideologietransfers kommt in diesem Zusammenhang die Aufgabe der Propaganda zu. Besonders die Lehren auf politischer und philosophischer Ebene sollen systematisch verbreitet und gründlich erläutert werden.

³⁷ vgl. „Massenkommunikation“. In: Kleines Politisches Wörterbuch. Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Gertrud Schütz. 7. Auflage. Berlin (Ost) 1988, S. 609.

³⁸ vgl. ebd.: „Agitation“, S. 17 f.

Propaganda ist ein „entscheidender Bestandteil der ideologischen Arbeit“.³⁹ Sie geht als Theorievermittlung ebenso auf Lenin zurück, allerdings ohne daß von ihm eine exakte Definition von Propaganda überliefert wurde. Er sah sie als „notwendige Voraussetzung politischer Aktivität“ und reflektierte sie in verschiedenen Werken aus „konkreten Anlässen“ heraus. Einzig seine „deutliche definatorische Absetzung vom Begriff Agitation“ geht auf ihn zurück. Daher lassen sich beide Begriffe nicht immer eindeutig auseinanderhalten. So sieht man in der Agitation die „sozusagen angewandte Propaganda“, ein Anwenden der Propaganda auf konkrete Anlässe. Auffallend ist jedoch, daß diese Auffassungen im Laufe der Zeit von der SED nie grundsätzlich geändert wurden. Presse und Rundfunk wurden daher auch nicht als vorrangiges Massenmedium zur Herrschaftssicherung – wie bürgerlichen Ideologien vorgeworfen - gesehen, sondern als Plattform zur Herstellung einer breiten Öffentlichkeit und als „Instrument des Ideologietransfers.“⁴⁰ Ob der in der Forschungsliteratur immer wieder zitierte Ausspruch Lenins über die Zeitung als „kollektiver Propagandist, kollektiver Agitator [und] auch kollektiver Organisator“ (also Anleitung zum gemeinsamen Handeln nach Maßgabe der Beschlüsse der Partei)⁴¹ auch für den DFS 904 zutrifft, muß bei einer abschließenden Bewertung mit einfließen. Die zuvor angerissenen Kommunikationsmodelle stellen dazu nur eine subjektive Auswahl dar, deren einzelnen Versatzstücke jeweils an bestimmten Feldern des vorliegenden Beispiels DFS 904 geprüft werden sollen, um Mechanismen der Kommunikationsstruktur des Sender möglicherweise besser aufdecken zu können.

³⁹ „Propaganda“. In: Kleines Politisches Wörterbuch, S.195f.

⁴⁰ vgl. Monika Gibas: Ideologie und Propaganda. In: Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch. Hrsg. v. Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan u. Jürgen Winkler. Berlin 1997, S. 244 f.

⁴¹ vgl. Die Massenmedien der DDR. Presse, Rundfunk, Fernsehen und Literaturbetrieb im Dienste der SED. Hrsg. v. der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1983, S. 11.

II – Geheimsender im Kalten Krieg: Der DFS 904

1. Aufbau, Ausstattung und Organisation des DFS 904 von 1956 bis 1971

Schon am Abend des 17. August 1956, dem Tage des KPD-Verbotsurteils durch das Bundesverfassungsgericht, startete der DFS 904 mit einer ersten Sendung. Mit einer kurzen Vorlaufzeit in der Planung des Senders meldete sich die „Stimme der KPD“ als der „einzige Sender der Bundesrepublik, der nicht unter Regierungskontrolle steht“ von nun an regelmäßig im Äther, um seine Sicht der politischen Dinge zu verbreiten. Daß dies tatsächlich jedoch vom Staatsgebiet der DDR aus erfolgte, konnte nur kurz geheim gehalten werden, wurde aber von der DDR nie offiziell bestätigt. Schnell deckten westdeutsche Behörden und die Presse die Sendeanlagen Burg bei Magdeburg als Ausstrahlungspunkt des DFS 904 auf. Schon in finanzieller und technischer Hinsicht war die „kleine“ KPD von der „großen“ SED abhängig, um den Betrieb eines leistungsstarken Senders aufrecht erhalten zu können.

1.1 Die Entstehungsphase des Senders im Jahr 1956: Aufbau, Ausstattung, Zielsetzung

Der konkrete Planungsbeginn für den Sender 904 läßt sich nicht mehr genau feststellen. Heinz Priess erinnert sich in seiner Autobiographie jedoch an den Umstand, der ihn zum Sender brachte. Anfang August 1956 wurde Priess ins ZK der SED einbestellt, wo er Herrmann Matern (1893-1971) treffen sollte.⁴² Matern, geboren in Burg bei Magdeburg, trat 1914 aus der SPD aus und schloß sich den Kommunisten an. In der Weimarer Republik übte er diverse Funktionärstätigkeiten für die KPD auf regionaler Ebene aus und wurde 1932/33 Mitglied des Preußischen Landtages. Von den Nationalsozialisten verfolgt, flüchtete Matern bis 1941 durch verschiedene europäische Länder, um schließlich um 1941 nach Moskau überzusiedeln, wo er Mitglied im *Nationalkomitee Freies Deutschland* (NKFD) wurde. Ab 1945 war er dann zuerst wieder auf Regionalebene tätig, bevor er 1950 ins Politbüro der SED kam, dem er bis zu seinem Tode angehörte.⁴³

⁴² vgl. Priess, S.276.

⁴³ vgl. Wer war Wer in der DDR? S.557.

Matern war es, der Priess den Politbürobeschuß zur Installierung eines Radiosenders mitteilte, um die Agitation und Propaganda der KPD vor Ort ersetzen zu können. Dies bedeutete, daß die SED wohl schon vor Anfang August von einem wahrscheinlichen Verbot der KPD in der BRD ausgegangen war. Ein von Priess beschriebener Politbürobeschuß der SED ließ sich jedoch nicht auffinden.⁴⁴ Die Marschrichtung gab Matern jedoch in dem zehnminütigen Gespräch unmißverständlich vor: Elf Jahre nach Beendigung des Naziregimes werde nun die KPD wiederum verboten. Dies sei auch als Schlag gegen die DDR zu werten und erfordere deshalb die Klassensolidarität mit den Genossen der KPD in der BRD. Der wichtigste Punkt sei dabei die Ersetzung der Propaganda und Agitation vor Ort durch einen konspirativen Sender, ein Grund, warum beim Gespräch auch das PB-Mitglied der KPD Oskar Neumann zugegen war.⁴⁵ Er sollte in der ersten Zeit die Grundlinie der KPD bei Redaktionssitzungen darlegen.⁴⁶ Eine weitere Personalfrage wurde ebenso direkt durch Matern vorgegeben: In der Anfangsphase sollte Rudi Singer (1915-1980), den Sender „provisorisch“ leiten. In seiner Zeit als Chefredakteur des Senders mußte Singer seine vorherige Chefredakteurstelle bei der *Freiheit* in Halle ruhen lassen, nahm diese dann von 1958 bis 1963 wieder auf. Ab 1963 war er dann Leiter der Abteilung Agitation des ZK der SED und stellvertretender Vorsitzender der Agitationskommission beim PB. Von 1966 bis 71 bekleidete er das Amt des Chefredakteurs beim *Neuen Deutschland* (ND). Singer, der ab 1967 Mitglied des ZK war, übernahm schließlich ab 1971 den Vorsitz des Staatlichen Rundfunkkomitees. Priess bekam am Ende des kurzen Gesprächs mit Neumann und Matern die Order, sich bei der Abteilung Agitation der Westabteilung zu melden, wo ihm nähere Informationen mitgeteilt würden.

Daß Priess und Singer für neue Aufgaben eingeplant wurden, deckt sich auch mit den Akten des ZK der SED, Abteilung Agitation, wenn auch nicht vom DFS 904 gesprochen wird. In einer Beratung der Abteilungsleitung vom 31. Mai wurde über die neue Redaktion des ND gesprochen und ein PB-Beschluß vom vorgehenden Tage erläutert, der Singer von einer Beschlußfassung ausnimmt. Auch auf ein mit Max Reimann am gleichen Tag geführtes Gespräch wird Bezug genommen, in welchem

⁴⁴ vgl. Priess S. 277. Es ist jedoch durchaus möglich, daß der Beschluß deswegen im SAPMO-BArch nicht aufzufinden war, weil es sich um eine reine Verabschiedung einer protokollarisch nicht näher erläuterten Vorlage in den Akten des PB der SED handelt.

⁴⁵ vgl. ebd.

⁴⁶ laut Interview mit Adolf u. Christa Broch.

Reimann darauf hinwies, daß der „Gen. Singer und auch in Kürze die Genossen Priess und Perk nach Westdeutschland gehen.“⁴⁷

Priess meldete sich also in der Westabteilung, wo er von Max Spangenberg (1907-1987) näher instruiert wurde. Spangenberg, ebenfalls ein Spanienkämpfer und in der DDR seit 1954 stellvertretender Abteilungsleiter bzw. Leiter des Arbeitsbüros der Westkommission des PB des ZK der SED⁴⁸, beauftragte Priess, eine Redaktion und ein Sendeschema zusammenzustellen. Geld spielte dabei weniger eine Rolle, ließ Spangenberg wissen, ohne aber Beträge zu nennen. Jedoch lagen die Gehälter beim Sender in der Anfangsphase wohl deutlich über dem DDR-Durchschnittsgehalt. Priess bekam weiterhin sein Intendantengehalt von 2000 Mark, eine Cutterin sollte 900 Mark monatlich, ein Redakteur 1000 Mark bekommen. Im Vergleich dazu bekam in den 80er Jahren ein mit gleichen Aufgaben betreuter Mitarbeiter beim DDR-Rundfunk als Anfangsgehalt nur 700 Mark, so Priess.⁴⁹ Unterlagen der SED ZK-Abteilung Verkehr- und Verbindungswesen können die relativ hohen Gehälter beim DFS 904 bestätigen. Im Jahresplan von 1957 wird ein Gesamtdurchschnittslohn von 543 Mark beim staatlichen Rundfunk angegeben.⁵⁰

Priess dachte laut eigener Erinnerung bei diesem Auftrag „sofort“ an den „Soldatensender-Calais“, der im Zweiten Weltkrieg mit Jazz und Big-Band-Sound, sowie frechen und lässigen Sprechern mit großer Wirkung Informationen bei den deutschen Landsern einschleuste und suchte daher auch besonders nach Sprechern mit westdeutschem Akzent, um einen Sendestandort des DFS 904 in der BRD besser vortäuschen zu können.⁵¹

Die Aufgabenstellung des Senders wurde schon durch die allgemeine Vorgabe seitens Materns gegenüber Priess beim Gründungsgespräch deutlich. Präzisiert durch das ZK der SED und den eigenen Vorstellungen der KPD-Führung wurde diese Grundaufgabenstellung während der gesamten Sendezeit des DFS 904 beibehalten. Priess selbst sah den Sender zwar als „Stimme der KPD“, aber die Sendungen sollten nicht nur als solche gesehen werden, sondern vielmehr als eine „oppositionelle Stimme in der bundesdeutschen Landschaft gelten“.⁵² Die Ansage erläuterte dies allabendlich: „Hier ist der Deutsche Freiheitssender 904! Der einzige Sender der

⁴⁷ SAPMO-BArch DY 30/IV 2/9.02/5/ Blatt 142.

⁴⁸ vgl. Wer war Wer in der DDR?, S.808.

⁴⁹ vgl. Priess, S. 279; 282. Allgemein läßt sich über die finanzielle Ausstattung über diese Information hinaus, wie auch schon zuvor angemerkt, nichts feststellen.

⁵⁰ vgl. SAPMO-BArch DY30/ IV 2/6.05/81 Blatt 6-11.

⁵¹ vgl. Priess, S.281.

⁵² ebd. S.282 f.

Bundesrepublik, der nicht unter Regierungskontrolle steht.“ Aus der Endphase des Senders sind Dokumente erhalten geblieben, die zeigen, daß das Ziel, die vermeintliche Wahrheit in die Bundesrepublik zu tragen, bis zum Ende aufrecht erhalten wurde. In einer Vorlage für das PB der KPD hieß es am 24.11. 1968, daß man trotz vorangegangener DKP-Gründung daran glaubte, die BRD würde auch ohne polizeiliche Mittel eine legale Verbreitung kommunistischer Druckerzeugnisse verhindern zu wissen. Die fehlenden „Millionengelder“ erschwerten zudem die massenwirksame Verbreitung, so daß nur die Avantgarde der Arbeiterklasse erreicht werden konnte. Daher beschrieb die Vorlage, die aus der Sendeleitung stammte, den Rundfunk weiterhin als einzige Möglichkeit, die Masse der westdeutschen Arbeiter zu erreichen und unterstrich somit die weiterhin geltenden Bedingungen, die 1956 zur Gründung des DFS 904 führten. Zudem bestehe noch der Vorteil, daß nicht erst abonniert werden muß, um kommunistische Gedanken nach Hause zu bekommen:

„Der Funk ist darum geeignet, größere Kreise anzusprechen, schneller zu reagieren und unmittelbarer zu wirken. Wahrscheinlich hat jede Funksendung mehr Hörer, als alle unsere Zeitungen zusammen an Lesern haben. Es steht nicht die Frage „Zeitung oder Funk“, vielmehr ist der Funk die Ergänzung und Untermauerung für das Wirken der Parteipresse.

Die Aufgabe und die Rolle des Deutschen Freiheitssenders 904 in der gegenwärtigen Periode besteht darin, als Sender, der sich gegen die Politik des Militarismus und Imperialismus in der Bundesrepublik, gegen den Abbau der demokratischen Freiheiten und gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse wendet, durch Argumente, Fakten und Kommentare die Politik unserer Partei massenwirksam zu verbreiten. Die Erfahrungen der Funkarbeit zeigen, daß besonders bei zugespitzten Situationen, sowohl international also auch im Land selbst, der Sender zum wirksamsten (weil schnellsten) Informations- und Kommunikations-Instrument wird. Das trifft besonders bei verschärften Klassenauseinandersetzungen, bei Streiks und Demonstrationen, sowie bei Polizeimaßnahmen oder militärischen Konflikten zu. In diesen Fällen ist der Sender nicht nur Agitator, sondern ein Mittel der Mobilisierung und Anleitung. Der Sender kann schließlich, da er ohne Verbotsdrohung arbeiten kann, durch Enthüllungen, die von DDR-Sendern nicht gebracht werden können, ein wirksames Instrument der antibonner Politik sein.

Die Aufgabe des Senders besteht also in erster Linie darin, den Massenmedien der herrschenden Kräfte in der Bundesrepublik entgegenzuwirken und den politisch-ideologischen Kampf unserer Partei zu unterstützen. Er muß in dieser Funktion eine wichtige

Lücke sowohl in der täglichen Agitation als auch in der vor uns stehenden ideologischen Auseinandersetzung schließen.“⁵³

Da eine solche Aufgabenstellung nicht durch eine mobile Sendeanlage in der Bundesrepublik umzusetzen war, aber trotzdem der Anschein erweckt werden sollte, aus dem bundesrepublikanischen Untergrund zu senden, schwieg man sich über den Sendestandort während der gesamten Lebensdauer des Senders aus. In einer dem Verfasser vorliegenden, nicht datierbaren Stationsansage meldete man sich ironisch mit: „Hier ist der Deutsche Freiheitssender 904. Standort: Links von Bonn!“

1.2 Die Infrastruktur des Senders von 1956 bis 1971

Der tatsächliche Sendestandort war Reesen bei Burg in der Nähe von Magdeburg. Über einen der beiden Sendemasten wurde 904 dazugeschaltet, um durch Grenznähe und günstiger Ausbreitung nach Norden und Süden von Westdeutschland das Zielpublikum gut erreichen zu können. Vom Sendestandort war dies eine gute Ausgangslage, jedoch hätte man dazu auch eine störungsfreie Frequenz benötigt. Anfangs benutzte man die exakte namensgebende Frequenz von 904 kHz, wanderte aber in den Jahren auf etwa 908 kHz, was aber bei den damaligen Empfangsgeräten nicht weiter auffiel. Ursprünglich war die Frequenz dem sowjetischen Sender *Radio Wolga* zugeteilt, der Sendungen für ein „Hilfskomitee zur Rückführung russischer Emigranten in die Heimat“ ausstrahlte, aber schon seit längerer Zeit außer Betrieb war. Insgesamt stand eine recht starke Sendeleistung von 250 kW zur Verfügung, die allerdings durch starke Interferenzen der Nachbarkanäle beeinträchtigt wurde. 904 quetschte sich regelrecht zwischen den Sender Mailand sowie die BBC-London und begrenzte dadurch eine bei ähnlicher Sendeleistung zu erzielende Reichweite erheblich.⁵⁴ In westdeutschen Rundfunk-Fachzeitschriften wurde immer wieder von einer Abschirmung gesprochen, die DDR-Techniker installiert hätten, um den Empfang in der DDR unmöglich zu machen.⁵⁵ Vermutlich gab es durchaus Überlegungen, eine solche Abschirmung zu installieren, technisch ließ sich diese jedoch nicht realisieren. Die Sendeanlage des DFS 904 bestand aus zwei

⁵³SAPMO-BArch BY1/2927. Thomas (Erich Glückauf): Vorlage über die Bedeutung, Rolle und Aufgaben des Deutschen Freiheitssenders 904. 24.11.1968.

⁵⁴ vgl. Fricke, S.474 f.; vgl. Helmut Bergmann: Freiheitssender – und Soldatensender – eine deutsche Episode. In: Funk Amateur 4-01, S. 376 f.; vgl. auch Feature DLRADIO.

⁵⁵ vgl. Scheer, Roter Schwarzfunk, S. 18. Scheer nimmt Bezug auf einen Artikel in einer Kurzwellen Klub-Zeitschrift, in der sich ein Hörer in Brake/Unterweser zu diesem Thema äußert.

Rohrmasten, wobei der westliche Mast als Strahler und der dahinter stehende als Reflektor benutzt wurde. Bei einer Leistung von 250 kW ließ sich jedoch keine „Dämpfung“ in Richtung DDR realisieren⁵⁶, was auch die vielen Zuschriften aus der DDR bezeugten, die der Sender bekam, als er Ende der 60er Jahre ein Postfach einrichtete.

Als Studio stand dem Sender immer eine Einrichtung des Staatlichen Rundfunks der DDR zur Verfügung, von dort kamen auch die Technikerinnen und Techniker zum Sender, die nicht der KPD, sondern ausschließlich der SED angehörten.⁵⁷ Die ersten Sendungen kamen noch aus dem Hauptgebäude des DDR-Rundfunks in der Nalepastraße in Berlin. Das Sendestudio nahm daraufhin sein erstes festes „Gast-Domizil“ in Grünau ein, auf einem Gelände eines Ausweichstudios des DDR-Rundfunks, wo auch die technischen Gerätschaften schon vorhanden gewesen waren.⁵⁸ 1957 wurde das „Versteck“ immer bekannter, ein weiterer Umzug stand an, um die Konspiration wahren zu können. Selbst die BRD-Presse erhält später den Hinweis auf den genauen Standort des Sendestudios:

Regattastrasse 277, Berlin-Grünau.⁵⁹ Da war die Redaktion aber schon wieder umgezogen, diesmal nach Friedrichshagen, wo man sich in einem Waldstück heimlich in einer Villa einrichtete. Diese war eine ehemalige Ausbildungsschule des DDR Rundfunks, deren Gelände auch von der Volkspolizei genutzt wurde. Erst Mitte der 60er Jahre bekam der Sender ein eigenes Domizil, für damalige Verhältnisse großzügig in Anwesen und Studiotchnik ausgestattet. Diese letzten Jahre verbrachten die Redaktion und das Sendestudio in Bestensee bei Königs-Wusterhausen, auf einem abgeschirmten Gelände direkt am See.⁶⁰

Ohne Hilfe der SED war also gar nicht an einen Aufbau eines Geheimsenders zu denken gewesen, schließlich hatte die KPD keinerlei technische Ausrüstung zur Verfügung. Auch das technische Know-how kam von SED-Seite, so daß sich am Sender eine Organisationsstruktur gemischt aus KPD und SED herausbildete.

⁵⁶ Dieser Hinweis stammt von Helmut Bergmann.

⁵⁷ laut Interview mit Adolf und Christa Broch. Christa Broch stellte allerdings eine Ausnahme dar: Sie kam als Mitglied der FDJ zum Sender, wurde nach zwei Jahren in die SED aufgenommen, um darauffolgend aus Proporzgründen zwischen Arbeiter und Angestellten wieder ausgeschlossen zu werden.

⁵⁸ vgl. ebd.

⁵⁹ vgl. Gerd Scharnhorst: „904“ ruft Steckenpferd. Nicht aus Westdeutschland, sondern aus Ost-Berlin – Pirat auf Funkwellen. Die WELT vom 14.08.1960. (SAPMO-BArch BY1/2303–ohne Blattzählung)

⁶⁰ vgl. Priess, S.282.

1.3. Der Sender im Organisationsgefüge von KPD und SED

Die regelmäßig abgehaltenen Parteiversammlungen der an den Sendungen beteiligten Mitarbeiter ergeben anhand der archivierten Protokolle ein aufschlußreiches Bild über die eigene Organisationsstruktur. Als einen ersten größeren Zeitraum kann hier 1956 bis 1960 betrachtet werden. Die insgesamt zehn Mitglieder der SED und acht Mitglieder der KPD, die damals für den Sender tätig waren, betrachteten sich laut Protokoll von 1960 „automatisch als eine Parteiorganisation“.⁶¹ Jedoch stellte die Leitung des Senders schon 1958 „Stagnation“ im Parteileben fest und gab die Parole „Stillstand im Parteileben heißt Rückgang in unserer Arbeit“ aus, um so auf die ihrer Meinung nach „gefährlichen Auswirkungen“ beim Ausbleiben von politischen Diskussionen hinzuweisen.⁶² Was war geschehen? Das in den Protokollen beschriebene Parteileben existierte eigentlich nur auf dem Papier. Die Behauptung von 1960, die Mitarbeiter hätten sich „automatisch als Parteigruppe“ gefühlt, ist nur eine nachgeschobene Ausrede. Die eher der Agitation, im Sinne der einleitend beschriebenen Auslegung, verpflichteten Redakteure behandelten politische Grundsatzfragen, also Propagandafragen, kurzerhand aus pragmatischen Gründen innerhalb der täglichen Redaktionssitzungen mit. Diese „Kollegiumssitzungen wie auch die täglichen Redaktionsbesprechungen können niemals Ersatz für politische Diskussionen über die Politik und die Beschlüsse der Partei sein“⁶³ wurde weiter manifestiert. Somit folgte eine Unterteilung in vier Parteigruppen: Redaktion, Technik, Hausverwaltung und Wache. Zwei Jahre später jedoch wurde diese Aufteilung weiter vorangetrieben und eine Trennung noch in KPD und SED eingeführt und deren Parteiarbeit auf die „Richtlinien der KPD bzw. SED“ eingestellt. Wettbewerb zwischen den Parteigruppen Technik und Redaktion um den Titel einer „sozialistischen Brigade“ sollten ebenfalls zu mehr Dynamik im Parteileben führen. Jedoch wurden für alle zwei Monate und bei wichtigen Anlässen gemeinsame Sitzungen veranlaßt, Kaderfragen sollten unter Zuziehung des jeweils anderen Sekretärs der Gruppe besprochen werden.⁶⁴ Bei Bewertung dieser Umstellung muß die sowieso vorhandene Unterteilung in Technik und Hilfspersonal, die ausschließlich von Seiten

⁶¹ SAPMO-BArch BY1/2312. 28. 04.1960. Das Zahlenverhältnis läßt jedoch kein Rückschluß auf die Gewichtung der SED zu, da diese hauptsächlich die technische Seite stellte.

⁶² vgl. ebd. 20.10.1958.

⁶³ ebd.

⁶⁴ vgl. ebd. vom 28.04.1960.

der SED gestellt wurden, sowie die aus KPD-Leuten bestehende Redaktion in Erinnerung gerufen werden. Vermutlich waren einige leitende Köpfe beider Parteien verpflichtet, so auch Heinz Priess.⁶⁵ Die KPD-Gruppe unterstand zusätzlich einem Sekretär, eingesetzt vom PB der KPD, dessen vorrangige Aufgabe es war, Parteimaterial weiterzuleiten und in umgekehrter Richtung Anfragen und Beschwerden der Genossen entgegenzunehmen.⁶⁶ 1962 wird per KPD-PB Beschluß das Kollegium des DFS bestätigt und Jupp Mallmann zum Redaktionssekretär gewählt. Ein weiterer Posten ist der des Leiters der Parteiredaktion, den schließlich Heinz Kampe bekommt.⁶⁷

Gleichzeitig mit der Bestätigung Mallmans wird auch das Kollegium im Amt bestätigt. Hierbei handelt es sich m. E. nach um die leitenden Funktionen innerhalb der Redaktion. Heinz Priess wird hier an erster Stelle vor seinem Stellvertreter Emil Carlebach (1914-2001) genannt. Carlebach, 1914 in Frankfurt geboren, wurde 1933 als Jude und Kommunist verhaftet und kam schließlich ins Konzentrationslager Dachau und später nach Buchenwald. Dort organisierte Carlebach die illegale Lagerleitung mit. Nach dem Krieg wurde Carlebach kurzzeitig einer der sieben Lizenzträger der Frankfurter Rundschau, die er aber wegen Intrigen wieder verlor. Als Mitglied des Hessischen Landtages war er an der Hessischen Verfassung beteiligt. Er wurde eines der ersten Opfer des westdeutschen Berufsverbots und stand ab 1956 für 12 Jahre unter Haftbefehl, die Zeit, die er beim DFS 904 verbrachte. Nach Gründung der DKP war Carlebach wieder in der BRD als Journalist bis zu seinem Tode 2001 tätig.⁶⁸ Carlebach war der Parteiführung vermutlich zu selbständig. Trotz seiner journalistischen als auch agitatorischen Fähigkeiten, die ihm durchaus zum „idealen Chef“ befähigt hätten, blieb Carlebach aus diesem Grund immer auf die zweite Reihe beschränkt.⁶⁹

Dem Kollegium war in nächster Instanz die Sendeleitung übergeordnet, im ständigen Kontakt mit ZK und PB der KPD. Neben Erich Glückauf, der als politischer Anleiter beim Sender fungierte, indem er immer wieder die Linie der Partei erklärte, war auch Erich Jungmann (1907-1986) in der Sendeleitung des DFS 904 zu finden. Seine

⁶⁵ vgl. Priess, S.283.

⁶⁶ vgl. SAPMO-BARCH BY1/2312 vom 20.3.1958.

⁶⁷ vgl. ebd. BY1/2600 Sitzungen des PB der KPD, keine Blattzählung. 19.9.1962.

⁶⁸ vgl. *Unsere Zeit* (UZ) 20.4.2001. <http://www.unsere-zeit.de/3316/s0202.htm>. Carlebach äußerte sich nie öffentlich zu seiner Arbeit beim DFS 904.

⁶⁹ Dies teilte mir Adolf Broch im Interview mit: „Die Parteiführung ging immer davon aus, daß der `liebenswerte Halunke` Alleingänge macht. Deshalb konnte er nicht da Chef sein, obwohl er im Grunde genommen die größte Autorität hatte.“

Funktion ist jedoch nicht ganz festzustellen, da er sich wohl kaum direkt in der Redaktion blicken ließ. Jungmann war 1932/33 Reichstagsabgeordneter der KPD, dann illegal in den Niederlanden und in Frankreich tätig. 1939 wurde er in Paris verhaftet und verbrachte die darauffolgenden Jahre in verschiedenen Internierungslagern. Er emigrierte danach nach Mexiko, um 1946 in die UdSSR zu gehen. Kurz darauf bekam Jungmann den Auftrag der SED, sich um Heimkehrer aus der UdSSR zu kümmern. Anfang 1951 wurden ihm seine französischen Kontakte zu Noel Field zum Verhängnis und er verlor seinen zuvor erworbenen Sitz im Parteivorstand der KPD. Zusätzlich wurde er aus Westdeutschland zurück in die DDR berufen. Jungmann bekam Chefredakteursposten bei SED-Zeitschriften und geriet 1953 erneut in eine Parteiüberprüfung, diesmal wegen angeblicher prozionistischer Haltung im Zusammenhang mit einem Schauprozeß gegen Rudolf Slánský in Prag. 1956 wurde Jungmann nach „Bewährung“ intern rehabilitiert. Nach einer Tätigkeit als stellvertretener Chefredakteur bei der Berliner Zeitung wurde Jungmann per SED- Politbürobeschuß 1959 mit dem Posten in der Sendeleitung des DFS 904 abgefunden. Der gleiche Politbürobeschuß der SED hob Glückauf in die Parteileitung der KPD.⁷⁰ Aus der PB-Sitzung der SED 37/59 geht auch hervor, daß sich die SED in Fragen der KPD ein letztes Wort vorbehielt. Für eigene Leute, die sowohl SED, als auch KPD zugehörig waren, mußte ein Antrag vom PB der KPD an das der SED eingereicht werden. Zusätzlich wachte die Westabteilung über die Ausstrahlungen des Senders. Spangenberg und Hähne seien jedoch als die Beauftragten wahrscheinlich „viel zu faul gewesen“, den Sender regelmäßig zwecks Überprüfung mitzuhören, erinnert sich Priess. Falls es doch einmal wieder wegen des Programms eine Vorladung ins ZK der SED gab, dann konnte Priess sich seine Zugehörigkeit zu KPD und SED zu Gute halten und die Situation wohl häufig entschärfen.⁷¹

Diese Verstrickung zeigte sich auch deutlich bei der praktischen Umsetzung der Konspiration als eines der Hauptpunkte in der Organisation des DFS 904 als Geheimsender im Kalten Krieg. Sie zeigen ebenso gut das Selbstverständnis der am Sender Beteiligten.

⁷⁰ vgl. Wer war wer in der DDR? S. 400f.; vgl. SAPMO-BArch DY30/ J IV 2/2/661, Blatt 6. Politbüro Sitzung der SED 37/59 vom 28.7.1959. Adolf Broch konnte sich nicht erinnern, Jungmann beim Sender gesehen zu haben und vermutet auch eine Art Wiedergutmachung.

⁷¹ vgl. Priess im DeutschlandRadio.

1.4 Konspiration als Grundverständnis und ihre Umsetzung

Die SED half ihrer Schwesterpartei auch bei Umsetzung der Konspiration im Alltag. Neben der zuvor erwähnten Verschleierung der Produktionsstätten, sollte auch die offizielle Betätigung der Beteiligten in der DDR verschleiert werden, um den Status eines Geheimsenders aufrecht erhalten zu können.

Die offizielle Anstellung der Mitarbeiter des Senders erfolgte daher auch unverfänglich bei der SED ZK-Abteilung Verkehr – und Verbindungswesen. Von dort kamen auch die Gehälter am Monatsende, immer in Form von Bargeld in einem Umschlag.⁷²

Konkrete Konspirationsmaßnahmen prägten die Situation am Standort des Studios vor Ort. Immer wieder wurden den Mitarbeitern Vorschriften zur Geheimhaltung des Standortes eingeschärft. Selbst das Privatleben der Mitarbeiter hatte sich nach konspirativen Regeln zu richten. Oberstes Gebot war die „Schweigepflicht über die Tätigkeit für alle, auch gegenüber den engsten Familienangehörigen hin, auch gegenüber staatlichen Organen der DDR hin. Was in dieser Beziehung zu regeln ist, geht über die Leitung des Hauses.“⁷³ Im vorgefundenen Dokument ist selbst der Standort nicht festgehalten, statt dessen wird nur der Begriff „Objekt“ für den Standort Regattastraße und „Neues Objekt“ für Berlin-Friedrichshagen verwendet. Den Mitarbeitern war es untersagt, sich in der Nähe des Standortes vom S-Bahnhof (gemeint ist wahrscheinlich der S-Bahnhof Friedrichshagen) von Verwandten und Bekannten abholen zulassen, bzw. sich mit diesen dort vor oder nach der Arbeit zu verabreden. Vor diesen durfte auch nichts über die Arbeit verlautbart werden, auch nicht auf indirekten Wege, z.B. durch Bestätigung auf eine Frage hin: „Nicht Bestätigung für Dinge geben – auch nicht in der Form: du weißt ja, ich brauche nichts zu sagen, kannst Dir ja vorstellen.“ Telefonate aus dem Objekt durften nur im Ausnahmefall geführt werden, auch wenn eine direkte Telefonkontrolle mit Belegzetteln nicht eingeführt wurde. Über Sendemanuskripte sollte ebenso nicht allzu laut diskutiert werden, wie mit weiteren Angestellten des Objekts über inhaltliche Dinge der Sendungen. In allem hatte der konspirative Grundsatz zu gelten: „Sage es dem, der es wissen muß und nicht dem, der es wissen könnte.“⁷⁴

⁷² Dies teilte mir Adolf Broch mit.

⁷³ Genosse Heinz (vermutlich Heinz Priess) in der Parteiversammlung vom 11.7.1959. SAPMO-BArch BY1/2312.

⁷⁴ vgl. ebd.

Nachweislich ab 1962 werden stärker Decknamen zur Verschleierung der richtigen Identität eingesetzt, zuvor waren Mitarbeiter mit dem Vornamen genannt worden. Das Kollektiv nannte sich als ganzes mit dem Namen „Valentin“. Heinz Priess ist „Robert“, Erich Glückauf nannte sich je nach Funktion im Sender oder bei der KPD zuerst „Rüdiger“, später auch „Thomas“.⁷⁵ Begründet wird dies immer wieder mit dem Selbstverständnis und der Aufgabenstellung des Senders:

„Wir sind keine normale Parteieinheit wie im Sinne eines volkseigenen Betriebes in der DDR oder sonst einer Parteieinheit im legalen Rahmen. Wir sind auf einen Posten gestellt – und das scheint bei uns manchmal etwas verloren zu gehen – wir haben eine politische Schlüsselposition in der Agitationsarbeit unserer Partei. Das ist auch die Einschätzung unseres Zentralkomitees. Und alle Genossen, die aufmerksam die Zusammenarbeit zwischen uns und dem Politbüro verfolgen, werden merken, daß seit langer Zeit das Politbüro und das ZK unserer Partei uns in jeder Beziehung eine große Unterstützung geben. Wir stehen in der vordersten Linie des Parteikampfes mit den besonderen Umständen. Im Hitlerfaschismus mußte man dies vom Ausland aus machen. Wir sind heute in der DDR eine illegale Institution in einem legalen Rahmen auf dem Boden der DDR. Wenn wir auch illegal wären, der dauernden Verhaftungen, der dauernden Sicherungen des Objekts ausgesetzt usw. ausgesetzt würden, dann würden wir uns heute nicht mit Nachtzuschlägen, mit übergroßer Männerfreundlichkeit von Frauen zu befassen haben. Wir haben uns damit zu befassen, wie wir uns enger zusammenschließen, um unsere großen Aufgaben zu erreichen. [...]“⁷⁶

Konspiration am Sender sei nur die „reale Einschätzung der Ziele und Absichten des Gegners“, über die man vorgab, im Bilde zu sein.⁷⁷ Allerdings kann auch der Verdacht geäußert werden, die konspirativen Vorgaben seien nur aus Gründen der Personalführung in diesem extremen Maße propagiert worden. In der Anfangsphase hatte eine gewisse Konspiration durchaus Sinn. Die meisten der Mitarbeiter beim Sender wurden mit Haftbefehl in der BRD gesucht. Um bei einer illegalen Rückkehr und einer möglichen Verhaftung nicht zusätzlicher Vergehen und Straftaten schuldig zu sein, war eine Verschleierung durchaus sinnvoll. Allerdings hatten diejenigen, die sich für länger in der DDR einrichteten, nichts dergleichen zu befürchten. Der

⁷⁵ vgl. DeutschlandRadio; vgl. Klarnamen-Schlüssel in Findbuch SAPMO-BArch BY1/Band2/S.280-283. Adolf Broch teilte mir mit, daß man sich die Namen selber aussuchen konnte.

⁷⁶ Heinz Priess auf der Parteiversammlung vom 9.11.1957. SAPMO-BArch BY1/2312. Die Diskussion ging u.a. über die Arbeitsbedingungen. Viele der Mitarbeiter wohnten quasi hauptsächlich im Objekt, was natürlich auch zu Reibereien führte.

⁷⁷ vgl. ebd 11.7.1957.

Redaktionsalltag, der schnell einzog, konnte daher auch gut mit Mitteln der Konspiration gesteuert werden und so die Linie der KPD wirksamer umgesetzt werden. Nach dem weiteren Umzug nach Bestensee, wo ein angeblich härteres Klima herrschte⁷⁸, was Programm und Umsetzung der Parteilinie betraf, war ein Einstellkriterium für eine Tätigkeit Ende 1968 ein „legaler Status“ in Westdeutschland, damit der Genosse auch ohne weiteres für Zwecke in Westdeutschland eingesetzt werden konnte. Unklaren Fällen bezüglich des Status in der BRD wurde eine Parteimitgliedschaft in der SED nahegelegt. Vermutlich zeigten sich hier jedoch die Auswirkungen der DKP-Gründung beim DFS 904: Auch wenn sich der Sender weiterhin als Stimme der KPD sah, glaubte er das Anliegen der DKP, sowie der außerparlamentarischen Opposition und der Studenten zu vertreten.⁷⁹

Der Sender blieb bis zu seiner Abschaltung 1971 der ursprünglichen Aufgabenstellung als Geheimsender treu und vermittelte diese stetig Mitarbeitern wie Parteiführung. Die Konspiration des Senders war hierzu eine Art Kitt, der auch eine Art Daseinsberechtigung darstellte und deshalb auch den Redakteuren ihre besondere Aufgabe immer wieder in Erinnerung rufen konnte.

1.5 Zusammensetzung und Tagesablauf der Redaktion

Während seiner gesamten Sendezeit umfaßte die Redaktion des DFS 904 im Schnitt etwa 15 Redakteure. Diejenigen, die auch hinter dem Mikrofon saßen, waren alle westdeutschen Ursprungs, um mundartlich einen Sendestandort in der BRD besser vortäuschen zu können. Neben einigen jungen Redakteuren, wie Adolf Broch, waren viele ältere verdiente kommunistische Journalisten in den Reihen der Redaktion zu finden. Außer Emil Carlebach fand auch Grete Thiele (1913-1993), die ebenso wie Max Reimann Mitglied des Ersten Deutschen Bundestags gewesen war, ihren Weg zum Freiheitssender. Thiele blieb bis etwa Mitte der 60er Jahre und war dann eine der Hauptakteurinnen in einer Gruppe von KPD-Leuten, die 1968 bei Innenminister Gustav Heinemann vorsprachen und die Weichen für die DKP-Gründung legten.⁸⁰

⁷⁸ so Adolf Broch im Interview. Auch Heinz Priess äußert sich dazu, daß insbesondere die Vorgänge in der CSSR eine starke Belastung bei der Erklärung der KPD-Linie darstellten. vgl. Priess, S.305.

⁷⁹ Thomas (Erich Glückauf) in der Vorlage über die Bedeutung, Rolle und Aufgaben des Deutschen Freiheitssenders 904 vom 24.11.1968. SAPMO-BArch BY1/2927, Politbüro der KPD.

⁸⁰ vgl. Wilhelm Mensing: Wir wollen unsere Kommunisten wieder haben. Osnabrück 1989, S. 14 ff; Interview Broch.. Dazu ausführlich im Kapitel „Das Ende des DFS 904“ in dieser Arbeit.

Auch der Filmautor und Schriftsteller Karl Georg Egel (1919-1995) sollte sich laut westdeutschen Pressemitteilungen und der in der Folgezeit publizierten Anmerkungen über den DFS 904 als Redakteur beim Sender aufgehalten haben.⁸¹ Dies ist aber weder im SAPMO nachweisbar noch gab es eine anderweitige Bestätigung. Vielmehr wehrte sich der Sender im Oktober 1963 und dementierte eine Funktion Egels beim DFS 904.⁸² Da der DFS 904 nie direkte oder indirekte Bestätigung über seine Mitarbeiter gab, erscheint dieses Dementi als durchaus wahrheitsgemäß. Mit Schreibkräften zählte der Sender 1962 etwa 22 Personen, die bei „Valentin“ tätig waren. Mitte der 60er Jahre muß die Anzahl, auch wegen mehr Möglichkeiten zur Tätigkeit im Westen, geschrumpft sein und ständige Fluktuation geherrscht haben.⁸³

Ihre Informationen zur Programmgestaltung nahmen die Redakteure zum größten Teil aus den westdeutschen Presseerzeugnissen, Hauptargumentationslinien wurden von den Agitationsabteilungen der KPD und SED vorgegeben. Um auch mit den neusten Vorgängen in Westdeutschland vertraut zu sein, zapfte man illegal den Fernschreiber der Deutschen-Presse-Agentur (dpa) an.⁸⁴ Man versammelte sich täglich, sichtete die Westpresse und verschaffte sich somit einen Überblick über die von dpa und der Staatlichen Nachrichtenagentur der DDR (ADN) gesendeten Ankündigungen zu Themen des Tages. Ebenso war das westdeutsche Fernsehen eine vielbeobachtete Quelle für die Redaktion. So wurde z.B. regelmäßig der „Höfer-Frühshoppen“ ausgewertet.⁸⁵ Im Kollektiv wurden Themen für die Sendung diskutiert und schließlich auch zu Papier gebracht. Dabei war die Redaktion für DDR-Verhältnisse ungewöhnlich autark für Entscheidungen, was gesendet werden soll.⁸⁶ Eine immer wieder in der Forschungsliteratur kolportierte Meinung, Programme würden erst in Studios, u.a. in Leipzig, vorproduziert und dann nach Abnahme auf den Weg nach Burg geschickt, hielt sich hartnäckig bis zum heutigen Tage, kann aber hier eindeutig widerlegt werden. Tatsache war, daß Beiträge zwar vorproduziert wurden und auch die Musik mit diesen vorher gemischt wurde, jedoch Nachrichten ausschließlich live gesprochen wurden, um besonders aktuell sein zu können. Der Redaktion stand hierfür eine Standleitung zum Sendestandort zur

⁸¹ vgl. Wer war wer in der DDR? S. 173. Der Ursprung dieser Annahme läßt sich nicht mehr genau feststellen geht vermutlich aber auf westdeutsche Pressemeldungen zurück.

⁸² vgl. DFS am 27. Oktober 1963, 1. Abendprogramm.

⁸³ vgl. SAPMO-BArch Findbuch BY 1, S. 280-283; vgl. auch „zu Kaderfragen“ wie Fußnote 79.

⁸⁴ vgl. Interview Broch..

⁸⁵ Information von Adolf Broch.

⁸⁶ vgl. Priess, S.292.

Verfügung.⁸⁷ Eine Vorzensur mußte in diesem Sinne auch gar nicht stattfinden, da alle Redakteure überzeugte Kommunisten auf Linie der Partei waren.

Herausgekommen ist also ein im Vergleich zu offiziellen DDR-Sendern ungewohntes Programm, das Hörerkreise verschiedenster Art an sich binden konnte. Bevor diese jedoch näher beschrieben werden, muß erst einmal ausführlich das Programmangebot des Senders vorgestellt und bewertet werden.

2. Das Programm des DFS 904

In der Anfangsphase meldete sich der Sender zunächst täglich um 20 und 22 Uhr mit je einer Stunde Programmdauer auf Mittelwelle. Die Sendezeit wurde in den kommenden Jahren ständig aufgestockt, beachtet man die überlieferten Sendeansagen. Am 22. April 1959 kündigt der Freiheitssender eine Verlängerung der Abendsendungen um eine Stunde an:

„Von heute, liebe Freunde, wird unsere Sendung jeden Abend drei Stunden dauern. Wir hoffen, daß die Herren vom Verfassungsschutz und von der politischen Justiz uns noch einmal verzeihen können – wir wollen es auch ganz bestimmt jeden Abend wieder tun.“⁸⁸

Auch eine Morgensendung wurde in dieser Zeit eingeführt, die in der Zwischenzeit von 4.30 bis 6.00 Uhr lief.⁸⁹ Schließlich kamen in den 60er Jahren noch Fremdsprachenprogramme hinzu:

⁸⁷ vgl. Interview Broch. Vermutlich stammt die Annahme, Sendungen würden zuerst von einem „Leipziger-Zentralstudio“ überspielt von einer Sendung des RIAS zu Thema: „[...] 24 Mitarbeiter haben keine leichte Aufgabe. Sie müssen die Sendung aus ihrem Leipziger Zentralstudio nach Berlin überspielen.[...]“ RIAS, 26.November 1957, 16.40 Uhr. In: SAPMO-BArch BY 1/2302.

⁸⁸ DFS 904 in einer Stationsansage vom 22.April 1959. In: Scheer, Roter Schwarzfunk, S. 16.

⁸⁹ Dies geht u.a. aus den Mitschriften der Sendungen des Bundespresseamtes hervor.

<p>Jeden Samstag von 19.45 bis 20.00 Uhr in italienischer Sprache.</p> <p>Jeden Samstag von 22.40 bis 23.00 Uhr in spanischer Sprache.</p> <p>Jeden ersten Donnerstag im Monat von 19.45 bis 20.00 Uhr in türkischer Sprache.</p>	<p>Allen Arbeitern teilt der Deutsche Freiheitssender 904 mit:</p> <p>Wir senden für italienische, spanische, griechische und türkische Arbeiterinnen und Arbeiter in der Bundesrepublik in ihrer Heimatsprache:</p> <p>Jeden Dienstag von 19.45 bis 20.00 Uhr in griechischer Sprache.</p>
--	--

Ankündigung aus „Freies Volk“, dem illegalen Zentralorgan der verbotenen KPD mit unbekanntem Datum.

Entnommen aus Scheer, Roter Schwarzfunk, S. 17.

Kademäßiger Abbau und sonstige Sparzwänge zwangen den Sender Ende 1968 zu Programmkürzungen. Auf Beschluß des PB der KPD fiel die Frühsendung weg, und in den Abendsendungen wurde mit vielen Wiederholungen gearbeitet:

19.00 – 19.30 Uhr	Politische Sendung mit Musik
21.00 – 21.30 Uhr	Erste Wiederholung mit Ergänzungen
22.00 – 22.45 Uhr	Wiederholungen der Sendung von 19.00 – 19.45 Uhr ⁹⁰

Ende 1969 fielen die Sendungen der „Bruderparteien“ einer Programmkürzung zum Opfer.⁹¹

Das Grundgerüst der Programme bestand während der gesamten Lebensdauer des DFS 904 aus einer abwechslungsreichen Mischung von aktueller Schlagermusik und Wortbeiträgen. Die Musik wurde kurzerhand von Radio Luxemburg oder auch dem RIAS mitgeschnitten und dann wieder in die eigenen Programme eingefügt. Auch aktuelle Plattenkäufe in der BRD waren nicht selten. Da es in der BRD wohl eine Abmachung gab, daß die neusten Schlagermelodien erst einmal in den Plattenläden verkauft werden sollten, um Mitschnitte vom Rundfunk zu unterbinden, hatte der DFS 904 schon durch Nichtbeachtung dieser Abmachung einen Vorteil um die Hörergunst.⁹²

Zwischen den Musikeinlagen gab es zumeist kurze Nachrichten und Informationen oder vermeintliche Agentendurchsagen, wie z.B.:

⁹⁰ SAPMO-BArch BY1/2927. Vollsitzung des PB der KPD vom 28.11. – 1.12.68.

⁹¹ vgl. Löser, S. 34.

⁹² vgl. Christa Broch und Heinz Priess im DeutschlandRadio.

„Achtung, Achtung, wir rufen Kleingärtner. Zum Rasieren Rasenmäher benutzen. Ich wiederhole. Achtung, Achtung, wir rufen Kleingärtner. Zum Rasieren Rasenmäher benutzen. Ende der Durchsage.“⁹³

„Achtung, Achtung, wir rufen Kräuterhexe. Wir brauchen dringend Baldrian. Ich wiederhole. Achtung, Achtung, wir rufen Kräuterhexe. Wir brauchen dringend Baldrian. Ende der Durchsage“⁹⁴

Die sog. „Eidechsen“ waren jedoch nicht vermeintliche Agentendurchsagen, sondern ein reines Stilmittel, um die Konzeption des Senders als Geheimsender zu unterstützen. Die Redaktion dachte sich jeden Tag neue Eidechsen aus, um die Hörer an einer vermeintlichen geheimen Durchsage, die zumeist mitten in die Musik gesprochen wurde, teilhaben zu lassen und gleichzeitig zu unterhalten. War es wirklich einmal von Nöten, Genossen in der BRD zu warnen, wurden diese Informationen der Wichtigkeit wegen am Anfang der Sendung plaziert, z.B. bei drohenden Hausdurchsuchungen. Dies stellte aber eine Ausnahme dar.⁹⁵ Ein weiteres Mittel, die angeblich erschwerten Arbeitsbedingungen den Zuhörern zu vermitteln, war das Verwenden eines Brummtons, der während einiger Sendungen über das Programm gelegt wurde, um somit die Bedrohung durch westliche Störsender zu demonstrieren. Auch unterbrach man in den ersten Jahren der Sendetätigkeit teilweise das Programm, um es kurz darauf mit dem Hinweis auf den Peilwagen der Bundespost, der sich dem ersten Sendestandort genähert habe, von einem angeblich zweiten Sendestandort weiterzuführen.⁹⁶

Neben den Kurzinformationen und Musik waren u.a. Sendungen für die Bundeswehr, die Sendung „Hier spricht die KPD“ und „Aus Betrieb und Gewerkschaft – Sendung für die Bergarbeiter“ als längerer Beiträge feste regelmäßige Bestandteile des Programms des DFS 904.

Um einen tieferen Einblick in die Programmstruktur und Argumentationsweise des Senders nehmen zu können, bietet sich die Analyse eines längeren, zusammenhängenden Zeitraums an. Deshalb wird im folgenden Kapitel der zufällig

⁹³ DFS 904 am 2.10.1963. vgl. Presse – und Informationsamt der Bundesregierung, Abt. Nachrichten Nr.274 / 1963, Transkription der Sendung.

⁹⁴ ebd. 290/1963. Sendung vom 19.10.1963.

⁹⁵ Adolf Broch im Interview. vgl. Priess, S. 279 f.

⁹⁶ vgl. Wilke;Sartoris, S 295. vgl. Der Rundfunk in der Sowjetzone. Bonn 1961. (= Bonner Fachberichte aus der Sowjetzone), S.10 f.

ausgewählte Monat Oktober 1963 als ein solcher Zeitraum ausgewählt, um die Programminhalte des Senders näher bestimmen zu können.

2.1 inhaltliche Analyse am Beispiel des Monats Oktober 1963

Als Grundlage der Auswertung gelten die Transkripte der Sendungen, die durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in ihrer Abteilung Nachrichten angefertigt wurden.⁹⁷ Diese stellen das tatsächlich gesendete Material dar und eignen sich daher am besten für eine inhaltliche Analyse. Allerdings wurden nur die Wortbeiträge mitgeschrieben. Musikeinlagen wurden nur mit kurzen allgemeinen Bemerkungen zum Stil der gesendeten Musik notiert. Im Gegensatz zu vielen anderen Rundfunkprogrammen dieser Jahre kann somit ausführlich der inhaltliche Wortanteil analysiert werden. Die meisten der mitgeschriebenen Beiträge des DFS 904 wurden im Volltext wiedergegeben, lediglich Wiederholungen sparte man beim Bundespresseamt aus. Andere, sich wiederholende Beiträge mit ergänzendem Inhalt wurden zusammengefaßt oder teilweise gekürzt wiedergegeben. So lassen sich problemlos die Hauptargumente, sowie die Strategie des Senders für den zu beobachtenden Zeitraum herausarbeiten. Dies geschieht anhand der Hauptbeiträge des Programms, dem täglichen „Kommentar“, der Sendung „Aus Betrieb und Gewerkschaft“, der Sendung „Hier spricht die KPD“, der „Sendung für die Bundeswehr“ und anhand der Quantität der Themen in den gesendeten Schlagzeilen. Im Oktober 1963 meldete sich der DFS 904 täglich mit einer eineinhalbstündigen Frühsendung um 04:30 Uhr, sowie jeweils mit einer einstündigen Abendsendung um 19:00 Uhr und einer unregelmäßig langen zweiten Abendsendung ab 21:00 Uhr, die zwischen 22:30 und kurz vor 23:00 Uhr endete.

2.1.1 Das „Format“: Inhaltliche Konzeption zur Hörerbindung

Auch wenn es in den 50er Jahren Medienwissenschaftlern vermutlich als verfrüht erscheint, von „Formaten“ in der deutschen Rundfunklandschaft zu sprechen, verwendete der DFS 904 schon einige der Instrumente, die den Charakter und Wiedererkennungseffekt des Senders steigerten.

⁹⁷ Nr. 273/1963 bis 303/1963 (30.9.1963 – 31.10.1963).

Da wäre vor allem die Schlagermusik als Mittel zu nennen, die Hörer an den Sender binden sollte. Zwischen den einzelnen Musikstücken wurden Kurzinformationen plazierte, die sich der Hörer schon deswegen anhören mußte, da darauf weitere aktuelle Musik folgte. Viele der längeren Beiträge umfaßten eine auch heute im Rundfunk gerne verwendete Länge von etwa drei Minuten. Sie sollten die Hörer ebenfalls am Umschalten hindern und auch den nicht politisch interessierten Hörer der BRD nicht überstrapazieren. So kam eine fast ausgewogene Mischung von Wort- und Musikanteil von etwa fünfzig zu fünfzig zustande, wobei in der Frühsendung durchaus mehr Wert auf die Musik gelegt wurde. Nachteil dieser Vorgehensweise bei dreiminütigen Beiträgen war die Verknappung des Politischen auf die Kernpunkte, weshalb die Zeit für die Sendung *Hier spricht die KPD*, die als Anleitung der in der BRD befindlichen KPD-Anhänger gedacht war, zumeist länger war.⁹⁸ Feste Rubriken hatten ihre festen Sendeplätze. Im ersten Abendprogramm gab es einen täglichen Kommentar, die Sendung „Aus Betrieb und Gewerkschaft“ und das Programm für die KPD. Das zweite Abendprogramm startete mit der Sendung für die Bundeswehr. Die Frühsendung bestand aus Wiederholungen der Beiträge der Abendsendungen und aktuellen Ergänzungen.

Einschränkend muß natürlich erwähnt werden, daß die einzelnen Rubriken und Beiträge durchaus flexibel gestaltet wurden. Bei vermeintlich wichtigen Anlässen wurde die durchschnittliche Beitragslänge gekappt und mit wenig Rücksicht auf den gewohnten Programmablauf Reden und Kommentare von KPD- oder SED-Funktionären in vollständiger Länge wiedergegeben. Im Oktober 1963 war dies im Zusammenhang mit dem 65. Geburtstag Max Reimanns festzustellen.

2.1.2 Die Schwerpunktthemen des Oktober 1963 und ihre Darstellung in einzelnen Programmteilen

Als Schwerpunkte der Sendungen für die KPD, der täglichen Kommentare und in den gesendeten Kurzinformationen und Nachrichten, lassen sich für den genauer beobachteten Zeitraum die Themen finden: Vermeintliche Preiserhöhungen in der BRD, Nichtrespektierung der Verfassung der BRD durch die eigene Regierung, Nazivergangenheit von westdeutschen Politikern und Beamten, sowie die aus Sicht

⁹⁸ Diese nicht aus den Transkripten zu nehmenden Informationen teilten mir Herr und Frau Broch in einem Telefongespräch im März 2003 mit. Ihrer Erinnerung nach entsprach beim Sender etwa eine Schreibmaschinenseite etwa 3 Minuten.

des Senders grundsätzlich zu ändernde Politik der Bonner Regierung für mehr Entspannung und Frieden. Inhaltlich drückt sich dies insbesondere an den die Öffentlichkeit in der BRD interessierenden Hauptdiskussionen Mieterhöhungen in Altbauwohnungen, dem Skandal um den Bericht des westdeutschen Fernsehmagazins *Panorama* über Abhöranlagen und dem Rücktritt von Bundeskanzler Konrad Adenauer aus. Die Sendungen für Betriebe und Gewerkschaften und die Bundeswehr widmeten sich eher Themen, die speziell für diese Zielgruppe von Belang waren.

In den gesendeten Kurzinformationen und Nachrichten wurde dem Hörer täglich mehrfach von gestiegenen Preisen diverser Produkte wie Milch und Kohle, sowie Mieterhöhungen berichtet. Zweithäufig waren Nachrichten über Proteste gegen den BRD-Innenminister Höcherl und Vorgänge im Ministerium für Verfassungsschutz, sowie über die nationalsozialistische Vergangenheit des Staatssekretärs Hans Globke. Weiterhin wurde der Hörer regelmäßig aufgefordert, Solidarität mit inhaftierten KPD-Anhängern zu zeigen und über Vorgänge innerhalb der DDR, insbesondere dem Nationalfeiertag und den Wahlen zur Volkskammer informiert. Dies kann man alles als Themen auffassen, die auch in der BRD diskutiert wurden. Betrachtet man allerdings die dazu ausgestrahlten täglichen Kommentare als ersten Komplex der inhaltlichen Analyse, wird schnell der Kampagnencharakter des DFS 904 deutlich.

Im täglichen Kommentar wurde der Rücktritt Hans Globkes im Sinne der SED wiedergegeben, die schon seit Jahren eine Kampagne gegen den Staatssekretär im Bundeskanzleramt Adenauers fuhr. Am 30. September 1963 meldete die dpa, daß Globke bei „Erreichen der Altersgrenze“ zurückgetreten sei.⁹⁹ Globke war seit Jahren umstritten durch seine Beteiligung im III. Reich an den Nürnberger-Rassegesetzen, für die er einen Rechtskommentar verfaßte. Die DDR initiierte seit Anfang der 60er Jahre stärker als schon in den Jahren zuvor Kampagnen gegen westdeutsche Politiker und deren Rolle im III. Reich, sowie generell gegen die sich vermeintlich „refaschisierende“ BRD. Die Fäden hierfür liefen in der *Westabteilung* bei Albert Norden zusammen.¹⁰⁰ Höhepunkt war ein Schauprozeß gegen Globke, der in absentia vom Obersten Gericht der DDR am 23. Juli 1963 zu lebenslangem

⁹⁹ vgl. Deutschland Archiv, S.3385.

¹⁰⁰ vgl. Jürgen Wilke: Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung. In: ders. Mediengeschichte, S. 664.

Zuchthaus verurteilt wurde.¹⁰¹ Am 1. Oktober lautet der Kommentar des DFS 904 zum Rücktritt Globkes daher auch:

„Globke ist zurückgetreten; nicht wegen Erreichen der Altersgrenze hat die rechte Hand Adenauers seinen Rücktritt erklärt. Dieser Globke mußte vorzeitig seinen Posten verlassen, weil es unmöglich war, ihn länger zu halten. Die Empörung über den millionenfachen intellektuellen Judenmörder zwang dazu, Globke fallen zu lassen.“¹⁰²

Der Kommentar endete mit der Betonung, daß Globke keine Gelegenheit bekommen dürfe, „in der geruhsamen Atmosphäre einer luxuriösen Villa versteckt“ weiter die Fäden der Politik zu ziehen. Es müsse auch seine Politik verschwinden, was für den DFS 904 hieß, alle von ihm im Staatsapparat eingebauten „SS – und Gestapoleute“ ebenfalls zu entfernen.¹⁰³ Besonders die im Verfassungsschutz eingebundenen ehemaligen SS-Angehörigen beschäftigten seit September die bundesrepublikanische Öffentlichkeit und damit auch den DFS 904. Am 28. August 1963 ließ das Bundesinnenministerium durch das regierungsamtliche „Bulletin“ die Öffentlichkeit wissen, daß nur etwa 2% des Gesamtpersonalbestandes des Verfassungsschutzes ehemalige SS-Angehörige seien und daher keine Gefahr bestehe.¹⁰⁴ Die westdeutsche Presse fand diese Aussage jedoch um so bedenklicher, da es sich eben nicht um eine beliebige Stellung in einer Behörde handelte, sondern um den Verfassungsschutz.¹⁰⁵ Der Skandal weitete sich im folgenden weiter aus, nachdem Bundesinnenminister Höcherl (CSU) zugab, eine Überwachung und Abhörung von Bundesbürgern, die ausdrücklich durch das Grundgesetz nicht erlaubt war, auf diesem Wege erreicht zu haben, daß die Alliierten um Hilfe gebeten wurden, denen dieses Recht durch den Besatzungsstatus eingeräumt war. Höcherl betonte zudem öffentlich, der Verfassungsschützer „könne nicht den ganzen Tag mit dem Grundgesetz untern Arm herumlaufen“. Die Hamburger *Zeit* kolportierte diesen Ausspruch in ihrer darauffolgenden Ausgabe, indem sie Verfassungsschützer als Leute beschrieb, „die den ganzen Tag zwar nicht mit dem Grundgesetz, wohl aber

¹⁰¹ vgl. Deutschland Archiv, S. 3369. Die Vorbehalte gegen Globke waren jedoch auch im Westen nicht neu. Schon 1956 mußte Adenauer Globke als Mitarbeiter rechtfertigen. vgl. dazu: Der Spiegel 41/1963, S.41.

¹⁰² DFS 904, 1. Oktober 1963, 1. Abendsendung. (Nr. 274 /1963)

¹⁰³ vgl. ebd.

¹⁰⁴ vgl. Deutschland Archiv S.3372.

¹⁰⁵ vgl. ebd. Abdruck der FAZ vom 29. August 1963.

mit der SS-Blutgruppentätowierung unterm Arm umherlaufen.“¹⁰⁶ Schließlich sorgte noch ein weiterer Punkt über das Abhören für weiteren Wirbel: Das Fernsehmagazin *Panorama* berichtete über eine angebliche Abhöranlage im Bundestag. Die vermeintliche Abhörtaste, über die ein *Panorama*-Redakteur berichtete, entpuppte sich jedoch als eine vom Hörensagen entstandene Legende mehrerer Abgeordnete, welche die Taste als vermutete Abhöranlage zur Überwachung der Gespräche des Bundestages hochstilisierten. Tatsächlich handelte es sich um eine rein technische Überprüfungsmöglichkeit der Leitungen, die vor Inbetriebnahme der Fernsprechanlage 1957 wieder ausgebaut wurde. Der Autor der Sendung war dieser Legende jedoch auf den Leim gegangen. Ein mit einem Informanten von *Panorama* aufgezeichnetes Interview über die Vorgehensweise des Verfassungsschutzes beim Abhören bundesdeutscher Bürger ist daraufhin erst gar nicht ausgestrahlt worden. In der Folge mußte Rüdiger Proske, Leiter der *Panorama*-Sendung, abtreten.¹⁰⁷ Für den DFS 904 war dieser Skandal eine gefundene Steilvorlage und wurde ausführlich durch den Sender ausgenutzt. Am 1. Oktober forderte der Sender die sich ereifernden CDU-Politiker auf, ähnlich harte Worte wie gegen den *Panorama*-Redakteur auch gegen die SS-Leute im Verfassungsschutz zu verwenden. Der Kommentator kommt zum Ergebnis, daß

„wir uns selber entmündigen würden, wenn wir die Geschicke der Bundesrepublik weiter in den Händen dieser Leute beließen. Was wir im Grunde genommen nötig haben, ist ein bißchen Mut, um die Meinung der Bergarbeiter, Metallarbeiter, der Bauern, der Hausfrauen, die Meinung aller, die nicht mehr betrogen werden wollen, durchzusetzen.“¹⁰⁸

Der Sender meldete nun täglich verschiedene Demonstrationen gegen die Vorgehensweise Höcherls und die Beschneidung der Pressefreiheit.

Am 5. Oktober 1963 zog der Sender alle sprachlichen Register, verallgemeinerte die Vorgänge um den *Panorama*-Skandal zu einer Gefahr für „Freiheit und Menschenwürde“ und bescheinigte Höcherl und der CDU/CSU versuchte „Gleichschaltung“.

¹⁰⁶ vgl. ausführlich *Der Spiegel* vom Nr. 38/ 1963 vom 18. September 1963, S. 18 ff.

¹⁰⁷ vgl. ausführlich ebd., Nr. 43/ 1963 vom 20. Oktober 1963.

¹⁰⁸ DFS 904 am 1. Oktober 1963, 1. Abendprogramm.

„Die Jagd auf jede offene Meinungsäußerung hat in der Bundesregierung in den letzten Tagen einen neuen Höhepunkt erlebt. Die Redakteure der Fernsehsendung „Panorama“ sind hinausgeworfen worden, wie sie es wagten, die SS-Führer im Verfassungsschutz und ihre Methoden zu kritisieren. Heute sind es die „Panorama“-Redakteure, die abgeschossen werden. Und wer wird es morgen sein? Innenminister Höcherl, der Mann jenseits der Legalität, seine Partei, die CDU / CSU, sind es, die weitere Anschläge planen. Mit einer Kaltschnäuzigkeit ohnegleichen lassen sie verkünden, daß alle einschlägigen Sendungen des westdeutschen Fernsehens, die nicht völlig der Politik der CDU / CSU gleichgeschaltet sind, eingestellt werden. So sieht es mit der vielgepriesenen Freiheit und Menschenwürde, mit der Demokratie bei uns aus.“

Der Kommentar endete mit dem „Blutgruppenzitat“ aus der *Zeit*, was die westdeutsche Presse als Vorlage für den DFS 904 deutlich macht.¹⁰⁹ Eine Woche später stellte der DFS 904 in den Kommentaren fest :

„Erst wenn wir uns von dieser Pest gesäubert haben, dann kann von der Achtung des Gesetzes überhaupt erst wieder die Rede sein.“¹¹⁰

„Die Briefe bekannter Persönlichkeiten der Bundesrepublik werden von den SS-Leuten im Verfassungsschutz kontrolliert und fotografiert. In Hotels und Pensionen werden Kleinsender eingebaut, die jedes Wort an die Abhörstellen weiterleiten. Ist das in Ordnung? Ist das kein Mißbrauch? Wenn das noch etwas mit Gesetz und Sauberkeit zu tun haben soll, dann steht die Welt auf dem Kopf. [...]“¹¹¹

„[...] Es muß Schluß gemacht werden mit den Notstandspraktiken, mit dem fortwährenden Bruch des Grundgesetzes. Die ganze demokratische Öffentlichkeit fordert: Dieser Höcherl muß weg! Er hat in der neuen Bundesregierung nichts mehr zu suchen.“¹¹²

Gründe für die „Einschränkung der Pressefreiheit“ sahen die Kommentatoren des DFS 904 im Antikommunismus der Bonner Regierung. Im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen das Hamburger Wochenblatt *Blinkfüer* versah der Sender den leitenden Staatsanwalt mit einem „Dachschaden“:

¹⁰⁹ vgl. DFS 904 am 5. Oktober 1963, 1. Abendprogramm.

¹¹⁰ ebd. 11. Oktober 1963.

¹¹¹ ebd. 13. Oktober 1963.

¹¹² ebd. am 16. Oktober 1963.

„Jedes Mal wenn er die drei Buchstaben „KPD“ hört und liest, dann kriegt er einen Krampf. Dann starrt er wie hypnotisiert auf die drei Buchstaben. Der Antikommunismus ist in Bonn zur Staatsdoktrin erhoben worden.“¹¹³

Der Sender stellte in diesem Zusammenhang für seine Hörer fest, daß „jeder“ vom Antikommunismus bedroht sei und für Bundesregierung daher die ständigen Preiserhöhungen, Rüstungsmilliarden, Notstandsgesetze und Besetzung wichtiger Ämter mit ehemaligen SS-Leuten als Gegenwehr gerechtfertigt seien. Dabei sei aber die einzige Partei, „die unser Volk mit den Mitteln friedlicher Überzeugungsarbeit zu gewinnen sucht, verboten.“¹¹⁴ Die Übergabe des Amtes des Bundeskanzlers von Adenauer an Erhard ohne große Veränderung der Politik hieß für den Sender in seinen Kommentaren „der Kalte Krieg, das Wettrüsten, das Jagen nach Atomwaffen soll weitergehen.“ Dabei stehe die Zeit auf Entspannung. Der Entspannung positiv gegenüber stehe die DDR, mit der man durchaus „reden kann.“ „Jedem ehrlichen Politiker, jedem Sozialdemokraten und Gewerkschafter“ stehe diese Möglichkeit ebenso zur Verfügung.¹¹⁵ Der Entspannung würde daher auch hauptsächlich Adenauer entgegenstehen, führte der Sender in einem weiteren Kommentar aus. Die Nicht-Anerkennung der DDR als „Realität“ veranlasse Adenauer, den Kalten Krieg auch gegen die eigenen Bürger zu richten, die sich für dieses Thema stark machten. Einzige Lösung sei daher, die DDR als Vorbild zu betrachten, die „weiterwachsen und gedeihen wird, so daß mit ihr verhandelt wird.“¹¹⁶ Der Sender suggerierte damit seinen Hörern eine starke DDR als den Garanten der Entspannung. Die „gefährliche Außenpolitik der Bundesregierung ist bankrott“ und eine „Wiedervereinigung weit entfernt“, da Erhard die Politik seines Vorgängers fortsetzen möchte und Vorschläge zur Wiedervereinigung nur einseitig von Walter Ulbricht unterbreitet worden seien.¹¹⁷ Trotz aller Versuche Adenauers sei die DDR am Ende seiner Amtszeit „stärker da denn je“. Der Westen könne „nicht mehr vom Sieg durch Atomkrieg träumen“, die Entspannung erfordere die „friedliche Koexistenz und die Anerkennung der friedlichen Forderungen der Arbeiterschaft.“¹¹⁸ Erhard dagegen habe das Wort „Entspannung“ nicht einmal in seiner Regierungserklärung

¹¹³ DFS 904 am 10. Oktober 1963, 1. Abendprogramm.

¹¹⁴ ebd.

¹¹⁵ vgl. ebd. 3. Oktober 1963.

¹¹⁶ ebd. 7. Oktober 1963.

¹¹⁷ vgl. ebd. am 9. Oktober 1963.

¹¹⁸ ebd. am 14. Oktober 1963

erwähnt¹¹⁹, obwohl die Friedensbewegung immer stärker werde.¹²⁰ So kam der Sender zur Auffassung, daß es an der Zeit sei, in der BRD „die Demokratie wieder einzuführen.“¹²¹ Dies erreiche man durch Einführung von Wahlen, wie sie in der DDR vorherrschten, betonte der Sender im Kommentar zu den stattfindenden Wahlen zur Volkskammer der DDR. Dabei erfolgt wiederholenderweise auch gleich die Einbindung aller Vorteile, die man als Bürger der DDR habe:

„Morgen geht die Bevölkerung der DDR zur Wahlurne, um die Abgeordneten der Volkskammer zu wählen. Viele sagen, wir in der Bundesrepublik wählen ja auch, aber dadurch ändert sich ja doch nichts. Sie haben recht. In der Bundesrepublik müssen Arbeiter um jeden Pfennig Lohnerhöhung einen harten Kampf führen. Auch in der DDR könnte die Bevölkerung, obwohl sich ihre Parlamente, ihre Regierung ganz anders zusammensetzen als die der Bundesrepublik, mit dem Stimmzettel allein den sozialen und kulturellen Fortschritt, die ständige Hebung ihres Lebensstandards und vor allem die Sicherung des Friedens nicht erreichen. Das kann sie nur durch die enge Zusammenarbeit mit den Abgeordneten, mit ihrer Regierung. Die Wähler in der DDR haben in den Wählerversammlungen die Abgeordneten, die morgen gewählt werden, auf Herz und Nieren überprüft. Die Wähler der DDR werden morgen darüber abstimmen, ob die bisherige Politik so noch besser fortgesetzt werden soll. Sie werden mit ihrer Stimmabgabe zugleich ihren Willen für die Vorschläge ihrer Regierung, ihres Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht zur Verständigung beider deutschen Staaten, zur Sicherung des Friedens manifestieren.“¹²²

In der Sendung für die Genossen im Untergrund, *Hier spricht die KPD*, erklärte die KPD-Führung Anfang Oktober ebenfalls die Vorteile des DDR-Wahlsystems. Ihrer Logik nach beschränkte sich die Beteiligung der Bürger im Gegensatz zu denen in der BRD nicht nur auf den Wahltag, sondern dauere die ganze Wahlperiode lang an. In der BRD seien aber die meisten Bürger vom politischen Leben ausgeschlossen und daher seien die Wahlen zur Volkskammer der DDR „echte Volkswahlen“.¹²³ In den weiteren Sendungen für die KPD wurde die DDR ebenso ausschließlich positiv gewürdigt. Die DDR tue viel in sozialer Hinsicht für ihre Bürger, deshalb seien die Lebenshaltungskosten niedrig.¹²⁴ In einem etwa 15 – 20minütigen Beitrag, der die

¹¹⁹ vgl. DFS 904 am 24. Oktober 1963, 1. Abendprogramm.

¹²⁰ vgl. ebd. 25. Oktober 1963.

¹²¹ ebd.

¹²² ebd. 19. Oktober 1963. Der Kommentar ist, wie oben beschrieben, vom Bundespresseamt so zusammengefaßt worden, daher die Konjunktive.

¹²³ vgl. ebd. 4. Oktober 1963, Frühprogramm.

¹²⁴ vgl. ebd. am 1. Oktober 1963, 1. Abendprogramm.

sonstige Länge der normalen KPD-Sendung sprengte, beglückwünschte das Mitglied des PB des ZK der KPD, Willi Mohn,

„die Bevölkerung der DDR, ihre Regierung, die SED, die in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Kräfte zum 14. Jahrestag der Gründung der DDR. Wir wünschen weitere Erfolge beim umfassenden Aufbau des Sozialismus, der Stärkung und Festigung der DDR zum Wohle des Friedens und des Glückes unseres ganzen Volkes. Nicht nur für die Bürger der DDR, sondern auch für die Bauern, Arbeiter und alle Friedenskräfte in der Bundesrepublik ist das Bestehen der DDR von großer Bedeutung. Es ist ein Glück für unser ganzes Volk.“¹²⁵

Mohn richtete im folgenden die bekannten Vorwürfe an die Bonner Regierung und stellte sie den Vorzügen der DDR entgegen: Imperialisten, Militaristen die nach Atomwaffen schreien auf der einen Seite, und auf der anderen Seite die DDR mit ihren positiven Eigenschaften wie „friedliche Koexistenz“, „Entspannung und Abrüstung“, oder „Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“, und Friedensstaat“. Diese „schwarz-weiß-Liste“ ließe sich an dieser Stelle auf alle der im Oktober 1963 verwendeten Hauptargumente erweitern. KPD in Einheit mit SED unterbreiteten der BRD ständig Vorschläge, die von Bonn abgelehnt werden, so Mohn. Nur durch den Druck des Volkes auf die BRD-Regierung habe diese das Moskauer-Abkommen über einen Atomwaffenteststop unterzeichnet. Daher sei es Zeit, sich für eine „Versachlichung“ der Beziehungen der beiden Staaten einzusetzen.

„Nur ein solcher Weg führt über eine Konföderation zu einem vereinten, friedliebenden und demokratischen Deutschland. Die DDR zeigt durch ihr Beispiel allen Werktätigen der Bundesrepublik die Perspektive für das eigene Handeln. Sie weist unserem Volk den Weg zu einem glücklichen und friedlichen Leben“.¹²⁶

Auch deshalb wachse das Ansehen der DDR in der Welt, während die BRD immer mehr als „Störenfried“ erscheine.¹²⁷ Regelmäßig wurden in der Sendung *Hier spricht die KPD* Themen der bundesdeutschen Gewerkschaften besprochen, wobei es um konkrete Ergänzungsvorschläge der Grundsatzprogramme ging. Vermutlich sollten

¹²⁵ DFS 904 am 6. Oktober 1963, 1. Abendprogramm.

¹²⁶ ebd.

¹²⁷ vgl. ebd. am 20. Oktober 1963.

die verbliebenen KPD-Anhänger in den Einzelgewerkschaften versuchen, Einfluß auf einzelne Passagen des DGB-Grundsatzprogramms zu nehmen.¹²⁸ Neben diesen konkreten Anleitungen standen dann aber wieder aktionistische Meldungen im Stile des DFS 904, um die KPD als eine Speerspitze gegen die soziale Ungerechtigkeit in der BRD darstellen zu können:

„Die Kriegsoffer in der Bundesrepublik sind verbittert. Durch die steigenden Lebensmittelpreise hat sich die Lage der Kriegsoffer erheblich verschlechtert. Für eine gerechte Erhöhung der Kriegsofferrenten hat die Bundesregierung kein Geld. Das braucht sie für die Aufrüstung. Deshalb sind die Kriegsoffer zu Aktionen entschlossen. Die programmatische Erklärung der KPD forderte daher die Herabsetzung der Rüstungslasten. [...]“¹²⁹

Die Rüstungslasten sind für die KPD auch Ursache für die nach dem Bundesminister genannten „Lücke-Gesetze“ gewesen. Am 14. August 1963 berichtete *Der Spiegel* über das „Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht.“ Für den 1. November 1963 war das Inkrafttreten beschlossen und vom *Spiegel* äußerst kritisch beurteilt worden. In 397 Landkreisen erfolgte die Freigabe von Mieten der Altbauwohnungen, bis zu 10 Millionen Betroffene mußten mit starkem Anstieg ihrer niedrigen Mieten rechnen.¹³⁰ Für den DFS 904 lagen die Gründe dieses Gesetzes in der immer mehr Gelder verschlingenden Rüstung der Regierung Erhard, wie Grete Thiele in der KPD-Sendung einen Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes am 31. Oktober 1963 den KPD-Anhängern erklärte. Ähnlich wie bei dem Protest gegen die Krankenkassenreform sei es vor allem die Aufgabe der Gewerkschaften, sich gegen das Gesetz zur Wehr zu setzen. Die Kommunisten sahen sich darin in Übereinstimmung nicht nur mit den Gewerkschaften, sondern auch mit den Mieterorganisationen und vielen Mietern und forderten die Wiedereinführung des Kündigungsschutzes über den DFS 904.¹³¹

Meistens sind es ähnliche Appelle an legale Gruppen und Organisationen in der BRD, auf deren Vorgehen die illegale KPD durch die Sendung Einfluß zu nehmen gedachte, vermutlich auch aus realistischer Einschätzung der eigenen Anhängerstärke in der BRD. Bei der SPD beschränkte man sich in den KPD-

¹²⁸ vgl. DFS 904 in verschiedenen Früh – und Abendsendungen. So z.B. am 9., 12., 16. Oktober 1963.

¹²⁹ ebd. 11. Oktober 1963, 1. Abendprogramm.

¹³⁰ vgl. *Der Spiegel* Nr. 33/1963, S. 20-27.

¹³¹ vgl. DFS 904 am 31.10.1963, 1. Abendprogramm.

Programmen zumeist darauf, die Genossen aufzufordern, dem „rechten Flügel“ der Partei kein Gehör zu schenken, da der die „Wirtschaftskonzeption der Kapitalisten“ unterstütze.¹³² Dies stellte jedoch für den Sender ein grundsätzliches Dilemma dar, handelte es sich doch eigentlich um „revolutionäre Arbeit“ und Agitation, so daß dies auch zu heftiger Kritik von Seiten der SED führte, wie im Kapitel Wirkung beschrieben wird. Eindeutig revolutionär und kampfesmutig konnte man sich daher auch besser bei Jubiläen geben. Ende Oktober feierte Max Reimann seinen 65. Geburtstag und der Sender Max Reimann. Willi Mohn durfte sich über den Sender an die gemeinsame Zeit mit Reimann erinnern und beschrieb ihn nicht nur als „Patriot und Kommunist“, sondern auch als „glühenden Internationalist.“

„Er hat in unserer Partei fortgesetzt, was Ernst Thälmann jeden Kommunisten lehrte, daß die SU die Vorkämpferin der Menschheit auf dem Weg des Sozialismus-Kommunismus, die KPdSU die Vorhut der internationalen kommunistischen Bewegung ist. Aus dieser Überzeugung ergibt sich, daß Genosse Max in seinen Reden Militarismus, Chauvinismus, Nationalismus, Antikommunismus leidenschaftlich bekämpft und für Volkerverständigung und Völkerfreundschaft eintritt.“¹³³

Josef Ledwohn, ebenfalls im PB der KPD, erläuterte dem Zuhörer des Senders die Fähigkeiten, die Reimann an die Spitze der Partei brachten:

„Vielleicht ist es wichtig zu wissen, daß Max das Leben versteht, den Kampf, weil er immer damit verbunden war mit ihm, seine politischen Entscheidungen weitab von dogmatischen Sätzen fällt. Dabei hat er sich ...(gestört) feste Grundsätze angeeignet, an denen er eisern festhält.[...] Ich will hier nicht eine lückenlose Liste der Eigenschaften des Genossen Max aufzählen. Aber unterstreichen will ich noch seine Treue, Verbundenheit mit der Arbeiterbewegung der ganzen Welt, seine unerschütterliche Zuversicht vom Sieg unserer Sache und seine nie erlahmende Energie. Bei aller Autorität, die Genosse [Max] in der Partei und in der Öffentlichkeit genießt, ist er doch ein einfacher Mensch geblieben[...]. Das ist einer der Gründe, weshalb ihm in großem Maße die Sympathien der Mitglieder unserer Partei und vieler Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung zuströmen.[...]“¹³⁴

Schließlich gab es von der KPD über den DFS 904 eine als Aufklärung über die Bonner Staatsorgane gedachte Reihe *Aus den Stahlschränken der Geheimdienste* –

¹³² vgl. DFS 904 am 17. und 23. Oktober 1963.

¹³³ ebd. 29. Oktober 1963.

¹³⁴ ebd. Interview DFS 904 mit Josef Ledwohn für *Hier spricht die KPD*.

Eine Sendung der KPD über Spitzel, Agenten und bezahlte Arbeiterverräter, die als Serie im Oktober 1963 ausgestrahlt wurde und Dimension und Kosten, sowie die Funktionsweise der Sicherheitsbehörden der BRD aufdeckte, wobei zumeist langes Zahlenmaterial über einzelne Abteilungen gesendet wurde.¹³⁵

Musikalisch wurden die KPD-Sendungen regelmäßig von Arbeiterkampfliedern umrahmt.

Der Beitrag *Aus Betrieb und Gewerkschaft* kann als konkrete Ergänzung des KPD-Programms empfunden werden, blickt man auf seine thematischen Schwerpunkte im Oktober 1963.

Neben Kommentaren zu Programmen der Gewerkschaften wandte man sich in den Beiträgen auch direkt an die Arbeiter einzelner Betriebe. Als die Henschel-Werke in Kassel die Akkordsätze veränderten, machte sich der DFS 904 zum Sprachrohr der Belegschaft und rief zu öffentlichem Protest.¹³⁶ Eine Woche später schob der Sender noch einmal nach und fragte polemisch, was bisher nach seinen „Enthüllungen“ im Werk geschehen sei. Produktionsverbesserungen würden wegen Rüstungsvorhaben nicht realisiert, berichtete man in der Gewerkschaftssendung.

„Da ist es plötzlich Essig mit der ganzen schönen Wirtschaftlichkeit. Es kommt nichts in Gang wegen der Rüstungsaufträge. Statt Arbeitserleichterungen zu ermöglichen, ist es Sorge des Herrn Goergen [Name des Direktors, Anm. d. Verf.], ausgerechnet am gleichen Band, wo schon einmal Hitlers Pleite-Tiger-Panzer montiert wurden, heute Kanonenjagdpanzer für die Bundeswehr zusammenbasteln zu lassen. [...] Welche Möglichkeiten würden sich in Kassel bieten, wenn man statt stählerne Säрге für die Bundeswehr zu bauen, freie Bahn schaffen würde für wirklich bessere Produktionsmethoden [...] Herr Goergen zieht es vor, sein bescheidenes Millionärstaschengeld als Aktionär und Direktor auf Kosten der Kollegen zu erhöhen. Die Henschel-Arbeiter haben deshalb allen Grund, über den Betriebsrat und die gewerkschaftlichen Vertretungen einen Strich durch diese Rechnung zu machen.“¹³⁷

Ein weiteres Beispiel zeigt, daß es in der Sendung um die besondere Mobilisierung der westdeutschen Gewerkschaften ging. Nach einer fristlosen Entlassung eines Betriebsrates in Baden-Württemberg berichtete der DFS 904 über die Klage der IG Metall vor dem Arbeitsgericht und möchte die Belegschaft überzeugen, „sich

¹³⁵ vgl. DFS 904 am 15., 17. und 28. Oktober 1963 in beiden Abendprogrammen.

¹³⁶ vgl. ebd. 1. Oktober 1963, 1. Abendprogramm.

¹³⁷ vgl. ebd. am 9. Oktober 1963..

geschlossen für die sofortige Wiedereinstellung des Kollegen [...] einzusetzen.“¹³⁸ Einmal in der Woche wurde eine spezielle Sendung für Bergleute gesendet, die sich im beobachteten Zeitraum mit Grubenschließungen, Protesten spanischer Bergarbeiter und Ende Oktober dem tragischen Grubenunglück von Lengede befaßte. Von der Grubenleitung, von der Bundesregierung und der niedersächsischen Landesregierung wurde vom Sender gefordert, den geretteten Kumpel alle erdenkliche Hilfe zuteil werden zu lassen. Der abendliche *Kommentar* des Senders ging schärfer mit der Grubenleitung ins Gericht und nannte die „unternehmerische Haltung“ als Hauptgrund, warum es zum Unglück kam.¹³⁹

Im Oktober fiel die regelmäßige Sendung *Aus Betrieb und Gewerkschaft* für eine Woche, vom 13.10 bis 20.10. aus. Vermutlich hatten die als Kollektiv arbeitenden Redakteure kein für sie interessantes Material gefunden, bzw. andere Dinge als wichtiger erachtet. Eine Sendung hing niemals von einem Redakteur ab, auch nicht die Gewerkschaftssendung. Scharfe Trennungen für einzelne Fachthemen gab es nie, nur grobe Zuweisungen für einzelne Bereiche. Adolf Broch erinnert sich, als ehemaliger Betriebsrat sowohl Gewerkschaftssendungen, als auch Bereiche der Innenpolitik abgedeckt und Beiträge für die Bundeswehr und KPD-Sendung geliefert zu haben. Bei Vorgängen in Düsseldorf war dann Adolf Broch als Kenner der Region gefragt, um Beiträge im Düsseldorfer-Tonfall zu bringen. Am beliebtesten war unter den Redakteuren der Sendeteil, mit dem die zweite Abendsendung regelmäßig startete. Die *Sendung für die Bundeswehr* war es, die den Sender auch am bekanntesten machte und bei der die Redakteure so „richtig auf den Putz hauen“ konnten.¹⁴⁰

Nach dem „Zapfenstreich“ meldete man sich mit diesem Programmteil speziell für die westdeutschen Soldaten. Umrahmt von den neusten Schlagern gab es einen etwa fünfminütigen Beitrag, der zumeist über die für den Sender skandalbehafteten Zustände in bundesdeutschen Kasernen berichtete. Die Sprache wurde bewußt salopp gehalten, man sprach die Soldaten im Umgangston an, eine Methode, der sich auch schon die Soldatensender im zweiten Weltkrieg bedienten.

¹³⁸ vgl. DFS 904 am 3. Oktober 1963, 1. Abendprogramm.

¹³⁹ vgl. ebd. *Aus Betrieb und Gewerkschaft / Sendung für Bergarbeiter* vom 25. Oktober 1963, 1. Abendprogramm; vgl. ebd. *Kommentar*.

¹⁴⁰ Diese Informationen stammen von Adolf Broch.

„N’Abend, Kameraden. Ich wünsche Euch einen angenehmen Sonntagabend. Morgen geht der normale Wochendienst wieder los, und darum ist jede Stunde der Entspannung heute wertvoll. Eines aber möchte ich Euch noch für die nächsten Tage mit auf den Weg geben. Seid vorsichtig, Jungs.[...]“¹⁴¹

Inhaltlich wurde die Glaubwürdigkeit der Bundeswehrführung massiv angezweifelt, was stark mit der Einbindung ehemaliger führender Wehrmatsangehöriger in die neue Armee zusammenhing. In den Sendungen wurde daher die Bundeswehrführung als bewußte Übertreter des geltenden Rechts dargestellt und dies auf agitatorische Weise an konkreten Beispielen festgemacht.

In einem Fall wurde ein Soldat zu einer Geldstrafe bei einem angeblich von ihm nicht verursachten Verkehrsunfall verurteilt, für den Sender der Beweis, daß „Macht vor Recht gilt“ und den Soldaten das Wehrgeld aus der Tasche gezogen werden soll. Sprachlich wurde dabei alles in einem vertrauten, fürsorglichen Ton gehalten.¹⁴²

Die sonstigen Themen der *Sendung für die Bundeswehr* beschäftigen sich im Oktober 1963 u.a. besonders mit dem Beschwerderecht für Soldaten der Bundeswehr, Manöver- und Ausbildungsunfällen, schlechter Ausrüstung und der Bundeswehrleitung. Generelles Ziel war dabei, dem Bundeswehrsoldaten aufzuzeigen, daß er unnötig für eine falsche Sache verheizt werde.

Die Serie über das Beschwerderecht begann am 30. September 1963 mit der Aufklärung der Soldaten über ihre Rechte laut Beschwerdeordnung. Dabei wurde der Anstieg von Beschwerden innerhalb der Bundeswehr zum Anlaß genommen, sich diesem Thema ausführlich zu widmen.

„Die Devise, ein guter Soldat gehorcht und beschwert sich nicht, stimmt heute nicht mehr.[...] Wir schlagen Euch deshalb vor, in Fällen, wo es Beschwerden gibt, und die häufen sich ja in der letzten Zeit ständig, Euch sowohl an den Wehrbeauftragten als aber auch an die Öffentlichkeit zu wenden. Das ist um so notwendiger, um endlich mit den ständigen Schikanen und menschenunwürdigen Methoden gegenüber den Wehrpflichtigen Schluß zu machen.“¹⁴³

In der Sendung vom 7. Oktober wurde dann die Beschwerdeordnung noch einmal aufgenommen und die Soldaten darin erinnert, daß eine Beschwerde innerhalb von

¹⁴¹ DFS 904 am 20. Oktober 1963, 2. Abendprogramm.

¹⁴² vgl. ebd.

¹⁴³ ebd. am 30. September 1963, 2. Abendprogramm.

14 Tagen zu erfolgen habe. Man empfehle den schriftlichen Weg, so der Sender, um Durchschläge des Briefes auch an die Öffentlichkeit bringen zu können. Es folgte darauf ein Beispiel über einen Ausbilder, der seine Rekruten schikanierte und deswegen, allerdings erst Monate später, von einem Gericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Der Sender ermahnte daher die „Jungs“, zügiger Beschwerden in die Öffentlichkeit zu tragen. Der öffentliche Druck ermögliche dann auch eine härtere Bestrafung von „Menschenschindern.“¹⁴⁴ Am darauffolgenden Tag erfolgte dann Teil III, agitatorisch sehr geschickt, da so der Soldat erst einmal die Sendung vom Vorabend reflektieren konnte. Es wurden noch einmal eindringlich die Schikanen des Ausbilders beschrieben, um dann die Situation zu verallgemeinern:

„Ja, Kameraden, und das alles geschieht in der Bundeswehr unter den Augen der Ausbildungsoffiziere, um nicht zu sagen, unter der Anleitung der Offiziere. Solche Ausbilder sehen die Offiziere gerne in ihren Reihen. Aber, Jungs, laßt Euch das nicht länger gefallen. Tretet an die Öffentlichkeit. Prangert solche Mißhandlungen als das an, was sie wirklich sind, nämlich nach § 31 des Wehrstrafgesetzes „entwürdigende Behandlung.“[...]“¹⁴⁵

Die Führung der Bundeswehr war konsequenterweise regelmäßig Zielscheibe der Sendung. Teilweise wurde behauptet, Soldaten hätten sich sorgenvoll an den DFS 904 gewendet, um Auskunft über einen neuen Befehlshaber zu bekommen.¹⁴⁶ Immer wieder „klärte“ der Sender auf, daß es ehemalige Nazigeneräle seien, die jetzt in der Bundeswehr vom Atomkrieg „träumten.“¹⁴⁷

Ebenso wurde regelmäßig über minderwertiges Material in der Bundeswehr berichtet, das dann zu Flugzeugabstürzen oder Manöverunfällen führte. Hier entpuppte sich als Informationsgeber wiederum einmal mehr die westdeutsche Presse. Der *Spiegel* berichtete am 26. September 1963 in einem längeren Bericht über schlechte Panzerketten, deren Kettenpolster sich lösten und im vorliegenden Fall durch die Scheibe eines Zivilautos schlugen und dabei ein Schulmädchen töteten. Ein Prozeß gegen den verantwortlichen Fahrer verlief negativ, da es sich um Materialfehler handelte. Das Magazin berichtete von schon mangelhaften Einkauf seitens des Verteidigungsministeriums.¹⁴⁸ Diese Vorlage hat sich der Sender darauf

¹⁴⁴ vgl. DFS 904 vom 7. Oktober 1963, 2. Abendprogramm.

¹⁴⁵ ebd. vom 8. Oktober 1963.

¹⁴⁶ vgl. ebd. vom 3. Oktober 1963.

¹⁴⁷ vgl. ebd. vom 6. Oktober 1963; ebenso am 17 und 27. Oktober 1963.

¹⁴⁸ vgl. Der *Spiegel* Nr. 39/1963 vom 26. September 1963, S. 58 ff.

auch nicht entgehen lassen. Für den Sender flogen, die Sache bewußt verschärfend, die Gummiketten bei Manövern mit „geschoßartiger Geschwindigkeit“ durch die Gegend. Verdanken hätten die Soldaten die schlechten Ketten „den Machenschaften Strauß`s“, der den Auftrag zur Herstellung an eine befreundete Firma vergab.

„So werden bei der Bundeswehr Geschäfte gemacht, Geschäfte mit Eurem Leben, Jungs, denn im Ernstfall, das ist doch wohl klar, ist ein Panzer, der mit Kettenschaden im Gefecht liegen bleibt, der sichere Untergang für seine Besatzung. So, und jetzt dürft ihr raten, Jungs, warum dieser Kettenskandal in der Bundeswehr regelrecht als eine Art geheime Kommandosache behandelt wird, über die niemand reden darf. [...]“¹⁴⁹

Dem Soldaten der Bundeswehr sollte so nicht nur die Sinnlosigkeit seines Dienstes vor Augen geführt werden, sondern auch die Chancenlosigkeit. Die Panzerketten wurden am Ende des Monats noch einmal aufgegriffen und wie immer bei Wiederaufnahme eines Thema in einen allgemeineren Zusammenhang gestellt.

Die Sendung enthielt einen Bericht über einen Flugzeugabsturz eines Bundeswehr-Düsenjets und berichtete auch über serienmäßige Ausfälle von Panzern:

„Erinnert Ihr Euch? Bei den Panzern der Bundeswehr und auch bei den der anderen Nato-Partnern bei uns produzierten Panzern flogen die Ketten durch die Luft. Man kann wirklich sagen, Kamerad, komm per Fahrrad, das ist sicherer. Von wegen NATO, NATO über alles, kann wohl hier nicht mehr die Rede sein. Das alles geschieht, wie gesagt, im Manöver. Und wenn es einmal Ernst wird, dann sind die Panzer Särge die rollen, die Flugzeuge – Särge, die fliegen und unsere U-Boote – schwimmende Särge. Da kann man nur noch sagen, wir stehen auf verlorenem Posten.“¹⁵⁰

Bei soviel Schikane in der Bundeswehr mußte der DFS 904 von Zeit zu Zeit auch einmal Alternativen aufzeigen. Dies geschah im Oktober 1963 anhand eines Berichtes von „drüben in der DDR“. Von der Nationalen Volksarmee wurden die ersten Wehrpflichtigen entlassen, die ihren achtzehnmonatigen Wehrdienst abgeleistet hatten. Der Sender schilderte die harmonischen Abschiedsfeiern und beschrieb die fürsorgliche Behandlung durch die Armee auch nach der Entlassung, die sich u.a. durch Wiedereingliederung in die Berufswelt ausdrücke. Natürlich gebe es auch Einheiten in der BRD, die „als gute Kameraden“ auseinandergingen.

¹⁴⁹ DFS 904 am 4. Oktober 1963, 2. Abendprogramm.

¹⁵⁰ ebd. am 31. Oktober 1963.

„Aber die Fälle, wo die Wehrpflichtigen am letzten Tag besonders ihre Abneigung gegen bestimmte Offiziere zum Ausdruck brachten sind nicht selten. [...] Wie gesagt, Kameraden, das sind Erscheinungen,, die Euch veranlassen sollten, einmal darüber nachzudenken. Macht's gut, dann bis morgen abend um die gleiche Zeit.“¹⁵¹

3. Wirkung des DFS 904 – Hörerreaktion und Einflußnahme von außen

Unzweifelhaft ist eine Wirkung durch die Sendungen des vermeintlich geheimen DFS 904 erreicht worden, wenn auch nicht nur in Richtung des eigentlichen Adressaten, den Zuhörern in der BRD. Möchte man diese Wirkung jedoch beschreiben, bedarf es vorab wiederum einiger Überlegungen zu den Quellen, anhand deren dies geschehen soll. Wie sind die Rückmeldungen zu den Programmen von verschiedener Seite aus zu gewichten? Hatte das Feedback zum Sender eine Wirkung als Steuerinformation wie einleitend in einer der vorgestellten Massenkommunikationstheorien vorgestellt?

Von offizieller Seite der BRD ist nur wenig aufzufinden gewesen. Indirekt jedoch zeigt das eifrige Transkribieren der Sendungen, daß man in den BRD-Staatsorganen durchaus wissen wollte, welcher Inhalt über den DFS 904 gesendet wurde. Ob Reaktionen von staatlicher Seite der BRD auf Sendungen des DFS 904 Auswirkungen in der inhaltlichen Gestaltung der Sendungen hatten, kann jedoch so gut wie ausgeschlossen werden. Der Sender hätte dies auch eher als weiteren Ansporn auf seinem inhaltlichen Weg aufgefaßt. Als sich Ende der 60er Jahre die beiden deutschen Staaten schließlich politisch annäherten, war für den DFS 904 mit seinen unbequemen Programmen daher auch kein Platz mehr.

So sind Reaktionen von staatlicher Seite der DDR aus als zu bewertende Steuerinformation schon deshalb wichtiger, da der Sender auch in deren Machtgefüge agierte. Hier sind einige Dossiers erhalten, die einen guten Einblick in die Auffassung des DDR-Staatsapparats zum DFS 904 enthalten.

Ein weiterer Komplex im „Feedback“, das der Sender bekommen hat, sind Hörerreaktionen. Diese sind allerdings nur auf wenige Jahre beschränkt, da der Sender erst in den letzten Jahren ab 1967 eine Postfachadresse in Wien bekannt gab.

¹⁵¹ ebd. am 25. Oktober 1963.

Die interne Bewertung und der Umgang mit der Hörerpost lassen jedoch gute Rückschlüsse zu. Ergänzend kann man Berichte von illegalen westdeutschen KPD-Gruppen hinzufügen, die zur Anfangsphase des Senders der Parteileitung ihre Auffassung über die Programme des Senders zukommen ließen.

Ein letztes Kapitel im Wirkungskomplex wird der öffentlichen Meinung in Westdeutschland gewidmet. Das Zeitungsarchiv des DFS 904 über Artikel zum Sender in der westdeutschen Presse kann hierfür gut bei einer Bewertung mit einbezogen werden. Grundsätzlich muß jedoch auf die Empfangsbedingungen des DFS 904 vorab eingegangen werden, diese waren natürlich wichtigste Voraussetzung zu einer Massenwirksamkeit. Hierbei mangelte es jedoch schon gewaltig. Zwischen zwei starken Sendern aus Mailand und London eingequetscht, verursachten die Sendungen des DFS 904 in vielen Regionen des Hauptzielgebietes BRD ein nervtötendes Pfeifen, das durch die Überlagerung der Sender zustande kam. Die Frequenzwahl muß wohl eines der Rätsel bleiben. Vermutlich war die offizielle Zuteilung an die Sowjetunion, die diese an den DFS 904 abtrat, der ausschlaggebende Punkt. Über die Probleme in der Frequenzwahl wurde sich offensichtlich im PB von SED und KPD keine Gedanken gemacht.

In der Mitte und im Süden der BRD war der Empfang sehr dürftig, ebenso im Ruhrgebiet. Lediglich im Norden der Republik und natürlich in der Reichweite der Bodenwelle, also der direkten Welle des Senders, war der Empfang gut.¹⁵² Seltsamerweise war in den Urlaubsgebieten Italiens der Empfang besser, und der Sender war stärker als der im Norden stationierte Sender Mailand, wie Urlauber dem DFS 904 berichteten.¹⁵³ In Berlin war der Empfang des Senders auch nur unter erschwerten Hörbedingungen möglich, vermutlich einer der Hauptgründe, warum nicht häufiger Programmanalysen von SED-Seite angefertigt wurden. Es war den Genossen der SED vermutlich einfach zu mühsam, sich dem Pfeifen auszusetzen, um die Sendungen abzuhören. Nur bei einem der seltenen Ausfälle des Senders Burg wurde ersatzweise der Sender Königs-Wusterhausen angeschaltet, damit die Sendung nicht ausfiel. Dies ermöglichte dann zur Freude der in Berlin wohnenden Redakteure einmal guten Empfang des DFS 904.¹⁵⁴ Die KPD-Führung reagierte auf diese schlechte Ausgangsbasis für eine große Wirksamkeit des Senders, wenn auch vergebens. Nachdem sich Beschwerden der westdeutschen Genossen, insbesondere

¹⁵² vgl. Wilke/Sartoris, S. 296.

¹⁵³ vgl. Interview Broch.

¹⁵⁴ vgl. ebd.

aus Bayern, Süd-West, und besonders Rheinland-Pfalz über die schlechten Empfangsmöglichkeiten häuften, beschloß das KPD-PB Vorschläge für die Verbesserung des Empfangs u.a. direkt an Walter Ulbricht anzutragen. Die insgesamt drei Vorschläge, weitere Sendeanlagen auf 904 kHz dazuzuschalten, einen anderen Sendemast, z.B. des Deutschlandsenders, der in der BRD besser zu empfangen war, anstatt des in Burg befindlichen zu benutzen oder sogar UKW-Sendungen einzurichten, wurden jedoch nicht realisiert.¹⁵⁵ Allerdings waren die Vorschläge auch nicht besonders hilfreich, da der Empfang vorrangig ein Problem der schlechten Frequenz und nicht der Sendanlage und Sendestandort war, sowie UKW-Sendungen nur sehr eingeschränkt in der BRD zu hören gewesen wären. Dies minimierte schon einmal die mögliche Wirksamkeit des Senders, jedoch riefen die Sendungen Reaktionen in den staatlichen Stellen hervor, die ursächlich mit dem Inhalt der Programme zu tun hatten.

1.1 Reaktion von staatlicher Seite

1.1.1 BRD

Der Deutsche Bundestag beschäftigte sich ab 1960 mehrmals mit dem DFS 904, entweder bei kleinen Anfragen im Zusammenhang mit den Rundfunkausstrahlungen der DDR in Richtung Westen, oder bei Debatten zwischen Regierung und Opposition, in der der Sender als Ursprung irgendeines Gerüchts genannt wurde.

In der *Spiegel*-Fragestunde im Bundestag am 8. November 1962 erklärte der damalige Bundesminister für Verteidigung, Franz-Josef Strauß, im Zusammenhang mit dem Vorwurf, daß einige der Gutachter bezüglich einer Bewertung des Nachrichtenmagazins ehemalige SS-Führer seien:

„Ich habe auch festgestellt, woher eine solche Behauptung stammen könnte. Wir haben umfangreiches Material geprüft. Wir sind dabei darauf gekommen, eine Propagandaquelle, nämlich der Sender 904, vor kurzem einen Gutachter, einen Oberstleutnant, angegriffen, ihn als SS-Führer bezeichnet und dagegen Stellung genommen hat, daß ein solcher SS-Führer als Sachverständiger vor Gerichten aufgetreten sei.“¹⁵⁶

¹⁵⁵ vgl. SAPMO-BArch BY1/2506. PB der KPD am 20.10.1960.

¹⁵⁶ vgl. DeutschlandRadio.

Der Sender schien für Franz-Josef Strauß eine gewisse Wichtigkeit zu haben, wie auch aus einer außenpolitischen Debatte des Bundstags vom 25.2.1970 hervorgeht:

Strauß: „Man kann doch nicht erwarten, daß es so nebensächliche Stimmen wären, wenn Herr Honecker spricht, wenn Herr Spychalski spricht, wenn der Sender 904 spricht. Das sind doch nicht, das sind doch nicht freiheitliche Organe, in denen die vom Recht der Pressefreiheit Gebrauch machenden Redakteure ihre private Meinung ausdrücken, aber wenn der Sender 904 vor wenigen Tagen hohnlächelnd erklärt, man soll nicht immer von Ausloten reden, man soll endlich einmal so zu sagen Butter bei die Fische, würden Sie sagen, Herr Wehner. Man soll endlich einmal Farbe bekennen, ob man bereit ist, die Realitäten anzuerkennen. Das Gerede von ausloten, sondieren und explodieren das hätte überhaupt keinen Sinn mehr. Die Karten lägen ganz klar auf dem Tisch. So oder oder, das wäre die einzige Alternative.“

Zwischenruf von Herbert Wehner: „Für die nächste Woche haben die wieder Stoff, Herr Strauß“.

Strauß: „Ja“¹⁵⁷

Herbert Wehner selbst, 1968 als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, schien dem Sender ebenso eine Rolle beizumessen und benutzte ihn im Bundestag bei einer Rede als Beispiel bezüglich der Wortwahl der Opposition: Die „Gegenseite“ verwende eine ähnliche Wortwahl, man höre dies auch beim DFS 904.¹⁵⁸

Schon zwei Jahre zuvor sah sich das Auswärtige Amt 1966 im Zusammenhang mit der Wortwahl des DFS 904 mit einer Anfrage des italienischen Parlamentsabgeordneten Franco Pezzino konfrontiert, in der dieser nachfragte, ob es richtig sei, daß der Volkswagenkonzern plane, 2000 italienische Gastarbeiter zu entlassen. Diese „Massenentlassungen“ seien durch den DFS 904 propagiert worden, wie der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes in seinem Antwortschreiben an das italienische Parlament versicherte. Der DFS 904 hatte den italienischen Abgeordneten mit der für den Sender typischen Vorgehensweise verwirrt. Laut Aussage des Auswärtigen Amtes hätten viele der Italiener auf eine Verlängerung

¹⁵⁷vgl. SAPMO-BArch BY12/2305.

¹⁵⁸vgl.ebd. 180. Sitzung des Bundestags. In: Bulletin des Presse – und Informationsamtes der Bundesregierung vom 22.Juni 1968.

ihres Arbeitsvertrages verzichtet oder seien nicht mehr auf der Arbeit erschienen. Vom Sender wurde dies natürlich anders dargestellt.¹⁵⁹

Auch die Bundeswehr reagierte auf die ständigen Zersetzungsversuche des Senders und informierte in unregelmäßigen Abständen ihre Soldaten. Vermutlich war man sich eben doch nicht darüber sicher, wie stark die Sendungen bei den Soldaten Wirkung zeigten. Daher wurde den Soldaten neben den Aufgaben des Senders, die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zu untergraben, der Zweck der Beeinflussung in der Sendung für die Bundeswehr erläutert. Es gelte für den Sender, die Kampfkraft der Bundeswehr zu schwächen und „sie bei den Partnern als Racheinstrument vertrauensunwürdig zu machen.“ Den Soldaten werde suggeriert, eine Verteidigung mache überhaupt keinen Sinn, daher sei Desertion ein guter Ausweg. Erreicht werde dies zusätzlich durch die Verleumdung der Bundeswehrführung und die vielen Darstellungen von Unfällen, Schikanen und der Behauptung, die Bundeswehr bilde für den Atomkrieg aus. Immer wieder werde betont, die BRD plane den Angriffskrieg. In den Programmen entstehe dies besonders durch „kunterbuntes Mischen“ von Faktoren wie „Übertreibung, Verleumdung, Verdächtigung, Auslassung und Appelle an das Gefühl“, erklärte man den Soldaten.¹⁶⁰ Der gleiche Wortlaut wurde den Soldaten der Bundeswehr auch in den „Informationen für die Truppe“ präsentiert, unter Betonung, daß der Sender nichts mit dem Begriff „Freiheit“ zu tun habe.¹⁶¹ Eingeschaltet wurde der Sender in den bundesdeutschen Kasernen regelmäßig, wenn auch fast ausschließlich wegen der aktuellen Schlagermusik.

Ein im Bundeshaus in Bonn ansässiger „Industriewarndienst“ übernahm eine ähnliche Funktion für die BRD-Wirtschaftsunternehmen. Veränderungen in der Vorgehensweise des DFS 904 wurde an die Mitglieder weitergeben. Der Sender habe unter Benutzung fingierter Adressen bei westdeutsche Firmen angerufen und ihnen Werbezeit angeboten. Dies habe jedoch nur den Zweck, die Hörerzahl des Senders zu steigern. Tatsächlich gebe es höchstens Werbebotschaften nach dem Beispiel „Peter Stuyvesand – der Duft der großen, weiten Welt. Welch ein Gegensatz zum kleinliche Mief der Hallstein-Doktrin (904 am 11.7.65)“ zu hören.¹⁶² Ob dies der Realität entsprach, kann allerdings bezweifelt werden. Möglicherweise handelte es

¹⁵⁹ vgl. ebd. Il Sottosegretario di Stato per gli Affari Esteri an Franco Pezzino. 21.9.1966.

¹⁶⁰ vgl. SAPMO-BArch BY1/2303. Wehrausbildung in Wort und Bild 6/62.

¹⁶¹ vgl.ebd. BY1/2305. Informationen für die Truppe. Hrsg. vom Bundesminister der Verteidigung, Abteilung Streitkräfte. 1966. S. 554f.

¹⁶² vgl. ebd. BY1/2304 Ausgabe 1./10.8.1965, Nr. 21/22.

sich hierbei auch um eine Art Gegenpropaganda des „Industriewarndienstes“, der den DFS 904 diesbezüglich zur Festigung seines Feindbildes in seine Schreiben einfügte. Tatsächlich lief nie Werbung über den Sender, auch scheint eine „Telefonaktion“ für einen konspirativ arbeitenden Sender eher fraglich, selbst wenn er angeblich fingierte Adressen für diese Aktion benutzte.

Schließlich können noch zwei kleinere Vorgänge im Bundesinnenministerium Auskunft über die Einschätzung der DDR-Agitation in Richtung BRD geben, die den DFS 904 mitberücksichtigten.

In einer kleinen Anfrage der Fraktion der FDP vom 7. Juni 1961 wurde der damalige Innenminister Gerhard Schröder aufgefordert, Stellung zum Thema Rundfunk- und Fernsehkapazität der „Sowjetzone“ zu nehmen. Die Fraktion fragte, ob es der Bundesregierung bekannt sei, „daß die Sowjetzone mit 19 Mittelwellensendern, mit dem „Deutschlandsender“, dem sogenannten „Freiheitssender“ [...] ungestört [was beim DFS 904 nicht der Fall war, Anm. des Autors] das ganze Bundesgebiet erreicht“ und was dagegen von Seiten der Bundesrepublik, auch rundfunktechnisch, unternommen werde.¹⁶³

In seiner Antwort vom 14. Juli 1961 kam Innenminister Schröder zu folgender allgemeiner Einschätzung:

„[...] Die gegen die Bundesrepublik gerichteten Propagandasendungen des sowjetzonalen Rundfunks bedeuten eine erhebliche Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik. Die Bundesregierung hat diese Gefahr frühzeitig erkannt und sich seit langem bemüht, ihr wirksam entgegenzutreten.[...]“¹⁶⁴

Der DFS 904 wurde im Antwortschreiben allerdings nicht explizit genannt. Dagegenhalten wollte man in Bonn mit dem neu gegründeten „Deutschlandfunk“, auch die „Deutsche Welle“ werde eine Programmaufstockung bekommen, versicherte Schröder.¹⁶⁵

Dieses nach außen und für die Öffentlichkeit bestimmte Schreiben stand jedoch in seiner Aussage bezüglich der vermeintlichen Gefahr im Widerspruch mit einem zu späterem Zeitpunkt 1967 verfaßten, ausschließlich für den internen Gebrauch bestimmten Dossier des gleichen Ministeriums, das zu einem anderen Ergebnis kam.

¹⁶³ vgl. Deutscher Bundestag. 3. Wahlperiode. Drucksache 2794.

¹⁶⁴ ebd. Drucksache 2969.

¹⁶⁵ vgl. ebd.

Der SED-Westabteilung war es gelungen, an eine Kopie zu kommen, die sich im SAPMO wiederfand. Darin kam man trotz dem ständigen Versuch, u.a. durch den DFS 904, „die Bevölkerung der Bundesrepublik kommunistisch zu beeinflussen und die Bundesrepublik herabzusetzen“ und der ständigen Korrespondenz des DFS 904 mit den ausländischen Hörern im Ergebnis zu einer internen Bewertung, die dem äußern Bild doch etwas widersprach:

„VI. Insgesamt konnten die deutschen und ausländischen Kommunisten auch 1966 die innere Sicherheit der Bundesrepublik nicht ernstlich beeinträchtigen.“¹⁶⁶

Inhaltliche Analysen des Senders waren, wie schon beschrieben, nicht aufzufinden, wären aber vermutlich beim Amt für Verfassungsschutz anzusiedeln. Öffentlich geschah dies aber trotzdem, nämlich in der Presse der BRD. Auf östlicher Seite aber rief der Sender bei den staatlichen Stellen ebenso einen teilweise bizarren Eifer hervor, der sich auf Programmkritik konzentrierte.

3.1.2 DDR

Begeistert wurde die Idee des DFS 904 zur Zersetzung der Bundeswehr aufgenommen bzw. von der SED vorgegeben. Vermutlich wegen der Popularität bei den Bundeswehr-Soldaten, bei denen die Sendung hauptsächlich wegen der Musik gut ankam, entschloß sich die SED-Führung zur Installierung eines eigenen Senders, der ausschließlich auf diese Zielgruppe ausgerichtet war und fast identisch wie der DFS 904 methodisch vorging: Den Deutschen Soldatensender 935 (DSS 935). Im Gegensatz zum DFS behauptete der DSS 935 in seinen Sendungen nie aus der BRD zu senden. Zwar gab es eine Postadresse „Werner Schütz, Postfach 116, Berlin W8“, diese lag aber nicht im Westsektor der Stadt, sondern nahe des ehemaligen Reichspostamtes im Ostteil der Stadt, wie sich unter den Rundfunkhörern schnell herumsprach.¹⁶⁷ Der DFS 904 war wenig begeistert von der Konkurrenz, die sich von Oktober 1960 an seine Seite gesellte, mußte man sich doch die Sendeanlage mit der Station in Burg teilen, so daß keine Sendezeit mehr überzogen werden konnte. Vor

¹⁶⁶ SAPMO-BArch DY30/IV A2/10.02/181: Akte enthält die Studie des Bundesinnenministeriums „Die kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966“ vom Juni 1967. vgl. insbesondere S.37; S.52;S.60.

¹⁶⁷ vgl. zum DSS 935 ausführlich u.a. bei Scheer; Wilke/Sartoris; Bergmann; Fricke.

Programmstart des zeitlich leicht versetzt sendenden DSS 935 mußte der Sender auf die neue Frequenz umgestimmt werden.¹⁶⁸

Ende 1961 und Anfang 1962 kam der DFS 904 wegen seiner Sendungen ins Visier des Arbeitsbüros des ZK der SED und des PB-Mitglieds und Initiator des Senders, Hermann Matern. Das 19 Seiten starke Dossier über den Sendezeitraum vom 27.11. bis 17.12.1961 wurde u.a. an Ulbricht, Norden und Reimann verteilt.¹⁶⁹ Es wurde darin massiv die Argumentationsweise des Senders kritisiert, diese sei vom Klassenstandpunkt her gesehen zu schwach. Inhaltlich wurde nach Meinung Materns der XXII. Partei der KPDSU in Teilen argumentativ verwässert und falsche Schlußfolgerungen gezogen bzw. gar nicht in Bezug auf Westdeutschland kommentiert:

„Der Verzicht auf die Verbindung der Darlegung der Probleme des XII. Parteitages mit einer ideologischen Auseinandersetzung über die in Westdeutschland wirksamen feindlichen Argumente ist ein ernster Mangel in der Arbeit des Senders.“¹⁷⁰

Auch seien viele Kommentare des beobachteten Zeitraumes losgelöst von der Parteitaglinie vorgetragen wurden. Es wurde so z.B. bei einem von der sowjetischen Delegation in Genf vorgeschlagenen

„sofortigen Atomversuchsstop nicht von der Generallinie des XXII. Parteitages aus argumentiert. Der Sender will vielmehr mit gegnerischen westlichen Pressestimmen die Richtigkeit der Politik der Sowjetunion beweisen.

Am 28. 11. 1961 wird zum selben Problem direkt falsch argumentiert, die auf dem XXII. Parteitag gegebene Linie wird verwässert. So wird die allgemeine und vollständige Abrüstung nicht wie im Programm der KPdSU als "der radikalste Weg zur Gewährleistung eines dauerhaften Friedens" dargelegt und erläutert, sondern als die Gretchen-Frage" bezeichnet, d.h. sie wird als "Probe auf die Ehrlichkeit" der Imperialisten behandelt, statt als Kampfaufgabe auch der Arbeiterklasse Westdeutschlands gegen den westdeutschen Imperialismus, gegen seine atomare Bewaffnung.

¹⁶⁸ vgl. Brief Max Reimanns an Albert Norden vom 6.10. 1960: Reimann beschwert sich massiv über die Tatsache, daß der DFS 904 nicht mehr seine Sendezeit überschreiten könne, „da in dieser Zeit die sonst von uns benutzte Welle für andere Sendungen gebraucht wird. Ich halte eine solche Maßnahme, ohne uns vorher davon in Kenntnis zu setzen, für – gelinde gesagt – unmöglich.[...]“ Man konnte deshalb auch nicht eine vollständige Rede Walter Ulbrichts bringen, so Reimann. Eine Art Drohung, die jedoch bei Norden völlig abprallte. vgl. SAPMO-BArch DY30/ IV 2/2028/38 Büro Albert Norden.

¹⁶⁹ vgl. SAPMO-BArch NY/4076/145 Blatt 153; Dossier in ebd. DY30/ IV 2/2028/1 Blatt 163-183.

¹⁷⁰ SAPMO-BArch DY30/ IV 2/2028/1 Blatt 165.

Die Bemerkung, was das "Gleichgewicht des Schreckens" bedeute, "davon haben uns die letzten sowjetischen Kernwaffenversuche einen Vorgeschmack gegeben", kann vom Hörer als gegen die Sowjetunion gerichtet verstanden werden, weil er aus der Sendung entnehmen kann, die Sowjetunion habe das "Gleichgewicht" gestört und damit die Westmächte zum Nachziehen veranlaßt.¹⁷¹

Der Sender mache sich viele richtige Argumentationslinien durch weitere Meldungen im Laufe des Programms kaputt, da Meldungen und Kommentare nicht in einer einheitlichen Linie gebracht werden. Als Beispiel führte Matern die Nachricht vom 6.12.1961 an, daß die Bonner Regierung sich weigere, „den Rentnern ein Weihnachtsgeschenk auszuzahlen“. Dieses würde

„richtig im Zusammenhang mit den wachsenden Aufrüstungskosten gebracht.

Aber zugleich wurde berichtet, daß auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der Verteidigungshaushalt um 3,14 Milliarden Rubel erhöht wurde. Dem Hörer drängte sich unweigerlich der Gedanke auf, daß sowohl in Westdeutschland wie in der Sowjetunion im Grunde genommen das gleiche vor sich geht.“¹⁷²

Besonders großen Umfang nahm die Kritik an der mangelnden Motivation ein, die der Sender bezüglich der Mobilisierung der westdeutschen Arbeiterklasse einnahm. Der Sender rief lieber westdeutsche Politiker auf, etwas zugunsten der Arbeiterklasse zu unternehmen, als selbst zum aktiven Handeln der Arbeiter hinzuleiten.

„Mit diesem Appell an die bürgerlichen Politiker werden der Arbeiterklasse und sogar den Kommunisten die Rolle und die Aufgaben zugewiesen, im Nachtrab bürgerlicher Kräfte zu marschieren, der Arbeiterklasse wird nicht bewußt gemacht, daß sie die führende Kraft des nationalen Kampfes sein und vor allen selbst aktiv handeln muß, um eine Politik der friedlichen Koexistenz durchzusetzen.“¹⁷³

Matern kritisiert diese geförderte Passivität auch an mehreren anderen Punkten, so die rhetorische Frage des Senders an seine Zuhörer im Zusammenhang mit einer weiteren Aufrüstung der Bundeswehr: „Glaubt etwa irgend jemand, die Russen werden tatenlos zusehen?“ seines Erachtens falsch, da es nicht vor allem „Sache der

¹⁷¹ SAPMO-BArch DY30/ IV 2/2028/1 Blatt 166.

¹⁷² ebd. Blatt 166 f.

¹⁷³ ebd. Blatt 168.

Russen sei, zu verhindern, daß die Bonner Ultras Raketenwaffen in die Hand bekommen.“¹⁷⁴

Zu den Sendungen für die Bundeswehr wurde die grundsätzliche Austauschbarkeit der Armeen der beiden deutschen Staaten in den Programmen des DFS 904 kritisiert, da hier besonders der klassenmäßige Standpunkt fehle.

„z.B. wird im Beitrag vom 11.12.1961 u.a. zu den Befehlen und ihrer Ausführung im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozeß Stellung genommen. Der Judenmörder Eichmann hat sich damit verteidigt, er habe Befehle ausführen müssen. In der Sendung heißt es dazu: "Eichmanns Argumente - das sind auch die Argumente der Generäle und Offiziere in den Stäben der Bundeswehr" ; auch diese antworten auf die Frage, ob sie "einen gesetzwidrigen Befehl auch heute ausführen würden"...dann: "Befehl ist Befehl, und der muß ausgeführt werden".

Hier wird völlig außer acht gelassen, den Soldaten zu erklären, daß die Kommunisten nicht grundsätzlich gegen Befehle und ihre diskussionslose Durchführung sind. Der Sender muß doch den Soldaten verständlich machen, welchen Interessen die Befehle der westdeutschen NATO-Generale und welchen Interessen dagegen die Befehle der Nationalen Volksarmee dienen.

Der Sender argumentiert jedoch nicht klassenmäßig. In keinem Beitrag wird von dem grundsätzlichen Unterschied zwischen der Bonner NATO-Armee und der Nationalen Volksarmee in der DDR gesprochen. Daher kann die Argumentation des Senders bei den Bundeswehr-Soldaten nicht wirken, bzw. kann vom Gegner sogar ausgenutzt werden, um uns bei den Soldaten unglaublich zu machen.

Das trifft z.B. auf die Argumente des Senders gegen das Offizierskorps der Bundeswehr zu, wie "Eure Offiziere haben bessere Verpflegung, sie verdienen mehr Geld, haben bessere Unterkünfte" usw. Manöverunfälle oder Schlägereien werden sensationell aufgebauscht; es wird gegen den militärischen Drill gewettert, die Soldaten werden zum "Kurtreten" bzw. zur Befehlsverweigerung aufgefordert, ohne bei all dem auf den Klassencharakter von Armeen oder ähnliche prinzipielle Fragen einzugehen.“¹⁷⁵

Beschwert hatte sich auch die Führung der Nationalen Volksarmee (NVA) über die Sendungen des DFS 904. Heinz Priess erinnerte sich ebenfalls an ein Treffen in Frankfurt/Oder, wo er vom damaligen Verteidigungsminister Heinz Hoffmann zur Seite genommen und eindringlich ermahnt wurde, die Soldaten der NVA nicht weiter

¹⁷⁴ SAPMO-BArch DY30/ IV 2/2028/1 Blatt 172.

¹⁷⁵ ebd. Blatt 173 f. Unterstreichungen finden sich auch im Original.

„verrückt“ zu machen.¹⁷⁶ Konnte die NVA schon trotz Verbots das Hören des DFS 904 nicht verhindern, so sollte wenigstens der klassenmäßige Standpunkt eindeutig sein.

Wie Matern den Sender jedoch sah, zeigt sich in einer Art Fazit des Berichts, der die Analyse zum Wortprogramm des Senders abschließt:

„Wenn man von den Anforderungen angeht, die Lenin an die marxistische Presse stellt, so kann man sagen, daß der Sender auf dem Gebiet der Agitation noch relativ am besten arbeitet, während er seine Rolle als kollektiver Propagandist und als kollektiver Organisator ganz unzureichend erfüllt. Gerade die Sendungen für die KPD sind viel zu wenig darauf gerichtet, wirklich die Parteiarbeit zu verbessern.

Der Sender wird seiner wichtigsten Aufgabe, wirkungsvolles Instrument der Parteiführung zu sein, das schnell und prinzipiell die Beschlüsse und die Politik der Partei und der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung erläutert und auf dieser Grundlage den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus organisieren hilft, nicht gerecht.“¹⁷⁷

Matern ließ es sich jedoch nicht nehmen, auch das Musikprogramm des Senders grundsätzlich zu kritisieren. Abgesehen hatte es der schon etwas ältere Matern dabei besonders auf Schlagersänger, wie z.B. Bill Ramsey, dessen „Ami-Masche“ er als „Verschandelung der Sprache in Richtung Amerikanismus“ empfand. Auch der Einzug des Rock`n`Rolls in das Programm war für das PB-Mitglied Matern eine „Verfallserscheinung“. Wenn auch einige der Titel, in denen nur die „Liebe“ besungen wurde, für ihn noch akzeptabel waren, kritisierte er die Verwendung dieser westdeutschen Schallplattenproduktionen als nicht annehmbar, da „deren bestimmender Teil ein Bestandteil der politisch-ideologischen Maschinerie des westdeutschen Imperialismus ist.“¹⁷⁸

Der 68jährige Matern wußte aber auch die Alternative zu dieser Musik aufzuzeigen:

„Das Musikprogramm sollte in der Richtung geändert werden, daß der ganze Reichtum der wirkungsvollsten Musik aller sozialistischen Länder ausgenutzt wird. Zum Beispiel war das Moissejew-Ensemble aus der Sowjetunion in Westdeutschland sehr beliebt. Darum kann man durchaus die besten sowjetischen Lieder, Märsche , Walzer usw. spielen, ebenso andere

¹⁷⁶ SAPMO-BArch DY30/ IV 2/2028/1 Blatt 182; Priess, S. 293 f.

¹⁷⁷ ebd. Blatt 177.

¹⁷⁸ ebd. Blatt 179.

wirkungsvolle und populäre Musikstücke aus den anderen sozialistischen Ländern, die besten Schlager aus der DDR, die schönsten Lieder aus Kuba, die gleichzeitig Schlager sind.[...]“¹⁷⁹

So tauchte als eine der Schlußfolgerungen der Punkt auf, in dem der DFS 904 aufgefordert wurde, das Musikprogramm in diese Richtung zu ändern.¹⁸⁰ Die uneinheitliche Linie in der Argumentation des Senders läge u.a. auch daran, „daß der Sender von verschiedenen Kommissionen fertige Beiträge erhält.“¹⁸¹ Er forderte zudem die Sendeleitung auf, die Kaderpolitik des Senders so zu ändern, daß der Sender qualitativere politische und ideologische Sendungen bringen könne. Schließlich habe die Redaktion des Senders die Verantwortung, von Kommissionen eingebrachtes Material in eine einheitliche politische Linie zu bringen. Um diese Fähigkeiten zu fördern, bedarf es als weitere Konsequenz einer besseren Schulung der Mitarbeiter. Außerdem forderte Matern eine besondere Redaktionsabteilung für Propaganda der SED, die ausführlich Berichte über den sozialistischen Aufbau der DDR bringen sollte. Dies könne auch mit Kräften geschehen, die von der SED zur Verfügung gestellt werden müßten.¹⁸² Vermutlich war dieses Dossier nur eines von mehreren, andere sind jedoch in den Akten nicht auffindbar gewesen. Heinz Priess erinnert sich, daß er von Zeit zu Zeit ins ZK der SED zitiert wurde, wenn mal wieder jemand die Sendungen des DFS 904 analysiert hatte. Dies war aber nicht regelmäßig der Fall.¹⁸³

Tatsächlich änderte sich nicht nur beim Sender die Kaderstruktur in den darauffolgenden Monaten, sondern bei der KPD insgesamt. Viele der Redakteure des Senders bekamen, laut einer Vorlage des ZK der KPD an Max Reimann vom 11.4.1962, in ihrer Partearbeit Regionen oder Sachthemen in Westdeutschland zugeordnet, über deren Vorgänge sie sich besonders kümmern sollten.¹⁸⁴ Beim Sender änderte sich das Kollegium im Herbst des Jahres, wie schon in einem der vorherigen Kapitel beschrieben.¹⁸⁵ In den folgenden Jahren wurden weitere „Anregungen“ Materns verfolgt. 1965 befaßte sich eine spezielle Gruppe aus Leuten

¹⁷⁹ SAPMO-BArch DY30/ IV 2/2028/1 Blatt 179.

¹⁸⁰ ebd.

¹⁸¹ ebd. Blatt 177.

¹⁸² vgl. ebd. Blatt 180.

¹⁸³ vgl. Priess im DeutschlandRadio.

¹⁸⁴ vgl. SAPMO-BArch BY1 /2582.

¹⁸⁵ vgl. ebd. BY 1/2600, Sitzung des Politbüro der KPD vom 19.9.1962. Beschluß über die Zusammensetzung des Kollegium bei Valentin.

des PBs der KPD „im Interesse der schnellen, konkreten Anleitung der Partei für die Zeit des Wahlkampfes“ mit der täglichen Argumentation des Senders.¹⁸⁶ Schulungen der Redakteure lassen sich nur an einem Beispiel nachweisen: Ende 1968 sandte das Politbüro zwei der Redakteure zu einem halbjährigen Lehrgang nach Moskau.¹⁸⁷

Musikalisch schien sich jedoch beim Sender nichts zu ändern, was auch ein vollständiger Mitschnitt vom 1. Mai 1966 beweist. Hier zeigte sich nur zu offensichtlich das Dilemma, in der die SED-Führung sich befand. War es bei der NVA einfacher, ein Hörverbot auszusprechen, so sah es mit der Jugend um so schwerer aus, zumal bei Mittelwellenempfang nicht einfach wie bei UKW-Empfang Antennen vom Dach verbannt werden konnten. Am 2. August beschrieb das *Flensburger-Tageblatt* die Situation. Insbesondere *Radio Luxemburg* wurde demnach von der mitteldeutschen Jugend regelmäßig eingeschaltet. Ein Verbot, diesen in FDJ-Heimen zu hören, führte laut Artikel nur dazu, daß sich die Jugendlichen nicht mehr in den Heimen trafen, sondern eben zu Hause Luxemburg einschalteten. Die SED behauptete, der Sender habe eine „unrühmliche Tradition“ als Soldatensender im zweiten Weltkrieg „psychologischen Krieg im Äther praktiziert.“ „Vor lauter Hulamädchen, Kokosinseln und Liebe“ vergesse der Hörer laut Meinung der SED, daß dahinter die unbarmherzige Fassade des Atomkriegs stehe, schrieb das Tageblatt.

„Zweck und Ziel der Musiksendungen sei es, wie der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, Paul Fröhlich, kürzlich erklärte, die Jugend gefühlsroh, willenlos zu machen, anarchistisch zu beeinflussen, so daß sie am Ende beim Kult des Massenkillens anlangt. [...]“

Die Zeitung fand daher die Verteidigung der Jugendlichen sehr geschickt, auf den Freiheitssender hinzuweisen, der ja von der SED-Führung so gelobt werde, aber die gleiche Musik bringe. Formal gab die Führung den Jugendlichen recht, jedoch sei der Sender kein Sender der DDR und sende die Musik für das westdeutsche Publikum. Da die Jugendlichen die mitteldeutschen Schlager der „Sowjetzone“ als Schnulzen empfanden, da „ständig von Traktoristinnen und FDJ-Mädchen die Rede sei“ und die

¹⁸⁶ vgl. SAPMO-BArch BY 1/2737 Politbüro der KPD.

¹⁸⁷ vgl. ebd. BY 1/2928 Politbüro der KPD.

Propaganda des DFS 904 nicht gut ankäme, schalteten die Jugendlichen auch weiterhin Luxemburg ein, beendete das *Flensburger-Tageblatt* seinen Artikel.¹⁸⁸

Die westdeutschen Zeitungen beschäftigten sich regelmäßig mit dem DFS 904 und können daher gut in eine Beurteilung des vermeintlichen Geheimsenders in seiner Wirkung mit einbezogen werden. Aber auch in ostdeutschen Zeitungen tauchte der „einzige Sender der Bundesrepublik, der nicht unter Regierungskontrolle steht“, von Zeit zu Zeit auf, wenn natürlich auch unter anderen Absichten.

3.2. Das publizistische Echo in Ost und West

Das publizistische Echo beschränkte sich in den DDR-Zeitungen und Zeitschriften rein auf die Funktion des Senders. Die wenige Anzahl von Zeitungsartikeln aus der DDR im Archiv des Senders ermöglichen zwar nicht eine exakte Bestimmung, lassen aber durchaus Rückschlüsse durch ihre Aufmachung und Inhalt zu.

Im offiziellen SED-Organ ND tauchte der Sender nur im Zusammenhang mit vermeintlichen Enthüllungen des Senders auf. Der DFS wurde in diesem Zusammenhang nur als Schlagzeile erwähnt: „Der Deutsche Freiheitssender 904 enthüllt...“, danach folgte die Standard ADN-Meldung. Als Beispiel kann eine Meldung im Zusammenhang mit dem in Israel 1960 stattgefundenen Prozeß gegen Adolf Eichmann aufgezeigt werden, diesmal im Regionalblatt *Berliner Zeitung (BZ)*:

„Bonn bangt um Eichmann – Deutscher Freiheitssender 904 enthüllt Mordpläne

Düsseldorf (ADN/BZA). „Es ist mit allen Mitteln zu verhindern, daß ein öffentlicher Prozeß gegen Eichmann stattfindet, gegebenenfalls muß Eichmann vor Prozeßbeginn im Gefängnis sterben.“ Diesen Geheimplan Bonns enthüllte gestern der „Deutsche Freiheitssender 904“. Bundespressechef von Eckhardt bestätigte gestern indirekt die Absicht und erklärte, es wäre „nach Ansicht der Bundesregierung wünschenswert, wenn Eichmann vor ein westdeutsches Gericht gestellt würde. [...]“¹⁸⁹

1960 wurde der Sender dann noch in einem weiterem Zusammenhang in der DDR-Presse erwähnt. Die schon zuvor erwähnte Problematik für die DDR-Führung, daß immer mehr Jugendliche den DFS 904 wegen der Musik einschalteten, wurde mit

¹⁸⁸ vgl. *Flensburger-Tageblatt*: „Radio Luxemburg und die SED. Scharfe Kampagne gegen „staatsgefährdende“ westliche Schlager. 2. August 1961. In: SAPMO-BArch BY 1/2303.

¹⁸⁹ vgl. SAPMO-BArch BY1/2302, *Berliner Zeitung* vom 28.5.1960.

einer Art Aufklärungskampagne begegnet, die dem Vorwurf der Ähnlichkeit zwischen Radio Luxemburg und dem DFS 904 begegnen sollte. Das ND berichtete am 4.8. 1960 von einem angeblichen Gespräch zwischen Lehrern und Schülern über dieses Thema. Viele FDJler gaben demnach zu, Radio Luxemburg zu hören, aber bei den Wortbeiträgen abzustellen. In einem Dialog wurde daraufhin in der Zeitung die Unterschiede der beiden Sender herausgearbeitet. Aus angeblich eigener Transferleistung zeigten die Schulkinder auf, wie Radio Luxemburg analog zu Zeitungen, „durch Reklameanzeigen großer Konzerne [...] korrumpiert“ wurde. Der kommunistische DFS 904 bekomme keine Reklameaufträge, da die Interessen nicht mit denen der Fabrikbesitzer übereinstimmen.

„Die Kommunisten sind gegen große Fabrikbesitzer, die am Krieg Geld verdienen wollen; und der Sender 904 enthüllt die schändlichen Blitzkriegpläne der Bonner Militaristen.“

„Und deshalb bekommt er auch keine Reklameaufträge, das ist doch klar!“ [...] ¹⁹⁰

Im Oktober 1960 schließlich bemühten sich Joachim Herrmann als SED-PB-Mitglied, Horst Schumann in seiner Funktion als 1. FDJ-Zentralratssekretär und der Chefredakteur der BZ, Dieter Kerschek, im *Junge Welt*-Interview die zahlreichen Zuhörer in der FDJ über den DFS 904 aufzuklären und dieses Thema damit, so hoffte man vermutlich, vorerst einmal aus der öffentlichen Diskussion zu holen:

„Frage: Welche Stellung nimmt eigentlich der Freiheitssender 904 ein und wo steht er?“

Horst Schumann: Er nimmt eine ausgezeichnete Stellung ein. Wo er steht – darüber wundert sich das Amt für Verfassungsschutz heute noch. Aber damit muß es alleine fertig werden, wir helfen ihm nicht.

Joachim Herrmann: Man hört diesen Sender ausgezeichnet, und das ist die Hauptsache. Er ist der Sender der illegalen KPD, die den Menschen in Westdeutschland die Wahrheit sagt.

Dieter Kerschek: Im übrigen sind Rundfunksender ja nicht dazu da, sie anzusehen, sondern um sie zu hören.“ ¹⁹¹

Die ostdeutschen Schüler schalteten weiter ein. Hauptsächlich wegen der eigenen schlechten Tanzmusik und einer langweiligen Darbietung wurde bei Luxemburg und

¹⁹⁰ vgl. SAPMO-BArch BY1/2303. Hubert Lembach: Kinder erwarten klare Antworten. Das politische Gespräch zwischen Lehrer und Schüler. In: Neues Deutschland vom 4.8.1960.

¹⁹¹ vgl. SAPMO-BArch BY1/2303. Junge Welt vom 21.10.1960.

dem DFS 904 eingeschaltet, bemerkte die BZ im Juni 1961, ohne natürlich zu vergessen die Gefahr zu erwähnen, die von der amerikanischen Musik ausgeht:

„[...]Der Musik wegen hören sie den Freiheitssender 904 gerne und akzeptieren seine fortschrittlich politischen Kommentare. Sie erkennen zwar die Kommerzialisierung des Jazz in den USA, noch nicht aber sehen sie, daß die vom RIAS und NWDR gebotene ‚heiße Musik‘ für den kalten Krieg mißbraucht wird.[...]“¹⁹²

In einer 1961 eingeleiteten Kampagne, in deren Zusammenhang Übersiedler in die DDR und ehemalige Bundeswehrsoldaten der Öffentlichkeit präsentiert wurden, benannte man auch noch einmal die Funktion des Freiheitssenders, als den Sender, der „über die tatsächlichen Verhältnisse innerhalb der Bundeswehr [...], auch über ihre aggressiven Ziele“ aufklärte. Der ehemalige Soldat der Bundeswehr, Franz Bittner, dankte gegenüber der BZ dem Freiheitssender für die „objektive Aufklärung“.¹⁹³ Weitere Übersiedler in die DDR sprachen von Arrest unter Begründung „Zersetzung der Truppenmoral“, der von der Bundeswehr wegen Abhörens des DFS 904 verhängt wurde.¹⁹⁴ Diese Kampagne wurde noch länger im gleichen Tenor verfolgt. Betrug der geschilderte Arrest noch 10 Tage, schrieb die DDR-Presse in den drauffolgenden zwei Jahren das Abhören des DFS 904 vom kleinen Delikt zum Staatsverbrechen hinauf, das an höchster Stelle in der BRD abgeurteilt wurde.

„Karlsruhe. Ein Soldat der Bonner Bundeswehr muß für 15 Monate hinter Gefängnismauern, weil er den Deutschen Freiheitssender 904 gehört hatte. Dieses Urteil, das im vergangenen Jahr das Landgericht Braunschweig verhängte, wurde jetzt vom politischen Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe bestätigt. Das Gericht begründete das Terrorurteil mit dem Hinweis, der Soldat habe „mit dem Osten sympathisiert“.“¹⁹⁵

Bemerkenswert ist außerdem noch ein Titelblatt des DDR-Satiremagazins *Eulenspiegel*, das sich in seiner Maiausgabe 1962 indirekt auch dem DFS 904 widmete. Auf dem Bild ist eine Alpenlandschaft zu sehen, vor der ein Bauer und

¹⁹² vgl. SAPMO-BArch BY1 / 2302. Titus Tautz: Die Zehnte wurde zum Magnet. Berliner Zeitung vom 3.6.1961.

¹⁹³ vgl. ebd. Berliner Zeitung 19.2.1961.

¹⁹⁴ vgl. ebd. Friedrich Menzel: Wehrpaß? – Ich passe. Berliner Zeitung 8.2.1961.

¹⁹⁵ vgl. ebd. Kurznachricht der ADN vom 4.2.1963.

seine gewichtige Gattin in einer offenen Kutsche mit eigenem Kutscher plaziert sind, die am Zaum zu einem Bauern sprechen:

„Lassen Sie sich von diesem – äh- Freiheitssender nicht irremachen, Wastl! Die Güter der Nation, besonders die über hundert Hektar, sind bei mir in den besten Händen!“¹⁹⁶

Die bundesrepublikanische Presselandschaft setzte sich als Zielscheibe des Senders ausführlicher und kritischer auseinander.

Knapp drei Wochen nach der ersten Sendung des DFS 904 berichtete die Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* ausführlich über den Sender. Beschrieben wurde die Arbeitsweise des Senders mit der „bewußt ungeschulten Sprechtechnik“ und der „schmissigen Musik“. Trotz der schnellen Erkenntnis beim Hörer, daß es sich dabei um einen Propagandasender handelt, ging für den Autor der *Zeit* ein bestimmter Reiz von der Geheimnistuerei des Geheimsenders aus.

„Mag der Hörer in voller Kenntnis der Tatsache, daß dieser Sender in der Sowjetzone steht, seiner Tendenz auch mit Ablehnung begegnen, viele fühlen sich dennoch im Augenblick unbewußt als Mitverschworene; genau wie Generationen ihren Karl May verschlungen haben, obwohl sie wußten, daß jene „Erlebnisberichte“ frei erfunden waren. Dazu kommt noch die gängige Musik, deren Beliebtheit in vielen Fällen sicher ausreicht, daß Hörer auch die kommunistischen Parolen in Erwartung der nächsten zündenden Nummer schlucken.“

Trotzdem werde der Sender bei genauerem Hinhören als ein Abklatsch des Vorbildes „Soldatensender Calais“ empfunden, so *Die Zeit* weiter im Artikel. Dem angeblich westdeutschen Freiheitssender fehle da doch das Geschick, ähnliche Wirkung wie sein Vorbild zu erzielen. Daß der Sender in Erscheinung treten konnte, war für *Die Zeit* in der Ursache des KPD-Verbots zu sehen. Laut eines SPD-Gewerkschafters sei „der Sender für die da drüben mehr wert als die ganze KPD“, wurde der Artikel beendet.¹⁹⁷

Die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) schrieb schon drei Tage nach dem Verbot der KPD in ähnlichem Tonfall und erinnerte an die bisher nur negativen Erfahrungen mit Parteiverboten in Deutschland. In seiner Wirkung sei der DFS 904 viel höher im

¹⁹⁶ vgl. ebd. Eulenspiegel 1.Maiheft 1962.

¹⁹⁷ vgl. SAPMO-BArch BY 1/2303. *Die Zeit* vom 6.9.1956. „Bewußt ungeschult“ schon daher, daß es beim DFS 904 eine Aufnahmeleiterin gab, die Sprechweise, Betonung usw. korrigierte, wie Adolf Broch sich erinnert.

Vergleich zu den bisher „kommunistischen Blättchen“ zu bewerten.¹⁹⁸ Daß in der westdeutschen Presselandschaft und in den Behörden angeblich Unsicherheit bezüglich des wirklichen Standortes des Senders herrschte, zeigen weitere Artikel der SZ von 1956, in denen Anfang September vom tatsächlichen Standort Magdeburg ausgegangen wurde, im November jedoch in einem Eigenbericht über den Verfassungsschutz berichtet wurde, der in mehreren Bundesländern nach dem „fliegenden Sender“ suchen würde.¹⁹⁹ Die dem Springer-Verlag zugehörigen *Bild-Zeitung* und *Welt* nannten schon wenige Tage nach Sendestart die Nähe von Magdeburg als Sendestandort und Erich Glückauf als einen der Hauptverantwortlichen für den Sender.²⁰⁰

In den folgenden Jahren waren sich die Publizisten nicht einig über die Wirkung des DFS 904. „Die Spezialisten des Kalten Krieges wissen, daß sie trotz des teuren Senders und des geschulten Personals nur wenig Interesse in der Bundesrepublik finden“, schrieb die *Saarländische Stimme der Freiheit* in einer Übernahme eines in mehreren Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichten Artikels. Der Autor beklagte allerdings die „Massendenunzierungen“, mit denen Offiziere und Soldaten vom Sender überzogen werden und dabei mit straffällig gewordenen Nationalsozialisten gleichgesetzt werden, obwohl sie „im letzten Krieg ihre Pflicht erfüllt haben“.

Fazit des Artikels war:

„Die Nachrichtensendungen sind derart plump und albern, daß man eigentlich nur jedermann empfehlen kann, den „DFS 904“ zu hören. Er bietet die beste Veranschaulichung für die Verlogenheit der kommunistischen Propaganda.“²⁰¹

Im gleichen Ton schrieb auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) über den Sender. Das allgemeine, „von heißer westlicher Tanzmusik“ umrahmte Programm sei „nicht aufregend“. Die FAZ regte sich auch über ungebetene Schützenhilfe auf, die durch unvorsichtige Interviews von bundesrepublikanischen Persönlichkeiten gegenüber DDR-Journalisten entstanden sei. Im vorliegenden Fall wurde ein Interview von Ernst Rowohlt über den Sender wiedergeben, vermutlich ohne sein Wissen, aber „er hätte darauf gefaßt sein müssen. Wußte er doch, in welche

¹⁹⁸ vgl. SAPMO-BArch BY1/2302. Süddeutsche Zeitung, Das Streiflicht, 20.8.1956.

¹⁹⁹ vgl. ebd. 1./2.9.1956; 8.11.1956.

²⁰⁰ vgl. ebd. Bild-Zeitung vom 31.8.1956; Die Welt vom 4.9.1956.

²⁰¹ vgl. ebd. Bernhard Korn: Ein Sender falscher Freiheit. Schocknachrichten, Denunzierungen und geklaute Musik vom ostzonalen Band 904. In: Saarländische Stimme der Freiheit 3, Juli 1960.

Gesellschaft er sich begeben hatte.“²⁰² Am Tage des Verbots und gleichzeitigem zweijährigen Sendejubiläum des DFS 904 beschrieb die FAZ die Sendungen für die Bundeswehr im Vergleich zu den Versuchen der agitatorischen Zersetzung in diversen Zeitschriften als

„dürftig, weil sie sich damit begnügen, besondere Vorkommnisse, wie etwa ein Manöverunfall oder ein Gerichtsverfahren gegen einen Offizier, unter kommunistischen Vorzeichen auszuwerten. Sie versuchen nicht, die Truppe mit zutreffenden internen Informationen zum Zuhören zu verleiten. Die westlichen Alliierten haben während des zweiten Weltkrieges mit ihrem „Soldatensender Calais“ bedeutend Besseres geleistet.“²⁰³

Bedenkenträger der westdeutschen Publizistik wiesen auf die teilweise Übernahme von Schlagworten hin.

„Das gesamte Tagesprogramm des „Freiheitssenders 904“ ist auf den agitatorischen Kampf gegen die Bundesrepublik abgestellt. Die Nachrichten und Kommentare sind in der Regel als kommunistische Propaganda erkennbar; oftmals aber sind sie auch sehr geschickt abgefaßt, und es kommt vor, daß manche Schlagworte und Gedankengänge sich bald darauf in den Kommentaren einiger westdeutschen Tageszeitungen oder Rundfunkanstalten wiederfinden.“²⁰⁴

Viel geändert hatte sich aber auch in den folgenden Jahren nicht bezüglich der uneinheitlichen Einstellung der westdeutschen Publizistik gegenüber dem DFS 904. Der *Flüchtlingsanzeiger* monierte in seiner Oktoberausgabe von 1966 die „Schützenhilfe“ der Presse, die im Gegensatz zu den Flüchtlingen wohl nicht „immun“ gegenüber dem Sender sei. Der „Anzeiger“ billigte dem Sender eine „geschickte“ Frisierung der Meldungen zu. Sicherheitshalber wurde den Lesern aber noch eine kurze Erklärung über den Slogan „Der einzige Sender, der nicht unter Regierungskontrolle steht“ mitgeliefert. Der Sender stehe durchaus unter Regierungskontrolle, „nämlich derjenigen Pankows“. In der Bundesrepublik gäbe es

²⁰² vgl. ebd. FAZ vom 8. August 1959.

²⁰³ vgl. ebd. Ernst Otto Maletzke: Oberst Mrochens psychologischer Krieg – die Bundeswehr als Objekt kommunistischer Zersetzungsversuche. FAZ vom 17.8.1959.

²⁰⁴ vgl. SAPMO-BArch BY1/2302. Auszug aus „Verschwörung gegen die Freiheit“. Die kommunistische Untergrundarbeit in der Bundesrepublik. Herausgegeben von der Münchener Arbeitsgruppe „Kommunistische Infiltration und Machtkampftechnik im Komitee „Rettet die Freiheit“. Tagung in Frankfurt/Main März 1960, S.11.

keine Regierungskontrolle, da die „Rundfunkstationen unabhängige Organe“ seien.²⁰⁵

Allgemein war der Ruf nach einer geeigneten Antwort auf die starke Zersetzung aus der DDR durch eigene Sendungen, wie auch im Deutschen Bundestag diskutiert wurde. Zum zehnjährigen Jubiläum des *Sender Freies Berlin* (SFB) schrieb die SZ über die Schwierigkeiten, die der Sender bisher hatte, dem Übergewicht der DDR-Sender gegenüberzutreten. Dabei räumte der Autor der DDR sogar die schnelle Informationsverbreitung ein, die über die Sender verbreitet wurden. „Für die in den Untergrund gedrängten westdeutschen Kommunisten richteten sie sogar einen eigenen „Freiheitssender“ ein“, während dem SFB trotz Unterstützung durch den *Rundfunk im amerikanischen Sektor* (RIAS) ein wirkungsvoller Ausbau der technischen Anlagen versagt blieb.²⁰⁶ Der Ausbau der westdeutschen Sender als Gegenmaßnahme blieb auch weiterhin aus. 1969 schlossen die „Deutsche Nachrichten“ einen Artikel leicht konsterniert mit der Feststellung:

„Die politisch naive Bundesrepublik hat diesen vielfältigen ideologischen Einwirkungen kaum Gleichwertiges entgegenzusetzen. Etwas positiv in dieser Richtung wirkt die Europawelle „Saar“ und eventuell die „Deutsche Welle“. Die Jugendprogramme der anderen Sender unseres Staates aber leisten vielfach der APO Schützenhilfe und helfen ihr Zersetzen und Aufweichen. Und die verantwortlichen Stellen sehen diesem Treiben tatenlos zu.“²⁰⁷

Inhaltlich ging es in den 60er Jahren auch um die Sendungen für die Bundeswehr. Daß Sendungen des DFS 904 und des DSS 935 Wirkung zeigten, bezeugt ein Urteil des Bundesgerichtshofs. Der Berichterstatter der FAZ berichtete über Verurteilungen von Soldaten der Bundeswehr, die zuerst in die DDR desertierten, dann aber wieder zurückkehrten. In den Urteilen bestätigten die Richter den Einfluß der Rundfunksendungen, denn in den Wachstuben wurde der Freiheitssender abgehört, wie während des Prozesses ausgesagt wurde. Erklärt wurde die Faszination für die „Sowjetzone“ mit der „ungefestigten Natur“ der Soldaten. Anscheinend zeigten die Aufrufe des DFS 904 Wirkung, sich „dienstliche Mißhelligkeiten“ nicht gefallen zu lassen und „einfach in die Zone abzuhausen“. Die milden Urteile entsprächen zwar der Rechtspflege, den Lebensumstand der Angeklagten miteinzubeziehen, jedoch

²⁰⁵ vgl. Flüchtlingsanzeiger 10/66, S.5.

²⁰⁶ vgl. ebd. BY1/2304. Willy Kinnigkeit: Im Funkhaus an der Masurenallee. Seit zehn Jahren steht der Sender Freies Berlin im Ätherwettstreit mit der Ostzonen-Propaganda. SZ vom 1. Juni 1964, S.3.

²⁰⁷ vgl. SAPMO-BArch BY1/2305. Paul Hartmann: Rote Hetze im Äther – keine Gegenreaktion aus Bonn. Deutsche Nachrichten vom 1.8.1969, S.4.

könnten keine festen Maßstäbe für andere junge Menschen hergeleitet werden und keinerlei Abschreckung erzielt werden, so der Berichterstatter.²⁰⁸ Eine Forderung nach einem eigenen, westdeutschen Soldatensender blieb ebenfalls ohne Wirkung, obwohl man in der Bundeswehr durchaus Bedenken über das Abhören der Sendungen des DFS 904 hatte, wie ein Leserbrief an die *Welt* von 1964 bezeugt:

„Es ist außerordentlich bedenklich, wenn man in vielen Soldatenstuben nach dem Dienst den sogenannten „Freiheitssender 904“ hört. Die Auswirkungen der ständigen mit Tanzmusik kaschierten Berieselung mit kommunistischer Propaganda – geschickt verbrämt durch bekannte Tatsachen – auf den einfachen, in seiner staatsbürgerlichen und politischen Bildung wenig ausgereiften Soldaten sind nachhaltig und sollten zu denken geben.“²⁰⁹

Schließlich lieferten sich einige westdeutsche Zeitungen mit dem Sender 904 regelrechte publizistische Schlachten. Diese hatten ihre Ursache immer darin, wenn der Sender sich einer Vorlage einer westdeutschen Zeitung bemächtigte und diese als Quelle der Information angab bzw. den Artikel zu eigenen Gunsten mit den Methoden der Übertreibung, Verfremdung und Verallgemeinerung des Zusammenhangs veränderte. Allerdings stellte dies eher die Ausnahme dar.²¹⁰

Wie die Pressemeldungen insgesamt im kommunikationstechnischen Sinne zu bewerten sind, ist nicht einfach zu beantworten. Eine Steuersignalwirkung auf die Sendungen des DFS 904 kann nicht ausgeschlossen werden, läßt sich aber nur vermuten. Das Sammeln aller Zeitungsartikel über den Sender legt jedoch nahe, daß man sich durchaus Gedanken über die Wirkung machte. In der Anfangsphase läßt sich feststellen, daß die Redaktion auch auf publizistischem Wege Anfeindungen der Westpresse widersprach, zumeist über eigene Organe.²¹¹ Dies ist später nicht mehr zu sehen, Antworten wurden direkt über den Sender gegeben. Zudem war die Grundlage der meisten Informationen der DFS-904-Sendungen die gleichen Zeitungen, die auch selbst über den Sender berichteten.

²⁰⁸ vgl. SAPMO-BArch BY1/2302. FAZ im November 1961. Genaues Datum war nicht ersichtlich.

²⁰⁹ vgl. ebd. BY1/2304 Leserbrief von Bernd Basche, Oberleutnant zu See, Sahlenburg (Cuxhaven) an die *Welt* vom 16.11.1964

²¹⁰ z.B. Kölnische Rundschau vom 2.8.1958: Ostzonaler Sender will es besser wissen – Verhältnisse bei den KVB [Kölner Verkehrsbetriebe] in hetzerischer Weise mißdeutet – Die wirkliche Sachlage. vgl. SAPMO-BArch BY1/2302.

²¹¹ z.B.: November 1956 als der Sender der Gewerkschaftszeitung *Welt der Arbeit* widersprach, er beschäftige alte „Nazigrößen“. Dem Autor des Artikels war wohl entgangen, daß es sich um einen kommunistischen Sender handelte. vgl. SAPMO-BArch BY1/479 in Bezugnahme auf einen Artikel vom 2.11.1956.

Das Interesse an „Hörerfeedback“ läßt sich erst eindeutig ab Mitte der 60er Jahre feststellen, als man eine Deckpostfachadresse in Wien als Anschrift für den Sender benutzte.

3.3 Hörerreaktion

Zuvor gab es Rückmeldungen nur über die eigenen Kanäle der KPD, die von Empfangsbedingungen und Reaktion auf den Inhalt der Programme berichteten. Die Reaktionen auf Seite der SED wurden schon an anderer Stelle beschrieben, deshalb geht es in diesem Kapitel um die des Zielpublikums.

In der Anfangsphase des Senders gingen regelmäßig Berichte der verschiedenen illegalen westdeutschen KPD-Gruppen ein. Besonders der Verband in Schleswig-Holstein kritisierte die „schräge Musik“ des Senders. Man sollte statt dessen doch einmal „einen Querschnitt durch Operette und Volksmusik senden“.²¹² Die Genossen aus Nordrhein-Westfalen sprachen sogar von einer einheitlichen „Kritik gegen das Gedudel“. Der Sender solle sich doch selbst einmal abends von 10-11 Uhr „sich dieses Gekreische servieren lassen“. Grundsätzlich wünschte man sich „qualifiziertere Argumentation“. Dies gelte insbesondere für die Ungarn-Frage, man orientierte sich in dieser Sache deshalb eher nach dem offiziellen DDR-Deutschlandsender. Dem Sender stehe doch zum gegebenen Zeitpunkt schon mehr Material zur Verfügung, als wirklich benutzt werde.²¹³ Der Grundtenor, der Sender mache es sich bezüglich seiner Sendungen zu einfach, läßt sich auch in den anderen Berichten der Ortsgruppen feststellen. Allgemeine Parolen wie „Die Lumpen von der SPD können wir nicht wählen“, wurden als „billig und oberflächlich“ abgetan.²¹⁴ Die uneinheitliche Argumentationsweise, in einem konkreten Fall mal für eine Streikleitung, dann mal wieder dagegen, wurde ebenso als ein Manko der Sendungen empfunden.²¹⁵

Der Sender schien daher nach den ersten Wochen noch nicht seine Rolle gefunden zu haben und die nun verbotenen Tageszeitungen ersetzen zu können. Prallte die Kritik über die Musikauswahl auch an der Sendeleitung ab, wurden andere Vorschläge, wie einen täglichen Kommentar zu aktuellen Themen in das Programm aufzunehmen,

²¹² vgl. SAPMO-BArch BY1/479 Blatt 88;98. Bericht 9+10 vom 25.10.1956 und 1.11.1956 aus Schleswig-Holstein.

²¹³ vgl. ebd. Blatt 193.

²¹⁴ vgl. ebd. Blatt 170.

²¹⁵ vgl. ebd. Blatt 101.

positiv beschieden. Daß man sich Kritik stellte, wenn auch im sozialistischen Sinne, zeigten auch die Jahresversammlungen des Redaktionskollektivs, in denen, wie schon in einem der vorherigen Kapitel beschrieben, regelmäßig Programmkritik geübt wurde. Natürlich konnten die Berichte aus den Landesgruppen keinerlei Repräsentanz bezüglich der Hörerwirkung darstellen, da diese erst zusammengetragen und dann in zeitlichem Abstand an den Sender weitergeleitet wurden. Findige Hörer sendeten in den darauffolgenden Jahren z.T. Hörerbriefe an DDR-Behörden, insgesamt gingen von 1956 bis 1967 auf dieser Weise aus der Bundesrepublik 115 Briefe, aus der DDR 150 und dem Ausland 110 Briefe ein.²¹⁶ Eine direkte Hörerresonanz war offiziell erst mit der Einrichtung des Postfachs in Wien möglich. Am 5. Oktober gab der DFS 904 zum ersten Mal eine Adresse während der Sendung bekannt:

*Deutscher Freiheitssender 904, Postfach 248, A-1021 Wien, Österreich.*²¹⁷

Die Auswertung der Hörerpost ergab in der Quantität vom Zeitraum Oktober 1967 bis Oktober 1969, daß 695 Briefe aus der Bundesrepublik und eine etwas geringere Zahl von 516 Briefen aus der DDR kamen.²¹⁸ Aus dem Ausland erreichten den Sender nochmals 158 Briefe. Aufgeschlüsselt zeigten sich weniger deutlich die guten Empfangsgegenden des Senders, als daß eine funktionierende kommunistische Struktur am Zielort vorhanden war, die zum Hören und Schreiben animierte. Hauptsächlich aus Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Bayern meldeten sich Hörer zu Wort. Sieht man allerdings die genaue Zahl von Hörern, die 1968 aus der Bundesrepublik an den DFS 904 schrieben, mutet die Hörerzahl von 295 doch sehr gering an. Für die Hörerzahlen aus der DDR läßt sich von 1968 auf 1969 die Tendenz feststellen, daß diese stark abnahmen. Die interne Auswertung des Senders stellte fest, daß sich 25% der eingetroffenen Briefe mit politischen Themen befaßten. Der zusammengefaßt als „Jüngere Arbeiter, Studenten und Oberschüler, Rentner und ältere Angestellte“ bezeichnete überwiegende Anteil der Schreibenden verlangte Werbematerialien der KPD, beschäftigte sich mit aktuellen politischen Themen oder meldete sich mit persönlichen Anliegen an den DFS 904. Aus der DDR kamen größtenteils Zuschriften von Jugendlichen, die einen Musikwunsch äußerten. Man stellte „in

²¹⁶ vgl. SAPMO-BArch BY1/1718.

²¹⁷ vgl. ebd.; vgl. Scheer/Steffens, Roter Schwarzfunk, S. 18.

²¹⁸ vgl. SAPMO-BArch BY1/1718.

vielen dieser Briefe [...] eine gute Haltung zu ihrem Staat“ fest.²¹⁹ Neben Bekunden, man möchte der KPD beitreten, kamen aber auch einige Briefe, in denen der Sender beschimpft wurde. Da wurden die Redaktionsmitglieder schon einmal als „niederträchtige Schweine“ titulierte und nachgefragt „wann wird den Geknechteten in der Ostzone eine Gelegenheit gegeben, durch freie Wahlen zu bekunden, wie er leben möchte“²²⁰ oder süffisant bemerkt, man solle doch statt immer gegen den Imperialismus der Bundeswehr mal in die Tschechoslowakei schauen, wo doch die eigenen Truppen stünden.²²¹

Die Hörerpost wurde vom Sender von Anfang an als ein weiteres Feld der Agitation begriffen. Der „Beschluss über Bearbeitung von Hörerbrieffen“ vom 29.11.1967 beschrieb die Arbeit mit den Hörerbrieffen als „ein Teil unseres politischen Kampfes, unseres Parteauftrages“. Vom Status des „illegalen Kampfsenders“ sei daher auch nur die Post zu beantworten, die politischen Inhaltes sei. Zur Beantwortung wurde eine einstündige Sendung Mittwochs von 21.30 bis 22.30 Uhr veranschlagt, in der ohne Nennung der Familiennamen und Adressen der Schreiber auf Wünsche in einer „gestalteten Musiksendung“ eingegangen wurde. Lediglich Briefe negativen Inhaltes sollten unter vollem Namen und Absender des Adressaten verlesen werden.²²² Die Vorlage des Beschlusses enthielt auch genaue Angaben, was mit negativen Briefen aus der DDR zu geschehen habe. Diese sollten von „Rüdiger“ ans Sekretariat gesendet werden, von wo aus sie an das ZK der SED übergeben wurden. Im konkreten Fall wurde in der Vorlage ein Brief einer Studentin aus Karl-Marx-Stadt beschrieben, „der üble Verleumdungen und Beschimpfungen enthält“. Im Beschluss wurde dann zusätzlich noch festgehalten, die Post aus der DDR „in keiner Weise“ zu beantworten. Die bisherige Praxis, nur den Namen bei Wünschen ohne das Land DDR zu nennen, hätte aufzuhören, da dieses die Gefahr in sich barg „in einen bestimmten Widerspruch zu geraten mit dem, was hier der Jugend gelehrt wird“ und zudem der Hörerkreis in der DDR noch größer wird. Das Einschalten Jugendlicher aus der DDR ließe sich schließlich nicht verhindern.²²³ Daß Briefe, die ans ZK der SED weitergeleitet wurden, möglicherweise auch der Staatsicherheit übergeben

²¹⁹ vgl. SAPMO-BArch BY1/1718.

²²⁰ DeutschlandRadio Interview. Zitat aus Hörerpost.

²²¹ vgl. SAPMO-BArch BY 1/1718.

²²² vgl. ebd.

²²³ vgl. ebd.

wurden, wollte Heinz Priess in der Erinnerung nicht ausschließen, aber auch nicht bestätigen.²²⁴

Interessanterweise forderte man von der Sendeleitung noch zusätzliche Deckadressen, über die Hörer den Sender erreichen könnten. Von Wien aus wurden die Briefe in immer längeren Abständen via der ZK-Abteilung „Verkehr“ an den Sender geleitet. Die eigene Sicht der Dinge über die Wirkung der Sendungen ließ die Forderung nach mehr Adressen in Helsinki, Stockholm oder Rom aufkommen:

„Da der Gegner alles versuchen wird, diese Postadresse zu liquidieren und auch die Gefahr besteht, ist es notwendig, sofort Ersatzadressen zu beschaffen.“²²⁵

Zur Umsetzung dieser Forderung vom 29.11.1967 kam es allerdings in den letzten Jahren der Sendergeschichte nicht mehr. Vielmehr zeigte sich im folgenden Jahr durch die Anbahnung der Gespräche zur Gründung einer neuen kommunistischen Partei in der BRD, welches das bisherige Informationsmonopol des Senders als Stimme aller Kommunisten, insbesondere der KPD, aufzuweichen drohte. Ein legaler Status von Kommunisten in der BRD stellte zwangsläufig auch einen illegalen „Kampfsender“ in Frage. Schwerwiegend war dann für den Sender auch der Weggang vieler der westdeutschen Redakteure. Sie sollten sich zum Teil aktiv an Sondierungsgespräche zur Gründung der DKP beteiligen.

4. Das Ende des DFS 904

Am 4. Juli 1968 fand im bundesdeutschen Justizministerium ein Treffen mit Vertretern der KPD statt, unter ihnen die zuvor beim DFS 904 tätig gewesene Grete Thiele, Bundesjustizminister Heinemann und sein Staatssekretär Horst Ehmke.

Über den Ablauf des Gesprächs gibt es verschiedene Versionen. Laut der ersten offiziellen westdeutschen Überlieferung, betonte Grete Thiele zu Beginn des Gespräches, daß inzwischen ein Konsens in Reihen der Bundesregierung bestehe, der das KPD-Verbot als „politisch falsch“ betrachte. Heinemann jedoch rekapitulierte, laut dieser von Wilhelm Mensing 1989 publizierten Version, Argumente, die gegen eine Wiedezulassung sprächen. Die KPD-Gesandten akzeptierten angeblich diese

²²⁴ vgl. Interview im DeutschlandRadio.

²²⁵ SAPMO-BArch BY 1/1718.

Aussage und nahmen auf das Angebot Bezug, über eine Neugründung zu sprechen.²²⁶ Um Bedenken zu zerstreuen, daß eine neue Partei als Nachfolgeorganisation wiederum verboten werden könnte, wies Heinemann darauf hin, die neue Partei müsse nach Artikel 21 des Grundgesetzes agieren. Dies zeige sich u.a. an einem demokratischen Aufbau. Die Parteispitze dürfe sich nur nach freien und geheimen Wahlen zusammensetzen und das Parteiprogramm nicht die Beseitigung des derzeitigen Staats- und Verfassungsgefüge beinhalten.²²⁷ Das zuvor neuvorgelegte Programm der KPD enthalte jedoch wiederum Punkte, die zu ihrem Verbot 1956 geführt hätten.²²⁸ Adolf Broch erinnert sich dagegen an ein Gespräch, das er mit Grete Thiele über diesen Vorgang hatte, in der sie ihm ihre Version des Treffens mit Heinemann schilderte. Danach war Heinemann der Meinung, das KPD-Verbot sei wirklich eine „Eselei“. Heinemann hätte das Problem aus nächster Nähe gekannt, als Verteidiger von Kommunisten aus zahlreichen auch für ihn „skandalösen“ Prozessen. Er argumentierte daher gegenüber den KPD-Leuten überzeugend, eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag für die Aufhebung des Verbots sei nicht zu erreichen. Deshalb empfehle er eine „Neugründung“.²²⁹

Die Motivlage für eine Neugründung kam vermutlich zusätzlich von jüngeren KPD-Leuten aus der BRD, die seit 1967 auf eine solche Version drängten. Walter Ulbricht schien für eine Gründung der DKP gewesen zu sein, soll aber demonstrativ dazu gesagt haben, es dürfe keine zweite KPD werden.²³⁰ Viele der älteren KPD-Anhänger blieben auch erst einmal in Wartestellung,²³¹ was vermutlich einer der Gründe war, warum der DFS 904 nach der Gründung der DKP am 26. September 1968 erst einmal weiterlief. Die DKP setzte sich eher aus den Leuten der dritten Reihe der KPD zusammen, um ein Verbot als Nachfolgeorganisation zu verhindern. Der Mann im Hintergrund, Max Reimann, war wenig begeistert von der neugegründeten DKP und sah darin eher ein Verrat an der Partei Thälmanns. Erst als der engere KPD-Kreis um Reimann ihn massiv unter Druck setzte, stimmte Reimann zähneknirschend zu. Allerdings rächte sich Reimann an der DKP nochmals mit einem Interview im „Spiegel“, in dem er die DKP „faktisch in die Pfanne haute“.²³²

²²⁶ vgl. Mensing, Wir wollen unsere Kommunisten wieder haben. S; 15f.

²²⁷ vgl. ebd. S. 17 f. Mensing hatte kein Zugriff auf KPD-Informationen.

²²⁸ vgl. Fülberth, S. 112.

²²⁹ Diese Informationen sandte Adolf Broch dem Verfasser.

²³⁰ Adolf Broch erinnert sich daran, dies von einem Bekannten aus dem ZK der SED erfahren zu haben.

²³¹ vgl. Fülberth, S.118.

²³² Interview mit Adolf Broch.

Der Sender fuhr in der Zwischenzeit weiter sein Programm auf Linie der KPD. Reimann wurde in der Zwischenzeit vom Parteivorstand der DKP weiter bearbeitet, bis er schließlich einwilligte, Ehrenvorsitzender der neuen Partei zu werden. Dies wäre schon seit 1968 möglich gewesen, nachdem am 18. Oktober 1968 der Haftbefehl gegen ihn in der BRD aufgehoben wurde. Am 27. September 1971 war es dann schließlich soweit: Reimann trat der DKP bei und wurde einstimmig aufgenommen.²³³ Drei Tage später verschwand der DFS 904 sang und klanglos ohne Abschiedssendung aus dem Äther. Der Beitritt Reimanns war aber nur einer der Gründe, die das SED-PB veranlaßten, den Sender am 30. September 1971 abzuschalten. Gleichzeitig betonte die DDR ab 1. Oktober ihre staatliche Abgrenzung gegenüber der BRD durch Umbenennung des *Deutschlandssenders* in *Stimme der DDR*.²³⁴ Die Parteigruppe am Sender löste sich am 26.10.1971 auf und bedankte sich im Abschlußprotokoll bei den Genossen der SED:

„Die KPD-Parteigruppe am Deutschen Freiheitssender 904 dankt der Parteiführung der SED, den anderen beteiligten Stellen, sowie allen Genossen aus der DDR für ihre Unterstützung, die uns die Möglichkeit gab, mehr als 15 Jahre mit dem Instrument des Deutschen Freiheitssender 904 der Meinungsmanipulation in der Bundesrepublik entgegenzutreten und in der Arbeiterklasse für Frieden, Demokratie und Sozialismus zu wirken.“²³⁵

Die politischen Lager hatten sich insoweit vorsichtig angenähert, daß ein Sender wie der DFS 904 als Zeichen des guten Willens abgeschaltet wurde. Dies ist im Abschlußprotokoll aber nicht vermerkt oder bewertet worden.

Die bundesdeutsche Presselandschaft ging sogar noch einen Schritt weiter und deutete die Abschaltung des Senders als eine Geste, mit „der die DDR das Ende der verfassungswidrigen KPD signalisieren“ wollte, auch wenn eine Abschaltung des Senders nie in den Annäherungsgesprächen der Staatssekretäre Bahr und Kohl ein Hauptpunkt gewesen war.²³⁶

Auch die veränderte Medienlandschaft in Deutschland ist als einer der Gründe zu sehen, die zur Auflösung des DFS 904 führten.

²³³ vgl. Mensing, S.75.

²³⁴ vgl. SAPMO – BArch DY30 J IV2/2/1355 Politbürositzung vom 21. September 1971 14/71. Punkt 6 hält lapidar fest: „Der Sender 904 stellt seine Tätigkeit ein“.

²³⁵ vgl. ebd. BY 1/ 2313.

²³⁶ vgl. ebd. BY1/2305. Der *Spiegel* Nr. 42 vom 11.10.1971; *Hamburger Morgenpost* vom 7.10.1971. Im SAPMO-BArch läßt sich bezüglich der Gespräche Bahr-Kohl nichts über den Sender finden. Dies sei aber am Rande erörtert worden, so die *Frankfurter Rundschau* am 6.7.1972.

Der DFS 904 startete 1956 auf Mittelwelle in einer Zeit, in der aktuelle Schlagermusik in westdeutschen Rundfunkstationen Mangelware war. Die Medienlandschaft änderte sich aber in den folgenden Jahren grundlegend. Der starke Ausbau des UKW-Sendenetzes in BRD und DDR ermöglichte den Empfang von Rundfunksendungen in besserer Qualität, als er auf der Mittelwelle jemals möglich war, schränkte allerdings die Reichweite erheblich ein. Die westdeutschen Sender lernten dazu, indem sie sich stärker an den Publikumsgeschmack anlehnten. Der Erfolg des Fernsehen war gleichzeitig unaufhaltsam und löste den Rundfunk als Primärmedium ab.²³⁷ Die geringe Anzahl der Hörerpost für den DFS 904 Ende der 60er Jahre sprachen eine deutliche Sprache. Die Mittelwelle und der Rundfunk hatten stark von ihrer ehemaligen Bedeutung eingebüßt, die Masse der Zuhörer schaltete nicht mehr ein. Dem DFS 904 stand jedoch keine andere Möglichkeit zur Verfügung, als weiterhin über Mittelwelle zu versuchen, sein Publikum zu erreichen. Schließlich kann eine weitere Ursache im Wechsel an der Staats- und Parteispitze der DDR gefunden werden. Walter Ulbricht wurde am 3. Mai 1971 gestürzt. Es folgte Erich Honecker als 1. Parteisekretär. Max Reimann verlor dadurch einen seiner großen Fürsprecher. Er wurde als Ehrenvorsitzender der DKP quasi entmachtet und durfte seinen Lebensabend mit dem Erzählen „revolutionärer Geschichten“ verbringen.²³⁸

Der *Deutsche Freiheitssender 904* hatte ausgedient. Von der KPD blieb nach 1971 außer dem Ritual, eine Aufhebung des Verbots am Jahrestag der Verkündung des Urteils durch das Bundesverfassungsgericht zu verlangen, nicht mehr viel übrig.

²³⁷ vgl. Axel Schildt: Massenmedien im Umbruch der fünfziger Jahre. In Wilke, Mediengeschichte, S. 639 ff.

²³⁸ vgl. Interview Broch.

III – Ergebniszusammenfassung und Bewertung

Der Sender ist wegen seiner festen Stationierung in der DDR, ohne deren offizielle Bestätigung, als Grausender zu bezeichnen. In seiner 15jährigen Sendezeit befolgte der Sender seinem von SED und KPD gegebenen Auftrag als Organ der illegalen KPD. Die Finanzierung des Senders erfolgte durch die SED, konkrete Beträge ließen sich aber nicht mehr feststellen.

Die maßgebliche Rolle im Programminhalt des Senders spielte sein Feindbild, wie sich an der Sprache feststellen läßt. Bundesregierung, Wirtschaft und Militär der BRD waren die Hauptziele der Angriffe des DFS 904. Regierung und Militär wurden immer wieder in bezug auf das III. Reich gestellt. Dies erfolgte in den Programmen entweder durch direkte Nennung von früheren Nationalsozialisten in ihrer damaligen und aktuellen Position, durch Verwendung von pejorativen Wörtern des nationalsozialistischen Wortschatzes im Zusammenhang mit diesen Personen oder Vorgängen, die von ihnen ausgelöst wurden, oder indirekt durch Unterstreichung der vermeintlich anderen, fortschrittlichen geschichtlichen Tradition, in der sich Kommunisten gesehen haben. Diese drückten sich in den Schlagworten „Frieden, Entspannung“ und „Abrüstung“ aus.

Diese programmatische Vorgehensweise blieb während der gesamten Sendezeit des DFS 904 gleich. Informationen aus der Bundesrepublik, zumeist aus Tageszeitungen oder der *dpa* entnommen, wurden im kommunistischen Sinne verändert bzw. durch Material der Presseabteilungen der SED und KPD ergänzt und in den Programmen verarbeitet. Dies erfolgte zumeist auf spekulativem Wege, d.h. Andeutungen in Presseartikeln wurden als weitere Tatsachen dargestellt. Verstärkt wurden „Enthüllungen“ durch mehrfache Wiederholung im Programm und deren Verallgemeinerung. Schließlich ging es dann nicht mehr um einen einzelnen „Skandal“, sondern um die grundsätzlich zu verändernde Situation in der BRD, die sich nur in dem vermeintlichen „Skandal“ einmal mehr ausgedrückt hätte. Sprachlich suggerierte der Sender in seinen verbreiteten Informationen zusätzlich eine Art Allgemeingültigkeit durch wiederholende Aussagen zur angeblich negativen Stimmungslage in der Bevölkerung der BRD. Dies geschah durch Verwendung von vereinnahmenden Phrasen, wie „Wir hier in der BRD“ oder „bei uns“. Beim Zuhörer sollte immer wieder der Eindruck entstehen, die BRD befinde sich in einer ständigen

wirtschaftlichen Krise und werde durch ehemalige Nationalsozialisten kontrolliert, welche die Verfassung außer Kraft setzen wollen.

Konkrete Politik versuchte man über spezielle Programme für einzelne Gruppierungen innerhalb der BRD zu betreiben. Vor allem die Sendung *Hier spricht die KPD* war als Anleitung für die illegalen Gruppen gedacht, auch wenn sich Aktionen der Anfangsphase, wie das Durchgeben vollständiger Texte zur Erstellung von Flugblättern, im beobachteten Zeitraum nicht mehr feststellen ließen. Es ging darum, eine starke aktive Politik der KPD in der BRD zu vermitteln, die es allerdings so schon vor dem Verbot nicht mehr gegeben hatte. Dies kam deutlich in den Gewerkschaftssendungen zum Ausdruck, in denen Programmentwürfe derselbigen analysiert werden und Verbesserungsvorschläge geliefert wurden, ohne aber Programme westdeutscher Gewerkschaften grundsätzlich ändern zu können. Man beschränkte sich daher eher auf allgemeine Appelle, z.B. dem rechten Flügel der SPD nicht zu viel Macht einzuräumen. Es liegt die Vermutung nahe, der Sender schien sich hier nicht ganz sicher, ob durch bloße doktrinäre Darlegung der eigenen Standpunkte nicht gänzlich auf eine kommunistische Stimme in der BRD durch die Adressaten der Sendungen verzichtet würde und den Kommunisten dadurch die letzte Tür zu gesellschaftlichen Gruppen verschlossen würde. So glaubte man noch halbwegs an die Möglichkeit, mit den „fortschrittlichen Kreisen“ in Aktionsgemeinschaft treten zu können und betrachtete sich, in Verkennung der eigene Lage, als einzige Organisation, die dies bewerkstelligen könne. Deutlich einfacher war daher die *Sendung für die Bundeswehr* zu gestalten, konnte hier doch das traditionelle Feindbild von Militarismus und Imperialismus gepflegt werden. Die Sendung war in ihrer Wirkung auch die erfolgreichste. In vielen Stuben der Bundeswehrkasernen lief abends ab 21:00 Uhr der DFS 904, wenn auch eher wegen der aktuellen Schlagermusik. Trotzdem schien die Sendung einige unzufriedene Soldaten zu überzeugen, wie Presseberichte bestätigten. Der Erfolg der Sendung läßt sich auch daran ablesen, daß die DDR der Sendung einen eigenen Soldatensender beigesellte.

Die ostdeutsche Presselandschaft nahm den Sender als eine Quelle für enthüllende Nachrichten auf, wie die diversen ADN-Meldungen bezeugen. Dadurch sollte der Sender als eine investigative journalistische Quelle gewürdigt werden und davon ablenken, daß man sich eigentlich zumeist westlicher Presseerzeugnisse als Quelle bemächtigte. Die Westpresse hatte für den Sender eher die Bedeutung einer

günstigen Informationsquelle und Ideengeber für Beiträge. Die Berichte der westdeutschen Zeitungen stellten für den DFS 904 unabhängig ihres Inhaltes eine Bestätigung ihrer Arbeit dar, wie sich an der ausführlichen Artikelsammlung im Redaktionsarchiv ablesen läßt. Beeinflußt haben sie die Sendungen nur wenig, da es sich um Erzeugnisse des Gegners gehandelt hat. Diese wurden nur in sehr extremen Fällen, in denen der Sender besonders schlecht wegkam, mit Dementis beantwortet.

Das Selbstbild des Senders in der Tradition der Antifaschisten und Antimilitaristen beruhte zum größten Teil auf die leitenden Mitarbeiter des Senders. Diese kannten sich zum Großteil aus gemeinsamer Zeit im spanischen Bürgerkrieg, wo man u.a. für den ersten *Freiheitssender* arbeitete. Hinzu kamen noch Erfahrungen aus Verfolgung unter Hitler und die Vorgänge um das Verbotsverfahren der KPD, die ihr Bild vom DFS 904 als eine Art aktiven Widerstand gegen die sich „refaschisierende“ BRD stark beeinflussten. Diese antifaschistische Tradition wurde daher nicht im Sinne der später mythologisierenden Form der DDR zelebriert, sondern aus den persönlichen Erfahrungen der Redakteure und Verantwortlichen des DFS 904 heraus aktiv gelebt.

Das Metabild war dadurch natürlich sehr getrübt. Man sah sich oder wollte sich als ständiges Ziel der BRD-Geheimdienste sehen, auch wenn eine Gefahr unmittelbar nicht bestand, sendete und produzierte man doch vom Gebiet der DDR aus. Die Logik des Kalten Krieges aber ließ dem vermuteten Bild des Gegners über den Sender nur wenig Spielraum. Eine Verfolgung fand, wie das eifrige Transkribieren der Sendungen und die weiteren polizeilichen Maßnahmen gegen Kommunisten in der BRD zeigten, auch statt, aber es lag eine starke Beeinflussung durch das Selbstbild vor. Dieses Selbstbild beeinflusste das Bild des Gegners über den DFS 904 dahingehend, daß von einer besonderen Machtstellung des Senders in Form eines Informationsmonopols für kommunistische Ideen in der BRD ausgegangen wurde, welches die staatlichen Organe der BRD zum Zittern bringen könne. Man wollte zudem ein Teil des illegalen Kampfes sein, der gegen das Verbot der KPD anzukämpfen hatte. Diese Teilnahme am Untergrundkampf war im sicheren Hafen der DDR nur durch das Konspirationsgebot beim Sender zu erreichen bzw. zu simulieren, das als Kitt des Senders funktionierte und die Redakteure motivieren sollte. Diese fanden aber das konspirative Verhalten um den Sender eher belastend, weshalb in Parteiversammlungen am Sender den Mitarbeitern die Regeln immer wieder unter Hinweis auf Aufgabe und Struktur des Senders eingeschärft werden mußten. Die von der Sendeleitung immer wieder gewünschte Einhaltung der

Trennung von Agitationsdiskussion innerhalb der Redaktionssitzungen und Propagandafragen im Bereich der Parteigruppensitzungen ließ sich wegen der Personalunion beim Sender nie richtig verwirklichen. Zudem hatte die Redaktion für sonstige DDR-Rundfunkverhältnisse eine starke Autarkie. Eine Endabnahme vor Ausstrahlung der Sendungen gab es nicht. Diese war aber auch nicht nötig, da alle Redakteure 100 % von ihrer geforderten Aufgabe überzeugt waren und viele bewährte und erfahrene kommunistische Journalisten zum Sender berufen wurden. Die Aufspaltung in verschiedene Gruppen im Sender und der dadurch erhoffte Wettbewerb untereinander wurde durch die Macht des gewohnten Tagesablaufs in der Redaktion untergraben.

Ein Wettbewerb innerhalb des Senders hätte auch keinerlei Auswirkungen auf das Produkt gehabt, nämlich die Sendungen und ihre Wirkung beim Zielpublikum. Diese war sowieso schon durch eine schlechte Frequenz stark eingeschränkt. Das Feedback in der Anfangsphase war dementsprechend. Bei der Frequenz konnte nur minimal durch geringfügige Abwanderung 4 kHz höher reagiert werden, anders bei Informationen zum Programm. Hier wurde die Rücksprache mit den KPD-Landesverbänden in der BRD als Gradmesser verwendet, wenn auch nicht auf alle Kritikpunkte eingegangen wurde. Immerhin kam man der Aufforderung nach, einen täglichen Kommentar einzuführen. Bei der Musik zeigte man sich kompromißloser, die aktuelle Schlagermusik war ein zu gutes Lockmittel, unpolitische Hörer der BRD an den Sender zu binden. Man versäumte es jedoch, ein regelmäßiges „Feedback“ einzufordern und wollte sich diesem auch nicht stellen. Daher arbeitete der DFS 904 eindeutig nach einem linearen Kommunikationsprozeß, gemäß der Auffassung Maletzkes. Reaktionen von Seiten der KPD und SED können nur eingeschränkt, z.B. im Falle der Rückmeldungen der einzelnen Landesverbänden der illegalen westdeutschen KPD, oder überhaupt nicht, wie im Falle der Auswertungen der SED, als „Feedback“ gewertet werden, da es sich hier um einen Teil der Kommunikatoren handelte. Reaktionäre Rückmeldungen und Aufforderungen von Seiten der SED torpedierten die Bemühungen, ein Sender für Westdeutschland zu sein. Bestätigt wird dieser Mangel an Bewußtsein, ein „Feedback“ zur besseren Wirkung des Senders auszuwerten, an der späten Einführung einer Postadresse. Diese ergab für die Verantwortlichen nicht die Möglichkeit einer Rücksprache, sondern nur eine weitere Möglichkeit der Agitation. Die relativ geringe Zahl der Briefe für einen Sender dieser Sendeleistung zeigten eher ein Desinteresse an politischer Diskussion

beim Hörer, viele der Briefe enthielten zudem lediglich Musikwünsche. Auch hier zeigten sich wiederum die Versäumnisse, die man in der Konzeption des Senders nicht beachtete: Der Geheimsender mußte sich den neuen Entwicklungen in einer veränderten Medienlandschaft geschlagen geben. Zwar versuchte man die Empfangsbedingungen seitens der KPD durch eigene Vorschläge zu verbessern, begrub diese Vorschläge jedoch wieder schnell nach Ablehnung durch die SED und begnügte sich mit der schlechten Ausgangsbasis auf der zugeteilten Mittelwellenfrequenz. Eine Wirkung in Form eines vom Sender gewünschten Ideologietransfers im Sinne des kommunistischen Kommunikationsmodells kann daher ebenso angezweifelt werden. Dies war wohl auch der SED klar, wie sich an der Kritik Materns am Sender zeigte, konnte aber nicht maßgeblich verändert werden. Vielleicht reichte der SED schon der Wirbel, den der Sender in Bonn verursachte. In der Agitation war der Sender durchaus erfolgreich, denn er konnte getreu der Vorgabe Lenins durch ständige Beispiele die vermeintlichen Schwächen des Kapitalismus aufzeigen. Der kollektive Organisator war der Sender aber möglicherweise nur in der Anfangsphase, später konzentrierte er sich fast ausschließlich auf massive agitativa Zersetzung. Als Propagandist mag der Sender nur für die versprengten KPD-Gruppen hilfreich gewesen sein, ein Ersatz für die durch das Verbot eingestellten offiziellen Tageszeitungen konnte er niemals sein. Dem dialektisch-kritischen Massenkommunikationsansatz kann der Sender daher auch nicht gerecht werden, da die fehlende Möglichkeit der „Masse“ am Kommunikationsgeschehen teilzunehmen, durch die eigene Definition als Geheimsender nicht gegeben sein konnte und man diesen auch nicht wollte. Allerdings hatte die Definition und das Verhalten als ein Geheimsender dem DFS 904 in der DDR etwas Spielraum verschafft, den offizielle Sender durch die sonstige diplomatische Funkstille zwischen Bonn und Ost-Berlin nie bekommen hätten. Um bei der bundesdeutschen Bevölkerung Gehör zu finden mußte man sich dem westlichen Geschmack anpassen. Die Schlagermusik war das Mittel, die kommunistischen Ideen besser zu verpacken. Der Spielraum war allerdings nicht groß genug, um auch die inhaltliche Gestaltung der Wortprogramme variabler zu gestalten. Völlig abhängig vom Geld der SED hatte der Sender die Gradwanderung zu bestehen, auch dem Geschmack und den Vorstellungen der SED-Mächtigen im Programm wenigstens ansatzweise Genüge zu tun. Dieser unterschied sich erheblich von dem der Bevölkerung, wie man auch in den offiziellen Programmen des DDR-

Rundfunks hören konnte. Daher schaltete die Bevölkerung der DDR, insbesondere die Jugend, immer wieder den DFS 904 ein und brachte die Mächtigen der DDR in Erklärungsnot. Das falsche Publikum in der DDR und die Finanzierung durch die SED verhinderte eine weniger starke, vom konträren Klassenstandpunkt ausgehende Argumentationsweise in dieser Form, wie sie teilweise in den Gewerkschaftssendungen als konstruktive Kritik vorkam. Die stark einseitige Argumentationsweise verprellte daher auch die meisten westdeutschen Zuhörer, die schließlich auch nur noch wegen der Musik einschalteten. Der Sender konnte nicht glaubhaft transportieren, aus dem Gebiet der BRD zu senden und für die freiheitlichen Rechte der Verfassung der BRD einzutreten.

Inhaltlich warb der Sender bei seinen Hörern immer um Entspannung zwischen DDR und BRD im Sinne seines beherbergenden ostdeutschen Staates. Als sich diese Entspannung, für die der Sender und die KPD jahrelang geworben hatten, Ende der 60er Jahr behutsam abzeichnete, war der Sender eines der ersten Opfer. Der DFS 904 als Werber für angebliche Entspannung schien nun genau dieser im Wege zu stehen. Der lineare Kommunikationsprozeß verhinderte eine rechtzeitige Anpassung an die neuen politischen Gegebenheiten. Er hatte seine Existenzberichtigung nur solange aufrecht erhalten können, wie sich die Ausgangslage von 1956 für eine kommunistische Partei nicht veränderte und sich die beiden deutschen Staaten starr in ihren jeweiligen Bündnissen bewegten, die keinerlei Spielraum für innerdeutsche Beziehungen übrig ließen. Wenn sich auch die Entspannung als trügerisch erwies, so änderten sich wenigstens die „Spielregeln“ des Kalten Krieges zwischen den beiden deutschen Staaten ein wenig, so daß sich auch die Waffen im Ätherkrieg änderten. Der DFS 904 war so gesehen seit dem Amtsantritt Honeckers für die SED nicht mehr als eine Waffe in diesem Ätherkrieg gegen Bonn. Eine neue legale kommunistische Partei in der BRD entzog dem DFS 904 sein für die BRD behauptetes kommunistisches Informationsmonopol. Nach seiner Abschaltung geriet er deshalb auch schnell in Vergessenheit.

IV – Quellen-, Literatur- und Abkürzungsverzeichnis

1. unveröffentlichte Quellen

SAPMO-Bundesarchiv Berlin:

BY1	Kommunistische Partei Deutschlands
DY30/IV A2/10.02	SED Agitationskommission (Westabteilung)
DY30/IV 2/2028	Büro Albert Norden
DY30/IV 2/9.02	ZK der SED, Abteilung Agitation
DY30/IV 2/6.05	ZK der SED, Abteilung Verkehr- und Verbindungswesen
DY30/ J IV 2/2/	Politbüro der SED
NY/4076	Nachlaß Albert Norden

Deutsches Rundfunkarchiv, Potsdam:

Zeitungssammlungen der Abteilung Schriftgut

Freie Universität Berlin, Bibliothek Publizistik:

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Abteilung Nachrichten:
Deutscher Freiheitssender 904. Transkription der Sendungen 1964 – 1970.

2. veröffentlichte Quellen

Verhandlungen des Deutschen Bundestages / Drucksachen. 3. Wahlperiode.
Bonn 1961.

Archiv der Gegenwart. Band 2. 1953-1957. St. Augustin 2000.

Priess, Heinz: Spaniens Himmel und keine Sterne. Ein deutsches Geschichtsbuch. Erinnerungen an ein Leben und ein Jahrhundert. Berlin 1996.

3. verwendete zeitgenössische Periodika

Berliner Zeitung, Bild, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Eulenspiegel, Flensburger Tageblatt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Hamburger Morgenpost, Industriewarndienst, Informationen für die Truppe, Junge Welt, Kölnische Rundschau, Neues Deutschland, Saarländische Stimme der Freiheit, Flüchtlingsanzeiger, Freiheit, SBZ-Archiv, Der Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Unsere Zeit, Wehrausbildung in Wort und Bild, Die Welt, Welt der Arbeit, Die Zeit

4. Radiosendungen und Tonträger

Perl, Angelika u. Kainz, Peter: **Der Laubfrosch hat die Farbe gewechselt.** Geheimes Radio im Kalten Krieg. DeutschlandRadio Berlin 2000.

Manuskript unter:

http://www.radiobremen.de/rb2_archiv/feature/2001/20010819.shtml

5. Interviews

mit Adolf und Christa Broch in Düsseldorf persönlich und telefonisch im Zeitraum November 2002 bis April 2003.

6. Lexika

Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation. Hrsg. v. Elisabeth Noelle-Neumann, Winfried Schulz u. Jürgen Wilke. Frankfurt/Main 1991.

Kleines Politisches Wörterbuch. Hrsg. v. einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Gertrud Schütz. Berlin (Ost) 1988.

Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Hrsg. v. Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgoß u. Dieter Hoffmann. Bonn 2001.

7. Literatur, Dokumentationen

Bender, Peter: Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. München 1996.

Bergmann, Helmut: Freiheitssender und Soldatensender – eine deutsche Episode. In: Funk-Amateur 4 (2001), S. 376-377.

Boelcke, Willi A: Die Macht des Radios. Weltpolitik und Auslandsrundfunk 1924–1976. Frankfurt/Main 1977.

Frei, Daniel: Wie Feindbilder entstehen. In: Feindbild. Geschichte – Dokumentation -Problematik. Hrsg. von Günther Wagenlehner. Frankfurt/Main 1989, S. 222-226.

Fricke, Karl Wilhelm: Klassenkampf auf illegalen Frequenzen. Die Agitation des kommunistischen „Freiheitssender 904“ und des „Deutschen Soldatensenders“. In: Der Wahrheit verpflichtet. Berlin 2000, S. 474-480. Wiederabdruck aus: SBZ-Archiv 12 (1961). S.218-220.

Fülberth, Georg: KPD und DKP 1945-1990. Heilbronn 1990.

Gibas, Monika: Ideologie und Propaganda. In: Die SED. Geschichte –Organisation - Politik. Ein Handbuch. Hrsg. von Andreas Herbst, Gerd – Rüdiger Stephan u. Jürgen Winkler. Berlin 1997, S. 241-262.

Kaase, Max: Massenkommunikation und Massenmedien. In: Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Hrsg. v. Bernhard Schäfers u. Wolfgang Zapf. Bonn 2000. S. 460-471.

Klocksinn, Jens Ulrich: Kommunisten im Parlament. Bonn 1993.

Koszysk, Kurt u. **Pruys, Karl Hugo**: Handbuch der Massenkommunikation. München 1981.

Lerg, Winfried B. u. **Schulte-Döinghaus, Ulrich**: Der Rundfunk und die kommunistische Emigration. Zur Geschichte des „Deutschen Freiheitssenders“ 1937 – 1939. In: Rundfunk und Politik 1923 bis 1973. Beiträge zur Rundfunkforschung. Hrsg. von Winfried B. Lerg und Rolf Steininger. Berlin 1975. (= Rundfunkforschung Band 3), S. 179-214.

Löser, Horst: Der politische Geheimsender. In: DW Handbuch für internationalen Kurzwellenrundfunk 72. Hrsg. von der Deutschen Welle. Berlin 1971, S. 31-39.

von Löwis of Menar, Henning: Die Rolle des Rundfunks im Ost-West-Konflikt. In: Handbuch der Deutschen Außenpolitik. Hrsg. von Hans-Peter Schwarz. München 1975, S. 533-553.

Maletzke, Gerhard: Massenkommunikationstheorien. Tübingen 1983.

Die Massenmedien der DDR. Presse, Rundfunk, Fernsehen und Literaturbetrieb im Dienste der SED. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1983.

Mensing, Wilhelm: Wir wollen unsere Kommunisten wieder haben... . Demokratische Starthilfen für die Gründung der DKP. Zürich und Osnabrück 1989.

Riedel, Heide: Hörfunk und Fernsehen in der DDR. Funktion, Struktur und Programm des Rundfunks der DDR. Hrsg. vom Deutschen Rundfunk-Museum. Köln 1977.

Der Rundfunk in der Sowjetzone. Eine Übersicht über Organisation, Programmgestaltung, Sender und Agitationsarbeit des Rundfunks in der Sowjetzone. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1961.

Sartoris, Stephan: Konfrontation im Äther. Dargestellt am Beispiel der beiden deutschen Staaten. Hausarbeit zur Erlangung des akademischen Grades eines Magister Artium. Mainz 1992.

Scheer, André u. **Steffens**, Christian: Roter Schwarzfunk. Freiheitssender 904 und Deutscher Soldatensender. Göttingen o. D. [1988].

Scheer, André: Rundfunk in der Deutschen Demokratischen Republik. 1945-1990. Göttingen o.D.

Schildt, Axel: Massenmedien im Umbruch der fünfziger Jahre. In: Jürgen Wilke (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1999, S. 633-648.

Soley, Lawrence C. und **Nichols**, John S.: Clandestine Radio Broadcasting. A study of revolutionary and counterevolutionary electronic communication. New York 1987.

Wilke, Jürgen u. **Sartoris** Stephan: Radiopropaganda durch Geheimsender der DDR im Kalten Krieg. In: Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg. Hrsg. von Jürgen Wilke. Köln u.a. 1997, S. 285-331.

Wilke, Jürgen: Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Überblick und Phasengliederung. Bonn 1999. Darin ders. auch: Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung. S. 649-671.

Angekündigte Abhandlungen, allerdings bis Beendigung der Magisterarbeit nicht erschienen:

Altendorfer, Otto: Hörfunk im Kalten Krieg. Soldatensender 935 und Freiheitssender 904 [Sound Broadcasting in the Cold War. Soldier Radio 935 and Liberty Radio 904] Eichstätt 2001 (i.V.)

Altendorfer, Otto/ Mayer, Kurt-Ulrich (Hrsg.): Mitteldeutsches Medienjahrbuch 2000/ 2001. Leipzig 2001. [Das Medienjahrbuch ist allerdings in keiner größeren Bibliothek auffindbar, Anm. d. Verf.]

8. Abkürzungsverzeichnis

ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
APO	außerparlamentarische Opposition
BArch	Bundesarchiv
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFS 904	Deutsche Freiheitssender 904
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DRA	Deutsches Rundfunkarchiv
DPA	Deutsche Presseagentur
DSS 935	Deutscher Soldatensender 935
DW	Deutsche Welle
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDJ	Freie Deutsche Jugend
IG	Industriegewerkschaft
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
ND	Neues Deutschland
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
PB	Politbüro
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RFE	Radio Free Europe
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sender Freies Berlin
SU	Sowjetunion

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SZ	Süddeutsche Zeitung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UKW	Ultrakurzwelle
UZ	Unsere Zeit
ZK	Zentralkomitee

**Ich versichere hiermit, daß ich die vorliegende Arbeit
selbstständig und ausschließlich mit den angegebenen
Hilfsmitteln verfaßt habe.**